

# Jahresbericht 2004



## Schwerpunkte

Logistikstandort Nordwest

Stadt der Wissenschaft 2005

Pakt für Ausbildung

Kulturhauptstadt Europas 2010

Erlebniswelt Alter und Neuer Hafen



Handelskammer  
Bremen



IHK  
Industrie- und Handelskammer  
Bremen

# Vorwort



v.l. Präses Dr. Wendisch und Präsident Gleim sowie die Hauptgeschäftsführer Dr. Fonger und Michael Stark.

Das Jahr 2004 war in Bremen geprägt von der Diskussion über die Fortführung des Sanierungskurses. Schlagworte wie Haushaltsnotlage, Kanzlerbrief oder Space Park überdeckten die Tatsache, dass die Sanierungsstrategie „Investieren und Sparen“ in den vergangenen Jahren große Erfolge zu verzeichnen hatte: vom Ausbau der Verkehrsinfrastruktur in Bremen und Bremerhaven über die Aufwertung der Bremer Innenstadt, die Entwicklung der Airport-Stadt, den Aufbau der International University Bremen (IUB) oder die Erfolge im Technologietransfer bis zur Profilierung als hochklassiger Wissenschaftsstandort, die dem Zwei-Städte-Staat den Titel „Stadt der Wissenschaft 2005“ vom Stifterverband für die Deutsche Wissenschaft eingebracht hat. Vieles wurde erreicht, worauf wir in Bremen stolz sein können und auch stolz sein sollten – denn wirtschaftlicher Aufschwung lebt von einer positiven Grundstimmung.

Einer der wichtigsten Impulsgeber der bremischen Wirtschaftsentwicklung ist die Hafen- und Logistikwirtschaft. Gerade auf diesem Sektor liegt – wirtschaftlich und wissenschaftlich – eine der größten Stärken Bremens. Im Blickpunkt steht dabei auch die hervorragende Entwicklung der Häfen. So gehen selbst vorsichtige Prognosen davon aus, dass der Gesamtumschlag bis zum Jahr 2015 jährlich um rund vier Prozent steigen wird. Motor der Hafentwicklung ist heute der Containerverkehr. Monat für Monat werden in den bremischen Häfen bis zu 300.000 Standardcontainereinheiten (TEU) umgeschlagen – vor zehn Jahren waren es noch rund 125.000.

Diese Entwicklung muss in einem engen Zusammenhang mit der Qualität der Hinterlandanbindungen gesehen werden. Die Verbesserung der Verkehrsinfrastruktur, nicht nur in Bremen und Bremerhaven, sondern in Zusammenarbeit mit weiteren Industrie- und Handelskammern im gesamten Nordwesten, gehörte daher zu den Arbeitsschwerpunkten der beiden Kammern. Beispielhaft ist hierfür das Engagement für den weiteren Ausbau der Autobahn A 1; ebenso eine Spendenaktion, mit der die weitere Planung der Küstenautobahn A 22 vorangebracht werden soll.

Bürokratie und Deregulierung sind Mittelstandsförderung in Reinform. Jahr für Jahr kostet es die deutschen Unternehmen 46 Milliarden Euro, den bürokratischen Ballast abzubauen. Der Aufwand ist umso größer, je kleiner das Unternehmen ist. Gerade aus Bremen gingen wesentliche Impulse zur dringend überfälligen Reduzierung dieser Belastungen aus. Weil sie hier bundesweit eine Vorreiterrolle eingenommen hat, wurde die Freie Hansestadt auch zu einer von drei deutschen Testregionen für Bürokratieabbau und Deregulierung erklärt.

Gegen erneute Bürokratisierung und für mehr Selbstverantwortung hat sich die Wirtschaft unter Führung des Deutschen Industrie- und Handelskammertages (DIHK) auch in der Frage der Ausbildung behauptet. Der lange diskutierten Ausbildungsplatzabgabe hat sie einen Pakt für Ausbildung entgegengesetzt, der sich bereits nach kürzester Zeit bewährt hat. Schon wenige Monate nach der Unterzeichnung des

Nationalen Ausbildungspaktes am 16. Juni 2004 in Berlin und des Regionalen Paktes am 30. Juni 2004 im Haus Schütting hatte die bremische Wirtschaft die Zielvorgaben des drei Jahre laufenden Paktes – 280 zusätzliche Ausbildungsplätze – weit übererfüllt. Schon Ende September 2004 konnten die beiden Kammern 760 neue Ausbildungsplätze in kaufmännischen und gewerblichen Berufen melden: Zusammen mit dem Handwerk und dem Öffentlichen Dienst waren das mehr als 1000 zusätzliche Plätze im Land Bremen. Dies ist eine außergewöhnliche Leistung und ein Beweis dafür, wie richtig es war, auf Selbstverantwortung statt auf Bürokratie zu setzen.

Technologie und Innovation sind die Basis für die Zukunftsfähigkeit Bremens. Mit großem Engagement und einer fundierten Zusammenarbeit von Wirtschaft und Wissenschaft ist es gelungen, Bremen und Bremerhaven zur „Stadt der Wissenschaft 2005“ zu machen. Bei dieser Auszeichnung des Stifterverbands für die Deutsche Wissenschaft konnte sich die Freie Hansestadt im Wettbewerb gegen Aachen, Darmstadt, Dresden, Göttingen, Heidelberg, München, Münster und Tübingen durchsetzen.

Wichtige Impulse für den bremischen Sanierungskurs werden auch von Bremens Bewerbung um den Titel „Kulturhauptstadt Europas 2010“ ausgehen. Sie ist eine der großen Chancen, im Strukturwandel neue Wege zu gehen und zukunftsorientierte Sichtweisen zu eröffnen. Die Wirtschaft hat sich hierfür im vergangenen



Die Titelbilder (v.l.): Logistik (Tchibo-Hochregallager); Erlebniswelt Alter und Neuer Hafen in Bremerhaven

# Inhalt

Jahr finanziell stark engagiert. Innerhalb weniger Monate waren mehr als eine Millionen Euro an Sponsoringmitteln zusammengekommen.

Doch auch angesichts der vielen erfolgreichen und einiger weniger erfolgreichen Investitionen wird Bremen seine Sparanstrengungen im konsumtiven Bereich weiter steigern müssen. Dies alles wird auf Dauer aber nur tragfähig sein können, wenn es zu einer generellen Neustrukturierung der föderalen Finanzverteilung kommt. Ohne sie werden die bremischen Haushaltsprobleme nicht zu lösen sein, weil im aktuellen System erfolgreiche Standortpolitik fiskalisch zu wenig belohnt wird und Stadtstaaten wie Bremen zudem eklatant benachteiligt werden. Schließlich profitiert auch das Umland von einem starken Oberzentrum. Eine der wichtigsten Aufgaben Bremens wird daher sein, hier eine Veränderung zu bewirken. Wir dürfen die Chancen nicht aufgeben, die aus der Kleinheit und Flexibilität unseres Stadtstaates resultieren und müssen gemeinsam dafür kämpfen, dass Bremen finanziell wieder auf eigene Beine kommt. Die Handelskammer Bremen und die IHK Bremerhaven werden dabei kreative Partner sein!

**Dr. Patrick Wendisch**

Präses

**Peter H. Greim**

Präsident

**Dr. Matthias Fonger**

Hauptgeschäftsführer, I. Syndicus

**Michael Stark**

Hauptgeschäftsführer

**Konjunkturbericht**

Erholung der Konjunktur nur zögerlich **4**

**Schwerpunkt: Standort Bremen\_Bremerhaven**

Logistikstandort Nordwest – der Zukunftsmotor läuft **6**  
 Bremen und Bremerhaven – „Stadt der Wissenschaft 2005“ **11**  
 Pakt für Ausbildung – Chancen für die berufliche Zukunft der Jugendlichen **14**  
 Bremen auf dem Weg zur „Kulturhauptstadt Europas 2010“ **17**  
 Erlebniswelt am Alten und Neuen Hafen: Die Seestadt verändert ihr Gesicht **19**

**Leistungsbilanzen Bremen\_Bremerhaven**

Standortpolitik Bremen\_Bremerhaven **21**  
 Mittelstand, Innovation, Umwelt **27**  
 Aus- und Weiterbildung **29**  
 International **33**  
 Starthilfe und Unternehmensförderung **36**  
 Recht und Fair Play **36**  
 Service – Public Relations **37**  
 Juniorenkreise **41**

**Ehrenamt, Geschäftsbereiche Stellungnahmen**

Das Ehrenamt in Bremen **42**  
 Ausschüsse und Kommissionen der Handelskammer Bremen **43**  
 Geschäftsbereiche Bremen **43**  
 Das Ehrenamt in Bremerhaven **44**  
 Ausschüsse und Arbeitskreise der IHK Bremerhaven **44**  
 Geschäftsbereiche Bremerhaven **44**  
 Stellungnahmen der Handelskammer Bremen **45**  
 Stellungnahmen der IHK Bremerhaven **46**

Impressum **47**

# Konjunkturbericht



Perspektiven: Bau des Tchibo-Hochregallagers im Neustädter Hafen



Industrieproduktion in  
Bremen, Hafenwirtschaft in  
Bremerhaven

## Erholung der Konjunktur nur zögerlich

Ein kräftiger Aufschwung der Weltwirtschaft, der im Verlauf des Jahres aber an Tempo verlor, prägte das Jahr 2004. Bremsende Effekte gingen im zweiten Halbjahr insbesondere vom starken Anstieg der Ölpreise aus, der Anfang Oktober 2004 historische Höchststände erreichte. Trotz nachlassender finanzpolitischer Impulse wurden die USA ihrer Rolle als Wachstumsmotor gerecht. In Japan setzte sich die Wirtschaftserholung fort. Die Schwellenländer erreichten sehr freundliche Wachstumsraten, überdurchschnittlich entwickelten sich wiederum China und Russland. Auch die EU-Beitrittsländer zeigten sich dynamisch in ihrer Entwicklung. Im bisherigen Europa der 15 verlief der Aufschwung dagegen vergleichsweise bescheiden, wobei sich Deutschland im Durchschnitt der Länder bewegte.

Die bremische Konjunktur erholte sich 2004 nur zögerlich – insgesamt war ein leichtes Wirtschaftswachstum zu verzeichnen. Tragende Säule blieb dabei der Export, während von der Binnenwirtschaft kaum konjunkturelle Impulse ausgingen. Hauptgrund hierfür war die unverändert angespannte Lage auf dem Arbeitsmarkt. So nahm die Zahl der sozialversicherungspflichtig Beschäftigten weiter ab, der Anstieg der Arbeitslosenzahlen setzte sich fort. Beschäftigungszuwächse konzentrierten sich allein auf Bereiche wie Mini-Jobs oder die so genannten Ich-AGs.

Die bremischen Industrieunternehmen wiesen in der Summe eine wenig befriedigende Lage auf. Vielfach hatte sich die Verbesserung der Ertragslage im Jahresverlauf abgeschwächt. Während im Exportgeschäft Umsatzzuwächse erzielt werden konnten,

ließ das Inlandsgeschäft nach. Die Beschäftigtenzahlen gingen zurück, wobei der stärkste absolute Rückgang im Fahrzeugbau zu verzeichnen war. Am Bau blieb die erhoffte Stabilisierung aus.

Das Geschäftsklima im Dienstleistungsbereich stabilisierte sich auf vergleichsweise hohem Niveau. Insbesondere das Verkehrs- und Versicherungsgewerbe entwickelte sich besser als der Branchendurchschnitt, schlechter dagegen die unternehmensorientierten Dienstleister und das Gastgewerbe. Die Konjunktur im Hotelgewerbe hatte sich zuletzt wieder beruhigt, dagegen sprachen die Gastronomen von einer schlechten Geschäftslage.

Die bremischen Banken verzeichneten 2004 überwiegend befriedigende Geschäfte. Im Verkehrsgewerbe profitieren die Seehafenbetriebe von der guten Umschlagsentwicklung in den bremischen Häfen. Daneben wiesen auch das Speditionsgewerbe sowie die Seeschifffahrt eine gute Lage auf. Als nur noch befriedigend bezeichnete der Güterkraftverkehr seine Situation, da die gestiegenen Treibstoffkosten vielfach nicht an die Kunden weitergereicht werden konnten.

Im Einzelhandel ging der Umsatz- und Ertragsrückgang mit einem Minus bei den Beschäftigtenzahlen einher. Unzufrieden zeigte sich besonders der Facheinzelhandel. Spürbar verschlechtert hatte sich auch die Situation im Warenhausbereich. Der Binnengroßhandel verzeichnete ebenfalls eine unbefriedigende Konjunktur. Insbesondere das Geschäft mit Ge- und Verbrauchsgütern verlief schwach.

In fester Verfassung präsentierte sich der Außenhandel, der von der freundlicheren Konjunktur auf den Weltmärkten und der starken Beschleunigung des Welthandels profitierte.

Die Erwartungen für das Jahr 2005 sind insgesamt von Zurückhaltung geprägt. Sie deuten nur auf eine moderate Fortsetzung der wirtschaftlichen Erholung hin. Von der Auslandsnachfrage werden weiterhin Impulse erwartet, jedoch lässt die Dynamik nach. Gefahren gehen von der möglichen Aufwertung des Euro-Außenwertes – insbesondere in Bezug auf den US-Dollar – aus. Eine nach wie vor stockende Inlandsnachfrage wird auch die Geschäfte der eher binnenorientierten Bereiche schwächen. Die Ertragsdynamik vieler Unternehmen dürfte angesichts gestiegener Rohstoff- und Energiekosten weiter nachlassen. Zudem wird die allgemein schlechte Zahlungsmoral der Kunden die Unternehmen in vielen Bereichen auch weiterhin vor Probleme stellen.

Die wirtschaftliche Erholung reicht nicht aus, um Effekte am Arbeitsmarkt zu erzeugen. Strukturelle Defizite schwächen auch weiterhin den Standort Deutschland. Nur durch eine konsequente Ausrichtung auf eine standortstärkende Politik ist der Übergang zu einem spürbaren Wirtschaftswachstum und damit eine nachhaltige Wirtschaftserholung zu schaffen. Die bisherigen Reformschritte sind dabei zu zaghaft und zögerlich ausgefallen. Akuter Handlungsbedarf besteht vor allem bei weiteren Steuerreformen, der Deregulierung der Arbeitsmärkte, der Senkung der Lohnnebenkosten und einer Verlängerung der Arbeitszeiten.





haven und Langwedel-Uelzen, der sechsstreifige Ausbau der Autobahn A1, die Vollendung der Autobahn-Eckverbindung A 281 (mit Weserquerung), die weitere Vertiefung der Zufahrten zu den Häfen Bremen und Bremerhaven sowie der Ausbau der Mittelweser.

### Größer und tiefer

Insbesondere die deutlichen Zunahmen im Containerverkehr, verbunden mit der absehbaren Entwicklung der Schiffsgößen, machen eine zukunftsorientierte Ausrichtung der Hafen- und Verkehrspolitik notwendig. Gerade die Projekte CT 4 in Bremerhaven und JadeWeserPort in Wilhelmshaven bieten hierfür konkrete Ansatzpunkte und insbesondere auch beschäftigungspolitisch große Chancen.

Die Unternehmen der Hafenverkehrswirtschaft haben diese Potenziale erkannt und investieren in erheblichem Umfang. Die Verbesserung der infrastrukturellen und ordnungspolitischen Rahmenbedingungen ist dagegen konkrete Aufgabe einer gemeinsamen und insbesondere zwischen Bremen und Niedersachsen abgestimmten Hafen- und Verkehrspolitik. Gerade das Beispiel JadeWeserPort verdeutlicht, dass die Entwicklung der Häfen an Weser und Jade einschließlich des Ausbaus Bremerhavens (CT 4), der notwendigen Ausgleichsmaßnahmen und der Vertiefung des Weserfahrwassers (Außen- und Unterweser) als integriertes Gesamtprojekt zu verstehen ist.

Durch eine Intensivierung der Zusammenarbeit der niedersächsischen und bremischen Häfen müssen nun die sich ergebenden Chancen genutzt und in eine dynamische



ganz oben: (l.) Die BLG betreibt das Tchibo-Hochregallager, das jüngst den Deutschen Logistikpreis errungen hat. (r.) Hinterlandanbindung: Die Fernverkehrswege müssen bedarfsgerecht ausgebaut werden. oben: Bremen baut seine Containerkapazitäten aus. links: Die Mediterranean Shipping Company (MSC), zweitgrößte Container-Reederei der Welt, hat sich langfristig an Bremerhaven gebunden. unten: Hafenmanager Jürgen Holtermann (Bremenports) und Hafensenator Dr. Peter Gloystein auf Hafentour.



sche Entwicklung des Unterweserraumes umgemünzt werden. Insbesondere im Hinblick auf die steigenden Anforderungen an die Hinterlandanbindungen der Seehäfen muss auch die Verkehrsinfrastruktur ausgebaut werden. Dadurch, dass der Schwerpunkt des Infrastrukturausbaus während der zurückliegenden 15 Jahre auf den neuen Bundesländern lag, ist ein erheblicher Nachholbedarf im Nordwesten entstanden. Dabei muss berücksichtigt werden, dass viele Verkehrsprojekte nur im Zusammenwirken mit dem Bund umgesetzt werden können.

Da Verkehrsprojekte in der Regel sehr langen Planungs- und Realisierungszeiträumen unterliegen, ist die Landespolitik aufgefordert, im Blick auf bestehende Engpässe und künftige Entwicklungen rechtzeitig Maßnahmen zum Ausbau der Infrastruktur zu initiieren, mitzutragen und durchzusetzen. Neben der immer wichtiger werdenden Suche nach fallweise flexiblen Finanzierungswegen ist dazu ein ständiger konstruktiver Dialog mit dem Bund und den übrigen Länderregierungen notwendig. Der Umstand, dass viele für den Nordwesten wichtige Verkehrsprojekte in den vorrangigen Bedarf des neuen Bundesverkehrswegeplans eingeordnet wurden, ist ein wichtiger Zwischenschritt – er sichert jedoch noch nicht deren Umsetzung. Für jedes einzelne Projekt kommt es entscheidend darauf an, dass die Planungen vorangetrieben, die Finanzierungen sichergestellt sowie die tatsächliche und möglichst frühzeitige Realisierung bei den Entscheidungsträgern eingefordert werden.

#### **Vertiefung der Außenweser**

Die Parameter für den aktuellen Ausbauzustand der Außenweser wurden vor gut zehn Jahren auf Grundlage eines Containerschiffs mit 4.000 Standardcontainereinheiten (TEU) festgelegt. Heute kommen jedoch mit zunehmender Tendenz Schiffe mit einer Tragfähigkeit von rund 8.000 TEU in Fahrt. Diese Schiffe können Bre-

merhaven derzeit wegen ihres Tiefgangs nur tideabhängig erreichen. Auf Grund der exakt vertakteten Umläufe und der außerordentlich hohen Betriebskosten dieser Schiffe werden solche Restriktionen in der Erreichbarkeit und Abfertigung jedoch nicht akzeptiert. Als verkehrliches Ziel wurde daher eine tideunabhängige Erreichbarkeit des Containerterminals Bremerhaven für Schiffe mit 8.000 TEU (14,5 Meter Konstruktionstiefgang) bis 13,8 Meter Abladetiefgang definiert.

Das Bundeskabinett beschäftigte sich am 15. September 2004 mit der Aufnahme dieses Projekts in den Bundesverkehrswegeplan. Dabei wurden die Außenweservertiefung und Elbvertiefung gemeinsam behandelt. Beschlossen wurde vom Kabinett unter anderem, dass vor einer Aufnahme in den Bundesverkehrswegeplan eine Detailplanung unter besonderer Berücksichtigung der naturschutzfachlichen Aspekte erfolgen muss. Die Wasser- und Schifffahrtsdirektion (WSD) Nordwest wurde beauftragt, die entsprechenden Untersuchungen und Planungen einzuleiten. Mit diesem Beschluss ist noch keine klare Entscheidung zu Gunsten der Außenweservertiefung erfolgt – zumindest aber können die Planungen können bis zur Entscheidung über die Einleitung des Planfeststellungsverfahrens weitergeführt werden.

#### **Erreichbarkeit der Unterweserhäfen**

Neben der Außenweservertiefung ist für die Weserhäfen Brake und Nordenham sowie Bremen-Stadt eine Anpassung an die heute im Massengutverkehr gängigen Schiffseinheiten erforderlich. Diese Schiffe können derzeit die Unterweserhäfen nur teilausgelastet ansteuern, was sich auf die Stückkosten der transportierten Einheiten auswirkt und einen gravierenden Nachteil gegenüber der Konkurrenz in den Westhäfen bedeutet. Dieses Projekt ist in den vorrangigen Bedarf des Bundesverkehrswegeplans aufgenommen worden. Derzeit laufen die Vorarbeiten für das Planfeststel-

lungsverfahren, mit der Realisierung könnte 2006 begonnen werden.

#### **Ausbau der Containerkapazitäten**

Am 15. Juni 2004 hat die WSD Nordwest in Aurich den Planfeststellungsbeschluss für das Containerterminal 4 (CT 4) erlassen. Unmittelbar im Anschluss daran haben die Bauarbeiten begonnen. Die Inbetriebnahme des ersten neuen Liegeplatzes wird für das Jahr 2006 angestrebt, die Fertigstellung des Gesamtprojektes soll Ende 2007 erfolgen.

Das Projekt zum Bau eines Tiefwasserhafens in Wilhelmshaven – den JadeWeserPort – für den Containerumschlag an der deutschen Küste schreitet voran. Vom 6.-17. September 2004 fand der Anhörungstermin zum Planfeststellungsverfahren statt. Der Planfeststellungsbeschluss wird in der ersten Jahreshälfte 2005 erwartet, so dass anschließend mit dem Bau begonnen werden könnte. Die Bauzeit für die Infrastruktur soll rund drei Jahre betragen, hinzu kommt der Bau der Suprastruktur – also aller technischen Umschlagsanlagen hinter den Kajen – durch den Terminalbetreiber, der nochmals ein bis zwei Jahre in Anspruch nehmen dürfte. Die Inbetriebnahme des Jade-WeserPorts wird für 2009/2010 angestrebt als notwendige Ergänzung der Umschlagskapazitäten in Bremerhaven.

Umfangreiche Modernisierungsmaßnahmen hat der Senat der Freien Hansestadt Bremen für das aus den siebziger Jahren stammende Containerterminal I (CT 1) auf den Weg gebracht. Das Infrastruktur-Paket im Wert von 19 Millionen Euro soll die Voraussetzungen für erweiterte Stell- und Operationsflächen im Süden des Terminals „Wilhelm Kaisen“ schaffen. Damit will die Landesregierung einen wesentlichen Beitrag dazu leisten, dass die Mediterranean Shipping Company (MSC) als zweitgrößte Containerreederei der Welt langfristig an den Hafenstandort Bremerhaven gebun-



Bremerhaven hat sich zu einem der größten Automobilhäfen der Welt entwickelt: Wichtig ist nicht allein der reine Umschlag, besonders die automobilen Logistik trägt zur Wertschöpfung bei.

den wird. Darüber hinaus wird das Umschlag- und Logistikunternehmen Eurogate als Betreiber der Hafenanlage etwa 34 Millionen Euro in die Suprastruktur – unter anderem in Kräne und Van Carrier – investieren. Die Schweizer Reederei und ihr strategischer Partner Eurogate gehen davon aus, dass die Entscheidung für einen eigenen Terminal für MSC einen zusätzlichen Umschlag von jährlich etwa 500.000 Containern (TEU) bewirken wird.

#### **Bremerhaven – Automobile Logistics Center**

Bremerhaven hat sich kontinuierlich zu einem der größten Automobilhäfen der Welt entwickelt. Mittlerweile werden dort jährlich knapp 1,4 Millionen Fahrzeuge umgeschlagen, die meisten davon im Automobile Logistics Center, dem tidefreien Bereich des Überseehafens. Damit die herausragende Position Bremerhavens im Automobilumschlag bewahrt und sogar noch ausgebaut werden kann, wurde die Hafengesellschaft bremenports vom Senator für Wirtschaft und Häfen damit beauftragt, einen Masterplan mit dem Ziel zu erarbeiten, die seewärtige Zufahrt zu verbessern, zusätzliche Liegeplätze sowie weitere Operations- und Lagerflächen zu schaffen.

Hierzu soll der Osthafen durch eine Teilverfüllung des Hafenbeckens und eine Verlängerung der Weserportkaje und der Autokaje umgestaltet werden. Außerdem würden in diesem Zusammenhang drei RoRo-Anlagen eingerichtet. Die Kaiser-schleuse, die aus Altersgründen derzeit nur eingeschränkt nutzbar ist, soll durch einen Neubau ersetzt werden. Immerhin stammen die Seeschleuse aus dem Jahre 1897 und die Nordschleuse aus dem Jahr 1927. Darüber hinaus fordert der Masterplan eine Umgestaltung der öffentlichen Straßeninfrastruktur und eine Änderung der Schieneninfrastruktur.

#### **Logistik auf Straße, Schiene und Wasser**

Daneben wird der Nordwesten in seiner Funktion als Verkehrsdrehscheibe von einer ganzen Reihe weiterer Infrastrukturprojekte berührt – allen voran der dringend erforderliche sechsspurige Ausbau der Autobahn A 1 (Hansalinie).

Die in Teilen bereits fertiggestellte, teilweise auch noch im Bau befindliche Sechsspurigkeit der A 27 zwischen Ihlpohl und Bremen-Überseestadt sowie die in den Jahren 2002 und 2004 begonnenen Bauabschnitte 2.1 und 3.1 der A 281 stellen wichtige Elemente zur Verknüpfung der Gesamtregion links und rechts der Weser dar. Eine volle Entlastungs- und Erschließungsfunktion ist jedoch erst zu erwarten, wenn der Autobahnring zwischen A 1 und A 27 einschließlich Weserquerung komplett geschlossen ist. Das Ziel muss daher lauten, die Schließung des Autobahnringes bis zum Jahr 2010 zu erreichen.

Im „weiteren Bedarf“ des aktuellen Bundesverkehrswegeplans wurde die A 22 mit einem Planungsauftrag versehen, so dass diese wichtige Fernverkehrsstraße zumindest beplant werden kann. Um dieses Projekt zügiger voranzubringen, haben das Land Niedersachsen, die Landkreise Ammerland und Cuxhaven sowie die regionale Wirtschaft eine Spendenaktion ins Leben gerufen. Im Blick steht der Versuch, die Kosten der Linienplanung in Höhe von rund 2,25 Millionen Euro gemeinsam aufzubringen.

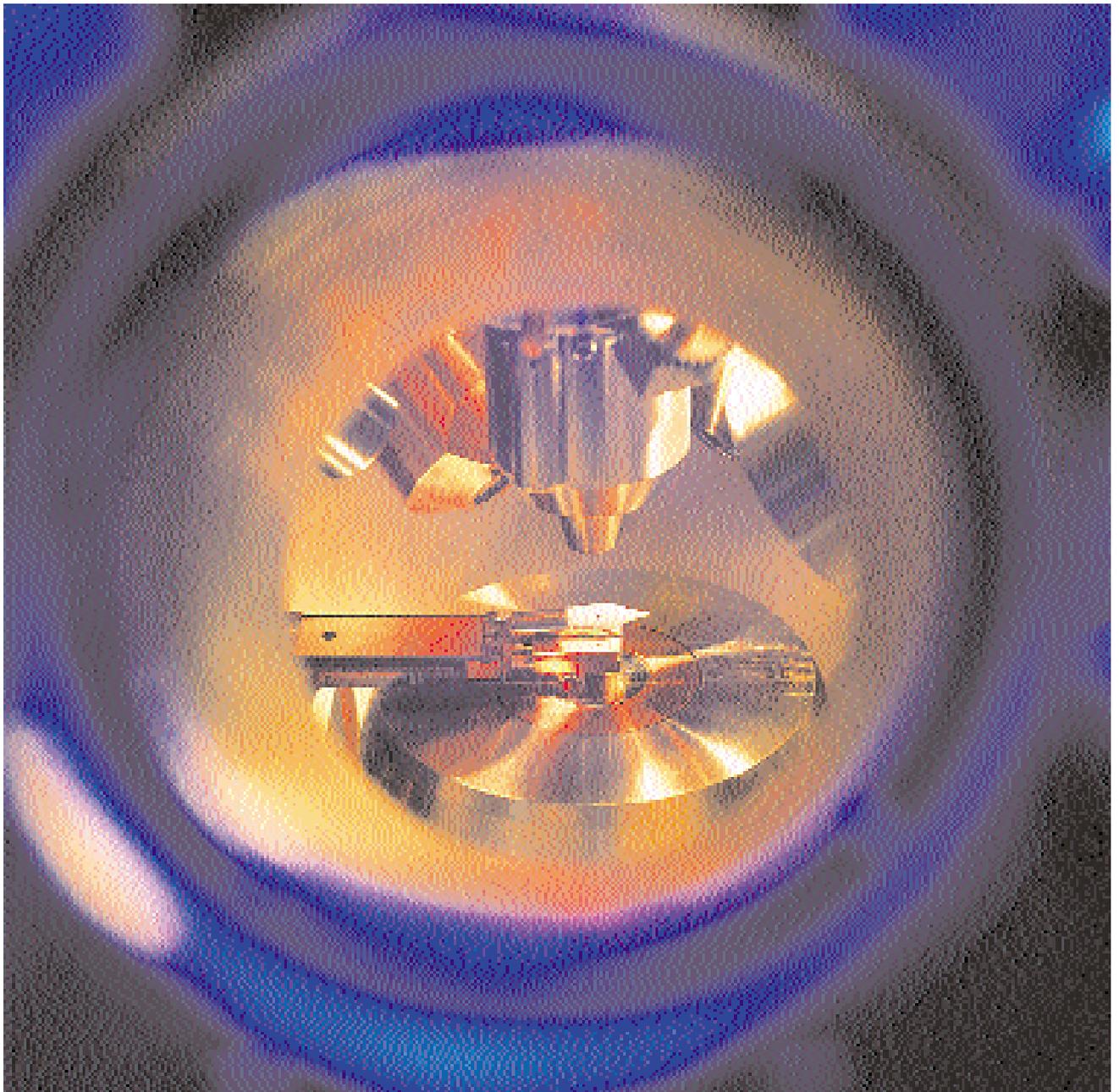
Was den Ausbau der Schienenwege betrifft, so werden im Schwerpunkt „Stärkung des maritimen Standortes“ im Bundesverkehrswegeplan die für den Verkehrs- und Logistikstandort Bremen wichtigen Projekte „Amerikalinie“ (Ausbau der Gleistrassen von Bremen nach Langwedel/Uelzen) sowie „Y-Trasse“ (Hochgeschwindigkeitskorridor zwischen Hamburg/Bremen und Hannover) genannt. Kleinräumig gesehen ist

daneben insbesondere der Ausbau des Bahnknotens Bremen unverzichtbar. Dieser umfasst den Bremer Hauptbahnhof mit allen Zulaufstrecken im Nahbereich. Aktuell bestehen auf vielen Streckenteilen – beispielsweise im Bereich zwischen Hauptbahnhof und Neustadt – Kapazitätsprobleme. Im Bundesverkehrswegeplan ist zwar ein Knotenausbauprogramm enthalten, konkrete Maßnahmen für Bremen müssen jedoch noch festgelegt werden.

Für die Unterweserhäfen ist die Binnenschifffahrt von erheblicher Bedeutung. So werden allein in Nordenham, Brake und den bremischen Häfen annähernd acht Millionen Tonnen per Binnenschiff umgeschlagen, im gesamten Wesergebiet mehr als elf Millionen Tonnen auf diesem Weg transportiert. Im reinen Seehafeninterlandverkehr spielt die Binnenschifffahrt mit einem Anteil von unter fünf Prozent für den Seegüterumschlag der bremischen Häfen allerdings bislang nur eine untergeordnete, im Containerverkehr bisher gar keine Rolle, da Großmotorgüterschiffe mit einer Länge von rund 110 Metern nicht eingesetzt werden können. Der Anteil des Binnenschiffsumschlages in den Unterweserhäfen Brake und Nordenham beträgt immerhin 25 Prozent. Dieser Anteil kann jedoch zukünftig nur beibehalten oder gar ausgebaut werden, wenn im Massengutverkehr Großmotorschiffe bzw. Schubeinheiten eingesetzt werden können. Der schnelle Ausbau der Mittelweser einschließlich der Schleusenbauwerke für diesen Schiffstyp ist daher dringend erforderlich.



Bremen gewinnt den Wettbewerb „Stadt der Wissenschaft“ in Bonn: große Freude über eine kleine Sensation. Mit Bürgermeister Dr. Scherf strahlen Uni-Rektor Müller (3.v.r.) und Präses Dr. Wendisch (r.).



Bremen hat sich national und international zu einer angesehenen Forschungsmetropole entwickelt – mit Weltklasseleistungen z. B. in der Meeresforschung oder der Produktionstechnik und mit renommierten Instituten der Fraunhofer, Helmholtz- und Max-Planck-Gesellschaften. Das IFAM (siehe Bild) leistet wegweisende Materialforschung z. B. für den Automobilbau.

# Bremen und Bremerhaven – „Stadt der Wissenschaft 2005“

Technologie und Innovation sind Voraussetzungen für die Zukunftsfähigkeit Bremens. Wachstumsraten, wie sie beispielsweise der Technologiepark Universität aufweist, machen deutlich, dass es Bremen gelingen kann, bis zum Jahr 2010 zu den zehn Spitzenstandorten in der Technologie zu gehören. Die Auszeichnung „Stadt der Wissenschaft 2005“ ist dabei mehr als nur ein Etappensieg. Aachen, Darmstadt, Dortmund, Dresden, Düsseldorf, Göttingen, Hamburg, Heidelberg, München, Münster oder Tübingen – die Liste renommierter deutscher Universitätsstädte war lang, die ins Rennen um diesen Titel des Stifterverbands für die Deutsche Wissenschaft gegangen waren. Die Auszeichnung Bremens und Bremerhavens sorgte für eine kleine Sensation im deutschen Wissenschaftskosmos.

Bremen und Bremerhaven, die bei der Endausscheidung im Bonner Wissenschaftszentrum am 12. März 2004 durch Bürgermeister Dr. Henning Scherf, Bremerhavens Oberbürgermeister Jörg Schulz, den Rektor der Universität Bremen, Professor Dr. Wilfried Müller, Professor Dr. Gerold Wefer, Direktor des DFG-Forschungszentrums Ozeanränder und Handelskammer-Präses Dr. Patrick Wendisch vertreten wurden, konnten sich gegen die harte Konkurrenz durchsetzen. Die Auszeichnung „Stadt der Wissenschaft 2005“ krönt den bremischen Aufstieg zu einer national wie international angesehenen Forschungsmetropole, die in einigen Disziplinen wie der Meeresforschung oder der Produktionstechnik inzwischen Weltklasseniveau erreicht hat.

## **Hochschulen tragen die Modernisierung des Landes mit**

Als zentrales Kriterium für die positive Bewertung des Landes Bremen stellte die Jury des Stifterverbands die vorbildliche Rolle der Wissenschaft für den Strukturwandel heraus. Auf diesen Aspekt war Präses Dr. Wendisch in seinem Teil der Bonner Präsentation besonders eingegangen. „Ohne die Hochschulen und wissenschaftlichen Institute wäre die Modernisierung unseres Landes nicht denkbar“, sagte er. Die Hochschulen seien zu einem Faktor geworden, der es für ein Unternehmen in Bremen und Bremerhaven attraktiv mache, dort zu investieren und Arbeitsplätze zu schaffen. Dabei wirkten Wissenschaft, Wirtschaft und Politik eng zusammen. Im Technologiepark Universität, dem Kristallisationspunkt der Vernetzung von Wirtschaft und Wissenschaft, beschäftigen rund 320 Unternehmen mehr als 6.000 Mitarbeiter – Tendenz steigend. Daher ist es keine Frage, dass sich die Handelskammer mit Nachdruck für die Erweiterung des Technologieparks einsetzt.

Der Wandel im Selbstverständnis, befördert von einer strategisch weitsichtigen Wissenschaftspolitik und symbolisiert in einer Neugründung wie der privaten, ambitionierten International University Bremen (IUB), ist die eine Seite des Erfolges. Ein zweites wichtiges Moment ist, dass Bremen konsequent einzelne Bereiche und Nischen für die Kompetenzbildung herauslöst. Im Bremer Innovationsprogramm „InnoVision 2010“ werden die Innovationsfelder definiert – beispielsweise die Luft- und Raumfahrt, die Logistik, die Umwelttechnik, die mobilen Kommunikationstechno-

logien oder die Blaue Biotechnologie. Aktuell wird außerdem darüber nachgedacht, um die exzellenten Materialwissenschaftler herum ein eigenes Cluster zu entwickeln.

Die Jury des Stifterverbands zeigte sich beeindruckt von der Vielfalt der Projekte in den beiden Siegerstädten und der guten Zielgruppenorientierung – und nicht zuletzt vom bremischen Teamgeist bei der Präsentation. „Die Kooperation aller Beteiligten war vorbildlich“, so der Handelskammer-Präses, „auf diese Weise konnten wir die hochkarätig besetzte Jury davon überzeugen, dass in Bremen ebenso wie in Bremerhaven die Wissenschaft ein gemeinsames Anliegen aller ist und Bürger, Wirtschaft und Kultur eine große Bindung an die Wissenschaft haben“.

## **Die Kammern als Triebfeder**

Die Auszeichnung als „Stadt der Wissenschaft 2005“ bildete einen Höhepunkt im Kanon der Aktivitäten, mit denen die Handelskammer und die IHK Bremerhaven 2004 die Technologie- und Innovationsorientierung der bremischen Wirtschaft gefördert haben. Beide Kammern verstehen sich als Katalysator der engen Zusammenarbeit von Wirtschaft und Wissenschaft in Bremen. Mit ihrem Kontaktnetz vermitteln sie Ansprechpartner in allen wissenschaftlichen Einrichtungen.

Zum rege nachgefragten Dienstleistungsspektrum gehören die Technologieberatung wie auch die Erfinder- und Patentberatung. Die Handelskammer ist zudem federführend bei zahlreichen Initiativen und Projekten, wie etwa bei der Veranstaltungsreihe „Wirtschaft trifft Wissenschaft“



Öffentliche Auszeichnung: Bremen erhält die Siegerurkunde des Stifterverbandes auf dem Marktplatz; Präses Dr. Wendisch betont auf dem Profomobil die Rolle der Wissenschaft für den Strukturwandel.



oder bei den Dialogforen „city of science“, die ein enges Kommunikationsnetz zwischen Unternehmen, Wissenschaft, Politik und Wirtschaftsförderung knüpfen. Auch bei der Planung für das Programm „Stadt der Wissenschaft 2005“ ist die Handelskammer mit einem breiten Spektrum an Veranstaltungen und Aktionen vertreten.

Eröffnet wird die „Stadt der Wissenschaft 2005“ mit einem großen Fest der Wissenschaft im Februar 2005, das die Partner aus Bremen und Bremerhaven gemeinsam ausrichten. Es steht unter dem Motto „Stadt der Wissenschaft – Wissenschaft in der Stadt“. In einem Modul „Forschung für die Bürger“ sind Veranstaltungen zusammengefasst, die sich an die breite Öffentlichkeit richten, wie z. B. die Ausstellung „Entdeckungen – Wissenschaft für den Alltag“ in der Unteren Rathaushalle. Im Programmteil „Wissenschaft im Container“ werden in so genannten Black Boxes Wissenschaftler den Bürgern für Gespräche und Informationen zur Verfügung stehen. Das Modul „Ein starkes Tandem – Wissenschaft und Wirtschaft“, das von der Handelskammer organisiert wird, sieht unter anderem eine Talkshowreihe „Technologien – Trends – Transfer“, eine Veranstaltungsreihe „Transfer vor Ort – Nachmittage der Wissenschaft in Bremer und Bremerhavener Unternehmen“, eine Vorlesungsreihe „Unternehmen in der Hochschule“, einen Transferstag mit der Universität Bremen, den „Bremer Design Diskurs“ und „Blickpunkt Mittelstand“ vor. Auch wird es spezielle Module für Kinder und Jugendliche sowie ein Modul zum Thema Wissenschaft und Kunst geben.

Ein markantes Projekt der innovationsorientierten Aktivitäten der Handelskammer und der IHK Bremerhaven war ein Biotechnologie-Kongress der Arbeitsgemeinschaft Norddeutscher Industrie- und Handelskammern (IHK Nord) im April 2004 in Fleesensee (Mecklenburg-Vorpommern). Gut 150 Teilnehmer aus Wirtschaft, Politik und Ver-

waltung diskutierten an zwei Tagen eingehend, wie sich die norddeutschen Länder auf dem weltweiten Wachstumsfeld der Biotechnologie positionieren können. Deutlich wurde, dass jedes einzelne Land für sich allein dazu kaum über die Fähigkeiten verfügt. Die Konzentration der Biotechnologie-Aktivitäten ist im Gebiet der IHK Nord nirgendwo so groß, dass sich eine eigenständige, selbst tragende wirtschaftliche Entwicklung ergeben könnte. Kooperation und auch internationale Zusammenarbeit sind notwendig, um Norddeutschland insgesamt an diesem Zukunftssektor partizipieren zu lassen.

Die Eckpunkte, die bei diesem Kongress erarbeitet wurden, konnten im September 2004 bei der Küstenwirtschaftsministerkonferenz in Bremen ausführlich mit den Wirtschaftsministern der Küstenländer diskutiert werden. Sie sollen jetzt in eine gemeinsame wirtschaftspolitische Strategie einmünden. Die Industrie- und Handelskammern in Norddeutschland haben dabei nachdrücklich ihre Unterstützung angeboten.

#### **Schütting-Preis verdeutlicht Innovationskraft**

Über alle Aktivitäten in Zukunftsfeldern wie der Biotechnologie hinaus betonen die Handelskammer Bremen und die IHK Bremerhaven mit großem Nachdruck, dass gerade auch in so genannten traditionellen Branchen fortlaufend exzellente technologische Leistungen hervorgebracht werden. Ein eindrucksvolles Beispiel dafür lieferte der Schütting-Preis, den die Handelskammer im Jahr 2004 zum fünften Mal seit 1988 ausgeschrieben hatte. Um den mit 15.000 Euro dotierten wichtigsten Bremer Innovationspreis hatten sich 33 Unternehmen beworben. Der 1. Platz ging an die Firma Spinnbau GmbH aus Bremen-Farge für die Entwicklung der weltweit größten und schnellsten Vliesstoffkreppe. Auf die Plätze zwei und drei kamen die Wagner Analysen Technik GmbH mit der Entwick-

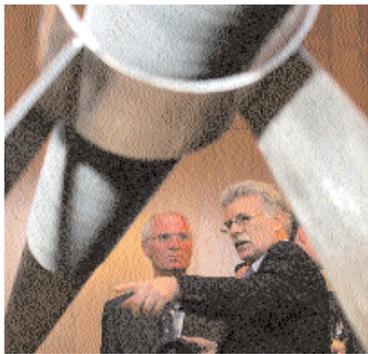
lung des IRIS 13C-Stabilisotopenanalytators und die GAG Bioscience GmbH mit einem genetischen Fingerprinting. Auch drei Anerkennungen sprach die Jury aus: der ATBIT Bremer Innovations- und Technologiegesellschaft mbH, der Waterman GmbH und der Werbelicht Jeroma GmbH. Bei der feierlichen Preisverleihung im September 2004 im Haus Schütting, bei der Ludwig Georg Braun, Präsident des Deutschen Industrie- und Handelskammertages (DIHK), die Festrede hielt, wurde das große Innovationspotenzial der mittelständischen Wirtschaft in Bremen besonders gewürdigt.

Am Beispiel des Schütting-Preises 2004 wurde einmal mehr deutlich, dass Bremen mittlerweile über besonders gute Bedingungen für Innovationen verfügt: Alle 33 Beiträge zeichnen sich durch eine außerordentlich hohe Qualität aus. Das spezielle Bremer Mikroklima muss nun weiter gepflegt und nach außen vermarktet werden, wofür das Wissenschaftsjahr 2005 einen optimalen Rahmen bietet. Die Handelskammer Bremen und die IHK Bremerhaven werden sich dabei nach Kräften einbringen.

#### **Projekte in Bremerhaven**

Die Planungen für das Veranstaltungsjahr „Stadt der Wissenschaft 2005“ laufen auch in Bremerhaven auf Hochtouren. Geschnürt wurde ein Programmpaket, das aktuelle wissenschaftliche Forschungs- und Entwicklungsprojekte aus Bremerhaven einer breiten Öffentlichkeit nahe bringt. Im Mittelpunkt steht dabei die Bedeutung der Wissenschaft für den Strukturwandel in der Seestadt. Um dieses Ziel zu erreichen, wurde ein breites Bündnis geschmiedet: Wissenschaft, Wirtschaft, Kultur, Stadt und Schulen richten die verschiedenen Projekte gemeinsam aus.

„Für die Wirtschaft und besonders für den Mittelstand ist es wichtig, die wissenschaftlichen Kompetenzen stärker zu nutzen“, sagt Michael Stark, Hauptgeschäftsführer



Die Spinnbau GmbH, hier mit Geschäftsführer Siegfried Bernhardt (r.) gewann den Schütting-Preis 2004 für ihre High-Speed-Vliesstoffkrepeln,



Die Klima- und Meeresforschung wird eine wichtige Rolle im Bremer Wissenschaftsjahr spielen; hier zu sehen AWI-Forscher im Eis der Antarktis.

fürher der Industrie- und Handelskammer Bremerhaven. Er verspricht sich von den verschiedenen Vernetzungsprojekten einen intensiveren Austausch zwischen Wirtschaft und Wissenschaft. In vielen Bereichen sei die Zusammenarbeit eng, wie etwa mit der Hochschule Bremerhaven, dem Alfred-Wegener-Institut für Polar- und Meeresforschung (AWI) oder dem Technologie-Transfer-Zentrum. „Durch zusätzliche gemeinsame Aktivitäten können wir das Innovationspotenzial ausbauen“, so Stark.

Das Leitprojekt in Bremerhaven wird der „Pier der Wissenschaft“ sein. Er soll zum Markenzeichen des Netzwerks in Bremerhaven auch über das Jahr 2005 werden. Der „Pier der Wissenschaft“ hat eine Länge von einer Seemeile und verbindet die wissenschaftlichen Institutionen. Er beginnt am „Zoo am Meer“, führt über das Deutsche Schifffahrtsmuseum, das AWI, die Hochschule Bremerhaven, das Historische Museum Bremerhaven, das Designlabor und endet am „Hafen der Forschung“ des AWI im Handelshafen. Dort werden 2005 alle Bremerhaven anlaufenden Forschungsschiffe festmachen. Der Pier wird besonders gestaltet und möbliert, um als Informationsparcours am Weserdeich Wissenschaft erlebbar zu machen.

### „MeerWissen“ aus Bremerhaven

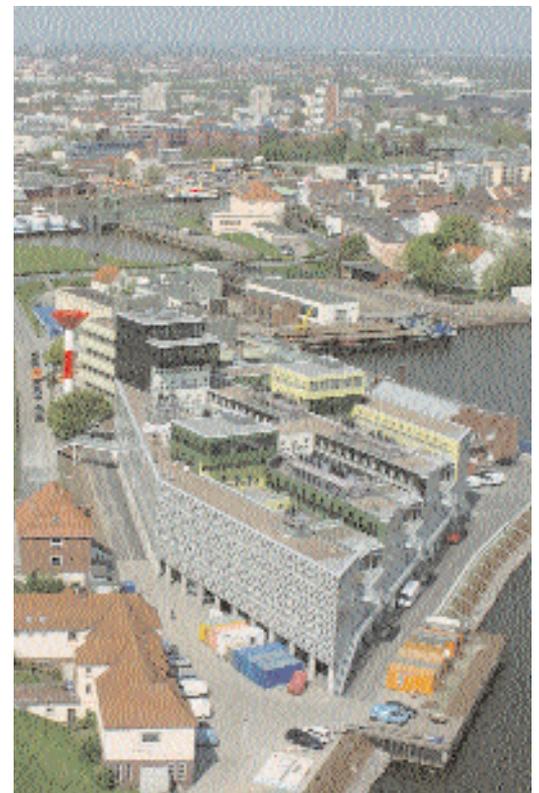
Das zweite Großprojekt zum „Jahr der Wissenschaft“ in Bremerhaven stellt die Container-Stadt dar. Unter dem Arbeitstitel „ContainerTerminal – MeerWissen aus Bremerhaven“ werden in sechs bis sieben 40-Fuß-Containern die wichtigen wissenschaftlichen Themenfelder der Seestadt anschaulich dargestellt: Klimaforschung, Polar- und Meeresforschung, Nahrung aus dem Meer, Windenergie, Logistik, Auswanderung und Schifffahrtsgeschichte. Die Container-Stadt wird in der Verbindung mit der Sail 2005 auf dem Hans-Scharoun-Platz entstehen. Das Designlabor Bremerhaven erarbeitet hierzu das einheitliche Gestaltungskonzept.

Ein wichtiges Anliegen ist den wissenschaftlichen Einrichtungen der lebendige Austausch mit den Schulen der Region. In Zusammenarbeit mit dem Schulamt und dem Lehrfortbildungsinstitut sowie einigen Unternehmen wird die „Sommerschule Wasser“ mit der Entwicklung eines Fertigerichts für Kinder angeboten. In dem innovativen Schulprojekt „HIGHSEA“ des AWI wird es einen international vernetzten wissenschaftlichen Dialog zwischen Schülern geben, bei dem naturwissenschaftliche Fragen im Mittelpunkt stehen.

Ganz andere Wege geht man im Bereich Wissenschaft und Kunst. Hier soll die Aufmerksamkeit der Bevölkerung durch ungewöhnliche Projekte geweckt werden. So wird der Bremerhavener Verein „Unerhört für experimentelle Musik“ auf dem Campus der Hochschule Bremerhaven eine Video-Audio-Performance mit internationalen Klang- und Videokünstlern realisieren. Der Bildhauer Lutz Frisch wird zusammen mit der Wissenschaft das Skulpturen-Netzwerk „Gegenpol“ entstehen lassen. Auch hier kann der Betrachter ungewöhnliche Einblicke in die Wissenschaftsszene Bremerhavens bekommen. Das Stadttheater Bremerhaven plant drei szenische Lesungen wissenschaftsbezogener Stücke an besonderen Orten: in der Maschinenhalle der Hochschule, im Designlabor Bremerhaven und im Alfred-Wegener-Institut.

Da Kino und Film von den Künsten die größte Nähe zur Wissenschaft haben, gibt es in Zusammenarbeit mit dem Kommunalen Kino Bremerhaven eine Filmreihe mit Begleitvorträgen. Zum Abschluss des Wissenschaftsjahres 2005 wird ein Fest für die Forschung im Columbus Cruise Center Bremerhaven ausgerichtet. Dann soll gezeigt werden, was im Laufe des Jahres in beiden Städten zum Thema Wissensvermittlung geschaffen wurde. Zudem werden die Wissenschaftsinstitutionen in Verbindung mit ihren Partnern auch einen Ausblick auf das Folgejahr geben. Denn die Vernetzung

aller Beteiligten soll dafür sorgen, dass das Veranstaltungsjahr nachhaltig die Zusammenarbeit formt und lebendig hält.



Das Alfred-Wegener-Institut für Polar- und Meeresforschung (AWI) in Bremerhaven, vor 25 Jahren gegründet, ist eine der weltweit führenden wissenschaftlichen Einrichtungen der internationalen Klimaforschung.

# Pakt für Ausbildung – Chance für die berufliche Zukunft der Jugendlichen

Ausbildung sichert den Fachkräfte-Nachwuchs eines Standortes. Daher war es der einzig richtige Weg, dass sich die Wirtschaft unter Führung des DIHK gegen die lange diskutierte Ausbildungsplatzabgabe zugunsten eines Paktes für Ausbildung durchgesetzt und ihn gleich zu einem großen Erfolg geführt hat.

Mit dem Nationalen Pakt für Ausbildung und Fachkräftenachwuchs in Deutschland, der am 16. Juni 2004 von der Bundesregierung und den Spitzenverbänden der Wirtschaft unterzeichnet wurde, ist das Gesetzgebungsverfahren zu einem Berufsausbildungssicherungsgesetz gestoppt worden. Der Ausbildungspakt ist eine große Chance für die Zukunft der Jugendlichen in Deutschland. Er ersetzt Bürokratie durch partnerschaftliches Handeln. Mit dem Pakt verpflichten sich die Partner gemeinsam und verbindlich, in enger Zusammenarbeit mit den Ländern allen ausbildungswilligen und ausbildungsfähigen jungen Menschen ein Angebot auf Ausbildung zu unterbreiten.

Seine Kernaussage lautet: Kein Jugendlicher soll den direkten Weg von der Schule in die Langzeitarbeitslosigkeit gehen müssen. Gefragt sind deshalb Maßnahmen auch unterhalb der Schwelle der anerkannten Ausbildungsberufe. So sieht der Pakt zwar vor, dass die Vermittlung in das duale Ausbildungssystem vorrangig bleibt, aber auch Jugendliche mit eingeschränkten Vermittlungschancen sollen Perspektiven für den Einstieg in die berufliche Ausbildung und das Berufsleben erhalten.

## **Ausbildungsfähigkeit muss gegeben sein**

Die insbesondere von den Gewerkschaften eingeforderte Ausbildungsplatzgarantie vernachlässigt bewusst die Frage der Ausbildungsfähigkeit vieler Schulabgänger. Nicht alle Jugendlichen sind für eine Berufsausbildung vollständig geeignet, vielfach sind Maßnahmen der Ausbildungsvorbereitung notwendig. Da auch die Wirtschaft ein Interesse daran hat, dass die immer weniger werdenden Jugendlichen Zugang zum Arbeitsmarkt finden, hat sie zugesagt, bundesweit jährlich 25.000 Plätze für betriebliche Einstiegsqualifikationen bereitzustellen. Dabei tragen die Betriebe die Sach- und Personalkosten der Ausbildung und die Bundesagentur für Arbeit bezahlt einen Zuschuss des Bundes zum Unterhalt dieser bedingt ausbildungsfähigen Jugendlichen.

Darüber hinaus setzt sich die Wirtschaft das verbindliche Ziel, während der dreijährigen Dauer des Paktes im Jahresdurchschnitt 30.000 neue Ausbildungsplätze zu akquirieren. Die Einwerbung neuer Ausbildungsplätze ist besonders wichtig, um die aus wirtschaftlichen und anderen Gründen entfallenden Ausbildungsplätze weitgehend zu kompensieren bzw. die Zahl der Ausbildungsplätze zu erhöhen.

## **Regionale Umsetzung des Ausbildungspaktes**

Der Nationale Pakt für Ausbildung und Fachkräftenachwuchs wurde im Land Bremen konsequent durch die überwiegende Zahl der im Bündnis für Arbeit, Ausbildung und Wettbewerbsfähigkeit vertretenen Partner umgesetzt. Schon am 30. Juni 2004 konnte der Regionale Pakt für Aus-

bildung und Fachkräftenachwuchs in Bremen und Bremerhaven in der Handelskammer unterzeichnet werden. Die Ausbildungspakte auf nationaler und regionaler Ebene und die damit verbundenen gemeinsamen Anstrengungen aller Partner der jeweiligen Pakte eröffnen den Jugendlichen eine gute Zukunftsperspektive auf dem Ausbildungsstellenmarkt, ersetzen Bürokratie und staatlichen Zwang durch partnerschaftliches Handeln und tragen zur Sicherung des Facharbeitermarktes bei.

Gerade der letzte Aspekt wird durch die bremenspezifische Paktvereinbarung der Initiative Innovative Berufsbildung unterstrichen. Im Interesse der Jugendlichen und der bremischen Wirtschaft werden unter dem Motto „Qualifizieren statt Versorgen – Innovation statt Subvention“ die Weichen für ein zukunftsfähiges und modernes Berufsausbildungssystem mit einem wachsenden Anteil dualer Ausbildung gestellt – in dieser Form ein Novum in der Berufsbildungspolitik.

Die Handelskammer hat immer wieder darauf hingewiesen, dass das Land Bremen ein seit Jahren bestens funktionierendes Bündnis für Arbeit und Ausbildung vorweisen kann. Aus diesem Bündnis heraus haben sich eine ganze Reihe von Aktivitäten ergeben, die beispielhaft sind und im Regionalen Pakt für Ausbildung und Fachkräftenachwuchs ihre Fortschreibung gefunden haben. Konkrete Verabredungen zur Umsetzung des Paktes in Bremen und Bremerhaven sind unter anderem die Einwerbung neuer Ausbildungsplätze und betrieblicher Angebote zur Einstiegsqualifizierung – ein neues Instrument der Vorkaufqualifizierung junger Menschen –, die Un-



Im Hachez-Verkaufsladen Am Markt in Bremen lernen Inga Bischof (l.) und Sabine Lauenroth Verkäuferin.

terstützung des Ausbildungsmanagements und der notwendige Datenabgleich zwischen den Kammern im Lande und den beiden regionalen Agenturen für Arbeit.

### **An bestehende Strategien angeknüpft**

Auch die systematische und verbindliche Verankerung von Angeboten der Berufsorientierung in allen bremischen Schulen und die stärkere duale Ausrichtung in der Berufsvorbereitung durch die Erhöhung von Praxisanteilen in den schulischen Maßnahmen bilden Schwerpunkte der Arbeit des Regionalen Paktes. Ergänzt werden diese Schritte durch die Einführung eines Berufswahlpasses.

Daneben verabredeten die Partner des Regionalen Paktes, an erfolgreiche Initiativen der vergangenen Jahre zur Verbesserung der Situation auf dem bremischen Ausbildungsmarkt und zur Unterstützung von benachteiligten Jugendlichen anzuknüpfen und diese gemeinsam weiterzuentwickeln und auszubauen. Erstes Ergebnis dieser Zielsetzungen ist die Gründung der Ausbildungsinitiative Bremen/Bremerhaven (AIBB), die vom Bildungszentrum der Wirtschaft im Unterwesergebiet e. V. getragen wird und deren Arbeit durch ein Kuratorium unter Vorsitz der Handelskammer begleitet wird. Ziel ist die Förderung der Aus-

bildung, um möglichst vielen benachteiligten jungen Menschen in Kooperation mit Unternehmen eine berufliche Erstausbildung zu ermöglichen. Erreicht wird dieses Ziel durch ein kostenloses „Rundum-Paket“ für die Unternehmen.

### **Ziele des Regionalen Ausbildungspaktes weit übererfüllt**

Für das Land Bremen wurde im Regionalen Ausbildungspakt die Einwerbung von jährlich 280 neuen Ausbildungsplätzen in der bremischen Wirtschaft und von 148 Ausbildungsplätzen im Öffentlichen Dienst verabredet. Allein die Handelskammer Bremen konnte von Jahresbeginn bis zum Herbst 2004 rund 580 neue Ausbildungsplätze einwerben. Hinzu kamen 196 Plätze der IHK Bremerhaven und 124 des Handwerks. Die Bereitstellung von insgesamt 901 neuen Ausbildungsplätzen der bremischen Wirtschaft im ersten halben Jahr der Paktlaufzeit hat gezeigt, dass die Unterzeichnung des Regionalen Paktes für Ausbildung und Fachkräftenachwuchs eine Verpflichtung ist, der sich die Wirtschaft stellt und auch in Zukunft stellen wird. Zugleich macht diese Entwicklung deutlich, dass nur freiwillige Maßnahmen zu einer größeren Zahl von Ausbildungsplätzen führen können. Staatliche Eingriffe in das System der Berufsbildung werden ihren Zweck verfehlen. Um in diesem guten Fahr-

wasser ihre Akquisitionsbemühungen weiter auszudehnen, wird die Handelskammer vier und die IHK Bremerhaven zwei zusätzliche Mitarbeiter befristet für Einwerbung neuer Ausbildungsplätze einstellen.

Angesichts dieser Erfolge konnte die Handelskammer zum 30. November 2004 in den kaufmännischen und gewerblichen Ausbildungsberufen in Bremen 11,1 Prozent mehr Neuverträge als im Vorjahr verzeichnen – eine herausragende Leistung der bremischen Wirtschaft. Insgesamt waren zu diesem Zeitpunkt bei der Handelskammer 3.056 neue Ausbildungsverhältnisse aus Industrie, Handel und Dienstleistungen eingetragen (Vorjahr: 2.751). Dabei wurden über die Handelskammer sogar noch weitere rund 188 Ausbildungsverträge abgeschlossen, die von den Auszubildenden aber wieder gelöst wurden. Erfreulich hoch lag mit 11,5 Prozent die Zunahme an neu eingetragenen Ausbildungsverhältnissen in den kaufmännischen Berufen – 2.131 gegenüber 1.911 im Vorjahreszeitraum. In den gewerblichen Berufen kamen mit 925 Neueintragungen über zehn Prozent mehr neu eingetragene Ausbildungsverhältnisse hinzu.

Auch in Bremerhaven wurde zum 30. November 2004 das Ergebnis bei den betrieblichen dualen Ausbildungsplätzen im



Die Kammern in Bremen und Bremerhaven nehmen ihre Verantwortung für die junge Generation sehr ernst und haben intensiv für mehr Ausbildungsplätze geworben.

Vergleich zum Vorjahr weit übertroffen. So stieg die Zahl der neu eingetragenen Ausbildungsverhältnisse in Industrie, Handel und Dienstleistungen um 85 Verträge. Dies entspricht einem Plus von 17,8 Prozent. Mit einem Zuwachs von 42,3 Prozent lag der Einzelhandel ungewöhnlich hoch, in den übrigen kaufmännischen Berufen war in Bremerhaven ein Plus von 11,5 Prozent zu verzeichnen. 74 Bremerhavener Unternehmen konnten so erstmals für die Berufsausbildung gewonnen werden.

Die Wirtschaft im Land Bremen hat aber nicht nur bei der Schaffung zusätzlicher Ausbildungsplätze, sondern auch mit Blick auf die Bereitstellung von Angeboten zur Einstiegsqualifizierung ihre Verantwortung gegenüber den Jugendlichen bewiesen. So wurden von den im Regionalen Ausbildungspakt – beginnend mit dem Jahr 2004 – jährlich zugesagten 240 Plätzen zur betrieblichen Einstiegsqualifizierung im Land Bremen bis zum 30. November 2004 bereits 168 bereitgestellt – eine Maßnahme, bei der Jugendliche mit eingeschränkter Vermittlungschancen das Angebot einer sechs- bis zwölfmonatigen betrieblichen Einstiegsqualifizierung erhalten. Die Kammern händigen den Absolventen anschließend ein Zertifikat über die Teilnahme aus, wenn die Leistungen des Jugendlichen den Anforderungen genügt haben. Diese Angebote zur Einstiegsqualifizierung können von allen Unternehmen – auch solchen, die nicht ausbildungsbe-rechtigt sind – in allen Berufen realisiert werden.

#### **Gemeinsame Nachvermittlungskaktionen**

Erfolgreich war die Aktion „Ausbildungsplatzendspurt 2004“, die vom 14.-16. September 2004 in der Agentur für Arbeit Bremen stattfand. Eingeladen waren insgesamt 408 Jugendliche, von denen 145 vermittelt werden konnten. Von den eingeladenen Jugendlichen hatten 123 ihren Ge-

sprächstermin aus wichtigem Grund abgesagt – 92 davon, weil sie in der Zwischenzeit einen Ausbildungs-, Schul-, Studien- oder Arbeitsplatz gefunden hatten. 111 Jugendliche waren unangemeldet an keinem der angebotenen Tage erschienen. Vom 13.-14. Oktober wurden im Zuge der Paktvereinbarung 224 bis dahin noch unvermittelte Bewerber zu einer weiteren gemeinsamen Nachvermittlungsaktion der Handelskammer, der Handwerkskammer und der Agentur für Arbeit eingeladen. Von den 224 eingeladenen Bewerbern aus Bremen waren 169 erschienen. 160 der Jugendlichen konnten an Betriebe mit Angeboten zur Einstiegsqualifizierung oder freien Ausbildungsplätzen vermittelt werden. Neun Schulabgänger waren aus verschiedenen Gründen nicht zu vermitteln.

In Bremerhaven hatten 206 von 571 angeschriebenen Jugendlichen, die bei der Agentur für Arbeit als Ausbildungsplatzsuchende gemeldet waren, an der ersten Nachvermittlungsaktion teilgenommen. Eingeladen hatte hierzu neben der Agentur für Arbeit, der Handwerkskammer und der Kreishandwerkerschaft Bremerhaven-Wesermünde auch die IHK Bremerhaven. Bei einer zweiten Aktion erschienen 99 von 228 eingeladenen Jugendlichen. Hiervon gingen 39 in die weitere Vermittlung. Für Bremen und Bremerhaven bleibt festzuhalten, dass die Wirtschaft nur die Verantwortung für jene Jugendlichen übernehmen kann, die sich an solchen Nachvermittlungskaktionen auch beteiligen.

#### **Verbundausbildung stärken**

Um die Ausbildungskooperationen weiter zu stärken, wurde das Landesprogramm zur Schaffung von Ausbildungsplätzen und betrieblichen Verbänden erweitert und die entsprechende Richtlinie für Ausbildung im Verbund im Projekt „Gemeinsam“ erlassen. Zusammen mit der Bremer Arbeit GmbH wurde das Antragsverfahren kundenfreundlicher gestaltet. 2004 wurden

74 neue Ausbildungsverbände gefördert. Auch mit dem seit 2001 bestehenden Landesprogramm „Lernortverbände und Ausbildungspartnerschaften“ konnten die Ausbildungsqualität und -effektivität erheblich gesteigert werden. Bis zum 30. September 2004 wurden in fünf Ausbildungspartnerschaften 165 Auszubildende eingestellt. Bis Ende 2005 ist mit 219 Ausbildungsplätzen in allen Lehrjahren der Ausbildungspartnerschaften zu rechnen, gegenüber 22 vor Beginn der Partnerschaften.

Zur Unterstützung des Ausbildungsmanagements haben in erheblichem Maße die Mitarbeiter der Ausbildungsbüros EXAM (externes Ausbildungsmanagement) in Bremen und Bremerhaven sowie des Ausbildungspools Bremerhaven beigetragen. Sie waren in vollem Umfang in die Akquisitionsbemühungen der Handelskammern und der anderen Paktpartner eingebunden. Allein über EXAM und den Ausbildungspool konnten 2004 in Bremen 301 Ausbildungsplätze eingerichtet und besetzt werden (Bremerhaven: 122).

Fakt ist: Der Pakt für Ausbildung hat sich bewährt. Die außerordentliche Leistung der bremischen Wirtschaft zeigt, dass sich die Unternehmen in Bremen und Bremerhaven weit überdurchschnittlich für die Ausbildung von Jugendlichen einsetzen. Das Soll wurde deutlich übererfüllt, die Skeptiker sind widerlegt.



Parlamentarischer Abend in Berlin: Politik, Wirtschaft und Kultur werben gemeinsam für das Projekt „Kulturhauptstadt“

## Bremen auf dem Weg zur Kulturhauptstadt Europas 2010

„Was Bremen ist – Die eigensinnige Stadt“ und „Was Bremen will – Die Baustelle Kulturhauptstadt“ lautete der Titel der zwei-bändigen Schrift, mit der sich Bremen Ende Juni 2004 offiziell als „Kulturhauptstadt Europas 2010“ beworben hat. Schon in der Überschrift wird damit angedeutet, dass es bei dieser Bewerbung nicht nur um die Entwicklung der Kultur im engeren Sinne gehen soll, sondern vor allem auch darum, die Stadt Bremen und mit ihr den Strukturwandel in der gesamten Region voranzubringen. Die Bewerbung Bremens fügt sich exakt in die Sanierungsstrategie, weil sich dieser Prozess hervorragend dazu eignet, Innovationen zu fördern, die Kräfte dafür zu wecken und dadurch den Strukturwandel insgesamt voranzubringen. Dies ist auch der Grund, warum sich die Handelskammer entschieden hat, die Kulturhauptstadt-Bewerbung zu unterstützen.

Mit Abgabe der Bewerbungsschrift Ende Juni 2004 im Auswärtigen Amt in Berlin ist die Bewerbung Bremens in die zweite Phase übergegangen. Nachdem es bis dahin darum gegangen war, Grundvorstellungen zu entwickeln, wie sich Bremen von seinen Mitbewerbern abheben kann, rücken jetzt die Gremien- und Lobbyarbeit in den Mittelpunkt.

Als wichtiges Indiz für die guten Chancen Bremens kann der Kulturhauptstadt-TÜV gelten, den der öffentlich-rechtliche Kultursender 3sat in der Sommerpause 2004 veröffentlichte. Dort wurden Bremen neben Potsdam, Braunschweig und Görlitz die besten Aussichten zugesprochen, im Jahr 2010 Kulturhauptstadt Europas zu sein. Grundlage dieser Beurteilung war,

dass Bremen konkrete und realistische Projektvorhaben vorweisen könne und die Bewerbung Spielraum für die Weiterentwicklung europäischer Denkansätze lasse.

### Impulse der Handelskammer

Die Handelskammer hat sich in den Bewerbungsprozess sehr frühzeitig eingebracht. So hat sie bereits im April 2003 mit dem Senat einen „Letter of Intent“ unterzeichnet, in dem die Form des Engagements der bremischen Wirtschaft umrissen wurde. Inhaltlich, so wurde dort vereinbart, wird die Bewerbung im Zusammenhang der bremischen Sanierungsstrategie als eine der langfristig wirksamen Investitionen in die Zukunftsfähigkeit des Standortes betrachtet. Es geht darum, den Strukturwandel zu unterstützen, zu einer nachhaltig positiven Entwicklung beizutragen und den Umbruch in einen Aufbruch zu verwandeln. Die Handelskammer hat sich in diesem Bewerbungsprozess von Beginn an als kreativer Nukleus verstanden – dies auch vor dem Hintergrund, dass das Engagement für die „Kulturhauptstadt Bremen“ nicht nur dem Standort insgesamt, sondern jedem einzelnen Unternehmen zugute kommen kann.

### Förderung des Kultursponsorings

Der Einsatz der Wirtschaft erstreckte sich daher auch auf das Feld des Kultursponsorings. So organisierte die Handelskammer seit Anfang 2004 eine Reihe von Informationsveranstaltungen, mit denen sie die bremische Wirtschaft über Planungen, Grundzüge und Details des Bewerbungsprozesses informierte, zugleich jedoch konkret auf Möglichkeiten des Kultursponsorings hinwies. Gemeinsam mit dem Pro-

jektbüro Kulturhauptstadt 2010 wurde für diese Sponsoringabende ein Booklet entwickelt. Darin wurden konkrete Angebote für die finanzielle oder ideelle Unterstützung der Bremer Bewerbung gemacht. Kernstück war die Einrichtung eines Partnerclubs, zu dem sich viele namhafte Bremer Unterstützer zusammengefunden haben. Auf diese Weise kamen schon nach kurzer Zeit mehr als eine Million Euro an Sponsoringmitteln zusammen. Von den Ehrenbürgern der Stadt initiiert und von wichtigen Persönlichkeiten der bremischen Wirtschaft mitgetragen, wurde am 25. Februar 2004 eine Bremer Erklärung unterzeichnet, in der sich alle Beteiligten zur strukturpolitischen Funktion dieser Bewerbung bekennen und Kultur als Investition in gemeinsame Chancen bezeichnen.

### Parlamentarischer Abend in Berlin

Kernstück der Phase des intensiven Lobbyings nach Abgabe der Bewerbungsschrift war ein Parlamentarischer Abend der Handelskammer und der Unternehmensverbände im Lande Bremen am 22. September 2004. Mehr als 180 Gäste aus Wirtschaft, Politik, Kultur und Wissenschaft waren hierzu in die Bremer Landesvertretung in Berlin gekommen – allesamt wichtige Multiplikatoren für den guten Ruf der Kulturhauptstadt Bremen auf Bundesebene.

Eingebettet in ein hochkarätiges Kulturprogramm der Deutschen Kammerphilharmonie Bremen und der Shakespeare Company Bremen diskutierten die Bremer Bürgermeister Dr. Henning Scherf und Dr. Peter Gloystein, Präses Dr. Patrick Wendisch und der Präsident der Unternehmensverbände, Ingo Kramer, sowie Inten-



Drei für Kultur: Präses Dr. Wendisch, Intendant Martin Heller, IHK-Vizepräsident Kramer

dant Martin Heller über die Stärken Bremens im Kulturhauptstadt-Wettbewerb 2010. Der Grundtenor aller Redner lautete: Bremen sieht die Kulturhauptstadt-Bewerbung als Chance und Motor des Strukturwandels. Ebenso ist Kultur auch Impulsgeber für die künftige Entwicklung von Unternehmen.

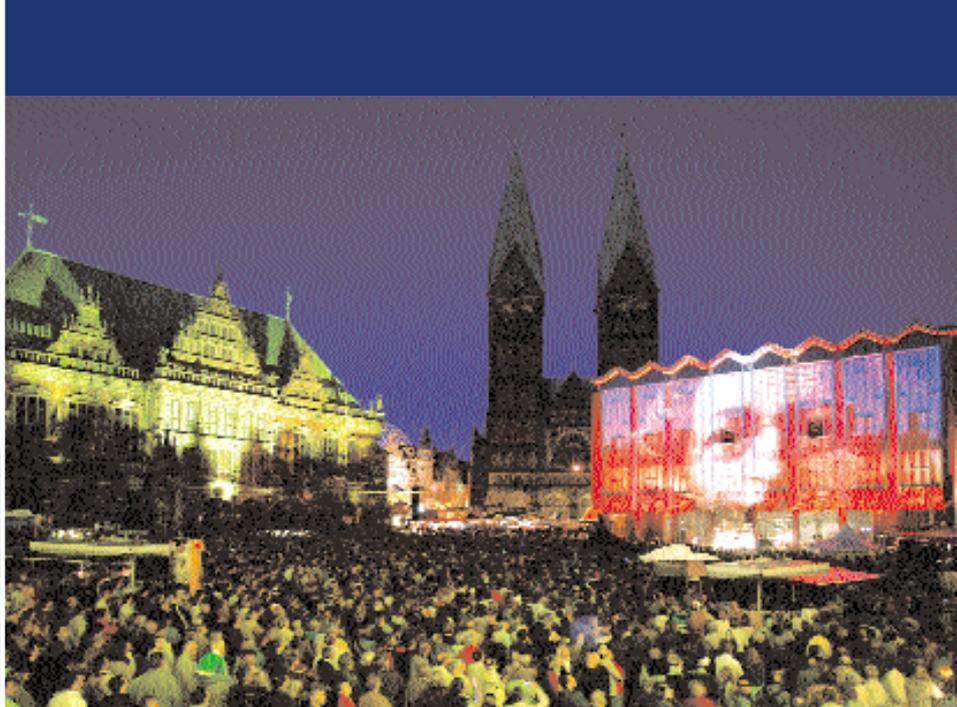
Diese zahlreichen Aktivitäten unterstützte die Handelskammer durch eine kontinuierliche Berichterstattung in ihrem Magazin „Wirtschaft in Bremen“ und wird dies auch weiterhin tun. So informierte sie über den Verlauf der Kulturhauptstadt-Bewerbung sowie über Inhalte und Möglichkeiten des Kultursponsorings.

### **Wirkung auf die Region**

Die „Kulturhauptstadt Bremen 2010“ – ebenso schon der Bewerbungsprozess an sich – wird sich nicht auf Bremen allein beschränken, sondern in erheblichem Maße auch auf das niedersächsische Umland ausstrahlen. Daher setzte sich am 8. März 2004 eine Podiumsveranstaltung im Haus Schütting insbesondere mit den regionalen Auswirkungen einer „Kulturhauptstadt Bremen“ auseinander, zu der auch Unternehmen aus den umliegenden Kammerbezirken Oldenburg, Bremerhaven, Stade eingeladen wurden. Am Beispiel von Graz, der Kulturhauptstadt 2003, wurden regionalwirtschaftliche Effekte eines Kulturhauptstadt-Jahres beleuchtet – eine Motivation, die nun von der Handelskammer gemeinsam mit den Unternehmensverbänden und der Bremen Marketing GmbH in einem Gutachten weiter verfolgt wird, das die drei Partner im Sommer 2004 beim BAW Institut für Wirtschaftsforschung in Auftrag gegeben haben.

### **Das Bewerbungsverfahren**

Neben Bremen kandidieren neun weitere Städte für den Titel „Kulturhauptstadt Europas 2010“: Braunschweig, Essen für das Ruhrgebiet, Lübeck, Regensburg, Halle, Görlitz, Potsdam, Kassel, Karlsruhe. Diese



Der Roland wurde 600 Jahre alt – und Bremen feierte mit seinem Schutzpatron auch seine Bewerbung als Kulturhauptstadt Europas

Städtekandidaturen wurden bis Ende Juni 2004 an das Auswärtige Amt weitergeleitet. Nachdem die Kultusminister-Konferenz im Oktober 2004 die Mitglieder einer nationalen Jury benannt hatte, kann nun bis Mitte März 2005 mit einem Vorschlag der Jury an die Kultusminister-Konferenz gerechnet werden – unklar ist noch, ob die Jury eine oder mehrere Bewerberstädte benennen wird. Diese Stellungnahme wird das Auswärtige Amt zurück erhalten und sie bis Ende September 2005 an die Europäische Union übermitteln.

Eine internationale und unabhängige siebenköpfige Expertenkommission aus dem Kulturbereich wird anschließend die Vorschläge begutachten. In der Jury sitzen je zwei Mitglieder des Europäischen Parlamentes, des Rates, der Kommission sowie ein Mitglied des Ausschusses der Regionen. Die Jury wird ihre Einschätzung der Bewerber an das Europäische Parlament, die Kommission und den Rat abgeben. Auf Empfehlung der Kommission, die unter Berücksichtigung der Stellungnahme des Europäischen Parlamentes und des Berichtes der Jury erstellt wird, wird dann der Europäische Rat offiziell eine Bewerberin zur Kulturhauptstadt Europas 2010 ernennen. Mit einer endgültigen Entscheidung ist gegen Ende des Jahres 2005 bzw. Anfang 2006 zu rechnen.

### **Finanzierung der Bremer Bewerbung**

Trotz angespannter Finanzlage hat Bremen seine Bewerbung von Anfang an mit einem angemessenen Etat ausgestattet. Für das Projekt Bremen 2010 konnten im Jahr 2003 rund 920.000 Euro eingesetzt wer-

den. Im Doppelhaushalt 2004/2005 sind weitere zwei Millionen Euro für die Bewerbungsaktivitäten sowie für den Start erster relevanter Projekte eingestellt. Überdies hat der Bremer Senat einen Spezialfonds in Höhe von 8,5 Millionen Euro vorgesehen.

Der für 2004 vorgesehene Teil des Kulturhauptstadt-Fonds von 4,25 Millionen Euro steht zur Verfügung, nachdem der vom Kultursenator am 23. September 2004 vorgelegte „Masterplan zur Kulturförderung 2004-2010“ am 29. September 2004 der Kulturdeputation und am 1. Oktober 2004 dem Haushalts- und Finanzausschuss vorgelegt wurde. Vergeben werden diese Mittel durch einen Vergabeausschuss, dem Präses Dr. Patrick Wendisch angehört. Ein gleich hoher Betrag für das Jahr 2005 soll im Zuge der Umsetzung des Masterplans in die Förderpraxis folgen.

Der lange diskutierte Masterplan formuliert in fünf Zielen strategische Leitlinien für die Kulturförderung. Im Kern geht es um die Themen Innovation, Persönlichkeits- und Gesellschaftsentwicklung, Standortfaktor Kultur, zivilgesellschaftliche Verankerung und Nachhaltigkeit. Ziel der bremischen Kulturpolitik soll sein, neben den unverzichtbaren Infrastrukturen mehr Platz für den Wettbewerb der Ideen zu schaffen. Dadurch soll letztlich auch ein höheres Maß an Flexibilität in der Kulturförderung gewährleistet sein.



(l.) Modell des Klimahauses, (r.) t.i.m.e.-Port II: Hier sollen IT- und Kommunikationsfirmen ansiedeln.

## Erlebniswelt am Alten und Neuen Hafen: Die Seestadt verändert ihr Gesicht

Bremerhaven verändert sich – und dies nicht nur auf dem Reißbrett oder in den Modellen der Architekten und Planer. Am Alten und Neuen Hafen, einer markanten Stelle der Seestadt, entsteht derzeit eine maritime Erlebniswelt, die mit einer Vielzahl von Attraktionen den Tourismus beleben und weit über den Nordwesten hinaus Besucher anziehen soll.

Als größter Besuchermagnet ist westlich des Alten Hafens das Klimahaus geplant. In diesem Freizeitzentrum mit populärwissenschaftlichem Anspruch sollen das Klima der Erde und das Zusammenspiel zwischen Mensch und Umwelt anschaulich gemacht werden. Die Ausstellungsfläche ist drei Mal so groß wie jene des Universum Science Centers in Bremen, das ähnliche wissenschaftliche Ansprüche verfolgt. Ebenfalls auf der Westseite des Alten Hafens – und in unmittelbarer Nachbarschaft zum Deutschen Schifffahrtsmuseum – will das Einkaufs- und Gastronomiezentrum „Mediterraneo“ auf 9.000 Quadratmetern genutzter Fläche Mittelmeeratmosphäre vermitteln.

Im Alten Hafen dürfte ferner ein Vier-Sterne-Hotel für Aufsehen sorgen, weil das 18 Stockwerke umfassende Haus in der Form eines Segels gestaltet wird. Die Aussichtsplattform des Hotels wird einen Ausblick bis zur Deutschen Bucht und zum Jadebusen bieten.

### Unverbauter Blick auf das Wasser

Während sich die Projekte am Alten Hafen noch im Planungsstadium befinden, ist am Neuen Hafen schon einiges zu sehen, das später zum Teil das Ensemble der neuen Bremerhavener Erlebniswelt ausmacht. So

wird derzeit an eben jener Stelle, an der einst Ingenieurgeschichte geschrieben wurde, eine Schleuse gebaut. Früher war das zwischen 1847 und 1853 entstandene Bauwerk zwischen dem jetzigen Zoo am Meer und dem Simon-Loschen-Leuchtturm ein europäischer Rekordhalter: Die Schleuse galt mit einer Breite von 22 Metern und einer Drempeltiefe von sieben Metern als die größte des Kontinents. Wie das historische Vorgängermodell wird auch die neue Schleuse den neuesten technischen Anforderungen genügen. Zu dem Projekt gehört nicht nur die Schleusenkommer, die 50 auf 14 Meter umfasst. Neue Liegeplätze für die Hafenschlepper auf der Weser und ein modern gestalteter Leitstand sind weitere Bestandteile. Das vorrangige Ziel des Schleusenbaus besteht darin, Wassersportler, Oldtimer-Schiffe und Windjammer besser und schneller „abfertigen“ zu können. Hierzu bekommt die Schleuse zwei hochwassergerechte Schiebetore, die für bis zu acht Meter breite Schiffe geöffnet werden können. Rechtzeitig zur Windjammer-Parade „Sail 2005“ soll sie fertig gestellt sein.

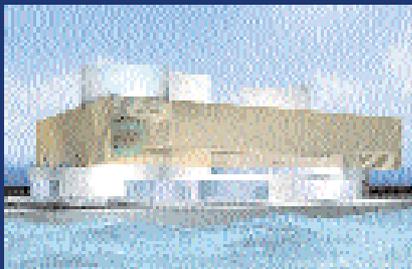
Für Wassersportler wird Bremerhaven als größte Stadt an der deutschen Nordseeküste bald eine Marina bieten, die neben der erforderlichen Infrastruktur für mehr als 200 Freizeitschiffe weitere entscheidende Pluspunkte bietet: die Lage mitten in der Stadt, gute Autobahn-Verbindungen in das Binnenland und einen direkten Zugang zu einem der attraktivsten Wasserreviere des Kontinents. Rund um die Marina sollen ein Servicezentrum für den Wassersport, ein Yachtbaubetrieb und weitere passende Unternehmen angesiedelt werden. Zusätzlich wird das Areal durch ein Wohnbauprojekt auf der Westseite des

Neuen Hafens aufgewertet: Direkt hinter dem Deich entstehen 200 exklusive Eigentumswohnungen. Von ihnen aus ist ein unverbauter Blick auf das Wasser möglich.

### Von der Bettenfabrik zur Touristik

Auf der so genannten Hafensinsel sind in der ehemaligen Bettenfabrik des Norddeutschen Lloyds mittlerweile Einrichtungen wie die Traditionseglervereinigung Schiffergilde, die BIS Bremerhaven-Touristik und das BIS-Büro Bremerhaven-Werbung beheimatet. Ein Info-Center hält vielfältige Informationen für Bremerhavener und auswärtige Besucher bereit – ein so genanntes Baufenster informiert über die Fortschritte am Alten und Neuen Hafen.

Unter den Projekten, die auf diese Weise dem Publikum näher gebracht werden, findet sich zum Beispiel der so genannte t.i.m.e.-Port II. In diesem fünfstöckigen Gebäude – der erste Bauabschnitt wurde in der alten Kaiserlichen Post in der gegenüber liegenden Schifferstraße geschaffen – werden insgesamt 2.000 Quadratmeter an Firmen aus der IT- und Kommunikationsbranche sowie aus dem Technologiebereich abgegeben. Ab Mai 2005 sollen junge Unternehmer und Existenzgründer in einem lichtdurchfluteten Gebäude am Neuen Hafen arbeiten. Zur Wasserseite ist das Gebäude durch große Glasfronten geöffnet. Die meisten Büros werden daher über Seeblick verfügen. Auf diese Weise soll auch optisch eine Brücke aus der Geschichte in die Zukunft geschlagen werden. Schließlich erwächst das Zukunftsmodell für eine innovative Stadt- und Wirtschaftsentwicklung rund um die beiden ältesten Hafenbecken Bremerhavens.



(o.) 2005 soll das Deutsche Auswandererhaus eröffnet werden;  
(r.) Der Zoo am Meer begeistert schon heute seine Besucher.



### Deutsches Auswandererhaus an einem historischen Ort

Vor seiner Verwirklichung steht auch das Deutsche Auswandererhaus. Im Oktober 2004 wurde der Grundstein gelegt. Dieses lebendige Museum wird sich voraussichtlich bereits ab August 2005 an einem historischen Ort erheben: am Standort der ersten Werft des Norddeutschen Lloyd. Dort warteten in der zweiten Hälfte des 19. Jahrhunderts die Auswanderer auf ihre Einschiffung, um in die Vereinigten Staaten zu kommen. Das Deutsche Auswandererhaus stellt die Geschichte und Bedeutung Bremerhavens als größter europäischer Auswandererhafen dar. Immerhin verließen zwischen 1832 und 1874 von hier aus sieben Millionen Menschen den europäischen Kontinent, um in den USA ihr Glück zu suchen. Doch das Auswandererhaus will nicht nur die Vergangenheit darstellen. Auch aktuelle Fragen der Einwanderung und Migration werden aufgegriffen. Das Deutsche Auswandererhaus ist nicht zuletzt einem engagierten Initiativkreis Bremerhavener Unternehmen zu verdanken, der sich seit 1998 mit großer Beharrlichkeit für eine solche Institution einsetzt.

### Hafenpassage als Bindeglied

Das Entwicklungsgebiet Alter und Neuer Hafen macht nur dann Sinn, wenn es in die Gesamtvermarktung der Stadt Bremerhaven intensiv einbezogen wird. Vor diesem Hintergrund ist auch das Projekt der Hafenpassage zu sehen. Durch eine voll verglaste Brücke soll die City mit dem Weserdeich und mit den Anziehungspunkten am Alten und Neuen Hafen verbunden werden. Diese Brücke wird zweifellos ein Blickpunkt werden, allein schon ihrer ungewöhnlichen Optik mit einer im Querschnitt ovalen Konstruktion wegen, aber auch durch ihre Ausmaße von immerhin 100 Metern Länge, sieben Metern Höhe und 6,50 Metern Breite. Das 43 Meter lange Mittelstück soll drehbar sein, damit die Museumsschiffe passieren können, wenn sie ihre Liegeplätze verlassen müssen. Für die Pla-

ner der Erlebniswelt am Neuen und Alten Hafen ist die gläserne Brücke nicht einfach nur ein Bauwerk, sondern Ausdruck eines überfälligen Brückenschlages zwischen der Innenstadt und dem Weserdeich. Seit Jahrzehnten war der Weserdeich über die City nur über eine schmale Brücke vor dem Columbus Center oder über Umwege erreichbar. Künftig werden die Bremerhavener und ihre Gäste auf einer Art Boulevard zwischen der Fußgängerzone und der Erlebniswelt flanieren können.

### Der neue Zoo am Meer

Wer den alten Zoo am Meer in Erinnerung hat und jetzt den neuen besucht, wird überrascht sein. Denn die aus dem Jahre 1928 stammende Tierheimat verwandelte sich im Laufe der mehrjährigen Sanierungsmaßnahmen in eine der modernsten zoologischen Einrichtungen. Der Zoo am Meer will sich auch weiterhin nicht als Flächenzoo profilieren, sondern als ein „nordischer, wasserbezogener Themenzoo“. Schon der Standort sucht seinesgleichen: Die Lage am Wasser ist europaweit einzigartig.

470.000 Besucher bereits im Eröffnungsjahr (seit März 2004) ist ein Rekord-Ergebnis, das sich die Stadt Bremerhaven, das Land Bremen und die EU rund 25 Millionen Euro kosten ließen. Das Flair eines „Themenzoos nordischer Prägung“ vermitteln unter anderem Felsen- und Tundrenlandschaften mit Wasserfällen und Bächen.

Dem Zoo am Meer drückt eine Felslandschaft ihren Stempel auf. Die nachgebildete Steinformanation ähnelt der Natur verblüffend. Panoramafenster in den Felsen ermöglichen an verschiedenen Stellen weite Blicke auf die Nordsee. Die Tiere leben auf mehreren Ebenen. Und auch die Zoobesucher treten ihre Entdeckungsreise auf zwei „Etagen“ an. Systematisch werden sie „unter Tage“ geführt, wo sie das Verhalten von Pinguinen, Seehunden und Co. etwa bei kommentierten Tierfütterungen durch dicke Glasscheiben beobachten können.

Die neue Meerwasser-Aufbereitungsanlage, eine der modernsten ihrer Art, filtert 3,5 Millionen Liter Salzwasser pro Stunde und garantiert auf diese Weise eine kontinuierlich hervorragende Wasserqualität. Bei der Planung und Gestaltung des Zoos standen neueste Kriterien für eine artgerechte Tierhaltung Pate. Der Zoo am Meer vergrößerte sich von 6.700 auf 8.400 Quadratmeter Fläche.

In der Cafeteria mit 60 Innen- und 90 Außenplätzen ist ein umfassender Blick über das komplette Gelände möglich – unter anderem auf den Kinderspielplatz, der aussieht wie ein gekentertes Schiff. In der Zoo-Schule ist Biologie-Unterricht der besonderen Art vorgesehen. In diesem Ambiente können Pädagogen ihren Schülern die Natur auf eine Art näher bringen, wie es in normalen Klassenzimmern unmöglich wäre. Die Zooverwaltung sorgt dabei unter anderem mit Mikroskopen und einer Leinwand für die geeignete Ausstattung.

# Leistungsbilanzen

## Bremen\_Bremerhaven

### Standortpolitik

#### Bremen

##### I. Häfen und Wasserstraßen

###### **In den bremischen Häfen brummt's!**

2004 konnte in den bremischen Häfen zum elften Mal in Folge ein Umschlagsrekord erzielt werden. Erstmals wurde dabei die Grenze von 50 Millionen Tonnen Gesamtumschlag überschritten. Insbesondere in der zweiten Jahreshälfte konnten zum Teil erhebliche Mengenzuwächse erzielt werden. Motor der bremischen Hafenentwicklung ist weiterhin der Containerverkehr. Aber auch der konventionelle Stückgutumschlag sowie der Autoumschlag entwickelten sich positiv. Ein wichtiger Erfolg für die bremischen Häfen war die Entscheidung der Mediterranean Shipping Company (MSC), sich über eine Beteiligung an dem Terminalbetreiber MSC Gate Bremerhaven an den Standort zu binden. Mit MSC und Maersk Sealand haben sich nunmehr die zwei größten Containerreedereien der Welt für ein festes Engagement in Bremerhaven entschieden.

###### **Masterpläne weisen in die Zukunft**

Um die Nutzungsintensität der Hafengruppe Bremen-Stadt weiter zu verbessern, hatte die Handelskammer die Erarbeitung von Masterplänen für verschiedene Hafengebiete angeregt und auf die enge Abstimmung mit den ansässigen Unternehmen gedrängt, da sich wesentliche Bereiche im Industriehafen in Privatbesitz befinden. Im September 2004 wurde der „Masterplan Industriehafen“ vorgestellt. Aus Sicht der Handelskammer wird es jetzt darauf ankommen, die Empfehlungen wieder in enger Zusammenarbeit mit den Unternehmen umzusetzen. Die vor Ort tätigen

Unternehmen wie auch die Interessengemeinschaft mittelständischer Unternehmen in den stadtbremischen Häfen e. V. (ISH) haben ihr großes Interesse an der Revitalisierung heute untergenutzter Flächen bereits signalisiert. Für den Neustädter Hafen ist ebenfalls ein Masterplan in Arbeit, wobei der Untersuchungsraum auf den gesamten Logistikbereich links der Weser ausgedehnt wird. Die Handelskammer ist in der Projektgruppe für diesen Masterplan vertreten.

###### **Perspektiven durch Kurzstreckenseeverkehr**

Insbesondere für die Hafengruppe Bremen-Stadt bietet der Kurzstreckenseeverkehr interessante Entwicklungsperspektiven. Darum hat die Handelskammer gemeinsam mit dem ShortSeaShipping Promotion Center im Jahr 2004 zwei Veranstaltungen angeboten. Am 23. März 2004 beschäftigten sich rund 70 Teilnehmer mit den Chancen und Risiken für Industrie, Handel und Logistik im Zusammenhang mit der EU-Osterweiterung. Unter dem Titel „Mit uns fällt die Maut ins Wasser“ fand am 6. September 2004 ein Dialog zwischen Vertretern der Binnenschifffahrt, der Binnenhäfen an Weser, Elbe und Mittellandkanal sowie Vertretern von Industrie und Spedition mit rund 140 Teilnehmern statt.

###### **Wanderfische unterwandern Planungen**

Als Problem für den Ausbau der Weser und damit für die Sicherstellung der seewärtigen Erreichbarkeit der bremischen Häfen stellt sich eine Diskussion um die Nachmeldung von Gebieten in den Wasserstraßen als so genannte FFH-Gebiete (Flora Fauna Habitat) auf Grund von Wander-

fischvorkommen – Finte und Neunauge – dar. Dabei würde der Ausbau der Außen- und Unterweser durch eine Ausweisung als FFH-Schutzgebiet nicht vollständig unmöglich werden. Die Hürden für den Planfeststellungsbeschluss sowie die erforderlichen zusätzlichen Ausgleichsmaßnahmen verteuerten jedoch das Projekt, verzögerten es und erhöhten die Risiken für die Realisierung des Vorhabens erheblich. Die Handelskammer wurde daher gemeinsam mit der Oldenburgischen IHK tätig, um eine Anmeldung zu vermeiden. Mittlerweile hat sich in Niedersachsen und Bremen der Standpunkt durchgesetzt, dass eine Nichtanmeldung die derzeit bessere Entscheidung ist. Beide Kammern werden den Fortgang dieser Angelegenheit intensiv begleiten.

##### II. Verkehrsinfrastruktur

###### **Innerstädtische Verkehrsprojekte in Bremen**

Der Umbau der Hamburger Straße zwischen Stader Straße und Lüneburger Platz wurde 2004 abgeschlossen. Das jetzige Erscheinungsbild dieses Straßenzuges ist Ausdruck enger Abstimmung und Kompromissfähigkeit aller Beteiligten. Die Anzahl der legalen Stellplätze ist nahezu unverändert geblieben.

Obwohl sie zuletzt Ende der neunziger Jahre aufwändig saniert worden war, steht der Wachmannstraße ab 2005 eine ähnlich umfangreiche Umgestaltung bevor. Die Bremer Straßenbahn AG beabsichtigt, auf der stark frequentierten Linie 6 zwischen Flughafen und Universität ab 2006 die ersten Züge der neuen 2,65 Meter brei-

# Leistungsbilanzen



Concordia-Tunnel in der Schwachhauser Heerstraße

ten Straßenbahngeneration einzusetzen. Die Wachmannstraße ist auf dieser Linie das letzte Teilstück ohne den hierfür erforderlichen Gleisabstand. Die Handelskammer hat sich bei beiden Projekten nachdrücklich und erfolgreich eingebracht. So konnte gemeinsam mit den ansässigen Einzelhandelsinitiativen erreicht werden, dass die Bauzeiten auf ein erträgliches Maß reduziert wurden: in der Hamburger Straße von geplanten vier auf unter zwei Jahre, in der Wachmannstraße von rund 18 Monaten auf jetzt noch zehn.

Daneben wurde mit dem Linksabbieger vom Wall in die Sögestraße im Innenstadtbereich eine von der Handelskammer seit langem eingeforderte Maßnahme zur verbesserten Erreichbarkeit der City realisiert. Einen deutlichen Fortschritt stellt auch die Verbindung des Gewerbegebietes Funkschneise mit der Osterholzer Heerstraße dar, da mit dieser Vernetzung stadtvträglichere Wirtschaftsverkehre möglich werden.

## Industriegebiet Bremer Kreuz

Im Bereich Weserpark/Industriegebiet Bremer Kreuz lässt die Umsetzung des längst verabschiedeten Verkehrskonzeptes Bremer Osten weiter auf sich warten. Die Verlängerung der Julius-Faucher-Straße über die A 27 hinweg und heran an die Anschlussstelle Sebaldsbrück stellt einen ersten Baustein dieses Konzeptes dar, zu dessen Realisierung es auch der Zustimmung der Nachbargemeinden Achim und Oyten bedarf. Allerdings thematisierte die Bauverwaltung im Zusammenhang mit der Verlegung von Radio Bremen für alle Beteiligten unerwartet als Alternative zur Julius-Faucher-Straße den Ausbau des Knotenpunktes Hans-Bredow-Straße/Osterholzer Heerstraße. Diese Variante ist nicht neu, sondern war schon vor vielen Jahren von der Bauverwaltung als nicht zielführend verworfen worden. Nach Auffassung der Handelskammer sollten sämtliche in jüngerer Vergangenheit mit diesem verkehrlichen Problemgebiet befassten Gut-

achter sowie der Weserpark intensiv in das weitere Prozedere eingebunden werden, um die Plausibilität dieser neuen Variante und des inzwischen vorhandenen Simulationsmodells zu beurteilen. Andernfalls wird die „Knotenaufweitung“ bei der Wirtschaft vor Ort nicht auf Akzeptanz stoßen.

## Ausbau der Schwachhauser Heerstraße

Ein Eintritt in die Realisierungsphase wäre auch für den letzten Abschnitt der Schwachhauser Heerstraße im Bereich des Concordiatunnels wünschenswert. Das Ergebnis der im Auftrag der Handelskammer im Sommer 2004 vorgenommenen Verkehrszählung spricht eine deutliche Sprache: Mit rund 28.000 Fahrzeugen an normalen Werktagen und bis zu 30.000 in Spitzenzeiten wird vor allem im Abschnitt zwischen Hollerallee und Concordiatunnel die Kapazitätsgrenze Tag für Tag deutlich überschritten. Diese nicht länger anzuzweifelnden tatsächlichen Verkehrsmengen lassen nur den Schluss zu, dass der vierspurige Ausbau dieser Hauptverbindung in die Bremer City dringend erforderlich ist.

Die von dem Gutachter Dr. Walter Theine (Hannover) vorgeschlagene moderate Fahrbahnbreite von 5,80 Meter stellt dabei einen stadtvträglichen Kompromiss dar, der dem sehr niedrigen Lkw-Anteil entspricht und die Inanspruchnahme privater Flächen sowie den Verlust an Bäumen deutlich reduziert. Dabei handelt es sich nicht um eine künftige Lkw-Trasse oder gar Stadtautobahn, vielmehr werden mit dem Gutachtervorschlag die gegenwärtigen Belastungen auch für die Anwohner reduziert und der Pkw-Verkehr stadtvträglich in die Bremer Innenstadt geführt. Im Oktober 2004 hat Bausenator Jens Eckhoff in Abstimmung mit den Spitzen der Koalitionsparteien eine überarbeitete Ausbauplanung vorgelegt, in der die wesentlichen Elemente und Entwurfsempfehlungen des Handelskammer-Gutachtens aufgegriffen wurden. Die nunmehr vorgesehenen Fahrbahnbreiten von je Richtung zweimal 2,75

Meter stellen dabei die unterste zulässige Grenze für eine Vierspurigkeit dar.

## Lkw-Maut: Unklarheit bis zum Schluss

Wie bereits im Vorjahr, hat auch 2004 das Thema „Lkw-Maut“ nicht nur politisch Wellen geschlagen, sondern auch bei den betroffenen Unternehmen für Unruhe gesorgt. So musste der ursprünglich für den 31. August 2003 geplante Starttermin für die Einführung der Lkw-Maut in Deutschland wegen technischer und organisatorischer Defizite mehrfach verschoben werden. Nach einer langen Abfolge von Schuldzuweisungen, technischer Ungereimtheiten und mangelhafter Kommunikation wurde schließlich der 1. Januar 2005 als Termin für den Mautstart festgelegt, ab dem das System in einer Übergangsphase mit Fahrzeuggeräten von geringfügig eingeschränkter Funktionalität arbeiten soll. Ein Mautsystem mit voll funktionstüchtigen Geräten soll spätestens am 1. Januar 2006 in Betrieb genommen werden.

Um die Branche über die aktuelle Situation zu informieren, fand in der Handelskammer – wie bereits im Jahr 2003 – eine sehr gut besuchte Informationsveranstaltung statt. Mehr als 150 Vertreter aus Speditionsgewerbe, Verladerschaft, Werkverkehr und Entsorgungswirtschaft haben sich am 2. Juni 2004 von der Betreibergesellschaft Toll Collect GmbH die technischen Systemvoraussetzungen sowie das so genannte Bonus-System erläutern lassen. Diese Veranstaltung machte deutlich, dass das Mauterfassungssystem enorm bürokratisch ist und insbesondere den Transportunternehmen weitere, nur schwer zu tragende finanzielle und organisatorische Belastungen auferlegt.



(v.l.) Einkaufszentrum Haven Hööv't; Präsentation der Überseestadt auf der EXPO REAL in München; Stadtteilzentren im Fokus, hier das Osterort

### III. Stadtentwicklung

#### Überseestadt und Faulenquartier

Die Handelskammer gibt als Träger öffentlicher Belange Stellungnahmen zu jährlich mehr als 100 Bebauungsplänen, Flächennutzungsplanänderungen, Vorhaben- und Erschließungsplänen sowie unterschiedlichsten anderen Stadtentwicklungsvorhaben ab. Darin wird den Planungsträgern die Betroffenheit der Wirtschaft, fallweise aus gesamtwirtschaftlicher Sicht, teils aber auch aus Sicht einzelner berührter Unternehmen, mitgeteilt. Ein Schwerpunkt im Jahr 2004 war darüber hinaus die Anbindung und weitere innere Entwicklung der Überseestadt. Dabei handelt es sich um eine langfristige, planerisch anspruchsvolle Aufgabe, bei der es in den kommenden Jahren darauf ankommt, die geschaffenen bzw. geplanten Infrastrukturen und Gewerbeareale mit Aktivitäten zu füllen.

Dabei gilt es nach Ansicht der Handelskammer durch vorausschauende Auflagen gegenüber neu angesiedelten Unternehmen Nutzungskonflikte in der Zukunft zu vermeiden. Hier sieht die Handelskammer in der beabsichtigten Vernetzung des Gebietes zwischen der westlichen Innenstadt und dem Bereich Lloydstraße/Kopf des Europahafens insgesamt sowohl eine gewichtige Aufwertung des Überseestadtareals als auch die verkehrlich sinnvolle Westweiterung des Innenstadtringes Am Wall. Diese Verknüpfung unterstützt die Adressenbildung in diesem Gebiet und erhöht damit wesentlich die Chancen zur Ansiedlung neuer Unternehmen. Erst mit der Anbindung zum Innenstadtraum entstehen wirkliche stadträumliche Strukturen.

In der Frage der Nachnutzung des Radio Bremen-Grundstückes in Osterholz hat sich die Handelskammer vehement gegen mögliche weitere großflächige Einzelhandelnutzungen ausgesprochen. Eine solche Ansiedlung an der Hans-Bredow-Straße hätte die ohnehin von Umsatzeinbußen gekennzeichneten Einzelhandelslagen in der Bre-

mer Innenstadt weiter gefährdet. Darüber hinaus wären sie in Konkurrenz zu den Geschäften im Weserpark getreten, dessen Kunden bereits heute durch verkehrliche Engpässe vor allem in der zweiten Wochenhälfte zunehmend abgeschreckt werden. Die Stadt hat diese Argumentation aufgegriffen und sich zwischenzeitlich eindeutig für stadtverträgliche Nachnutzungen ausgesprochen.

Die Handelskammer begrüßt das Konzept eines Medienzentrums in der Innenstadt mit Radio Bremen als „Anker“. Die städtebaulichen Chancen einer solchen Investition gerade im Faulenquartier sind nicht zu übersehen. Das Medienzentrum muss allerdings so ausgestaltet und konzipiert sein, dass insbesondere gewerblichen Nutzern attraktive Räumlichkeiten geboten werden. Gerade der wesernahe und damit nachfragegestärkte Neubau am Standort des ehemaligen Parkhauses Diepenau sollte überwiegend für Investoren aus der privaten Medienwirtschaft genutzt werden können. Ausstattung und Miethöhe müssen sich auf einem realistischen Marktniveau bewegen.

#### Innenstadt und Stadtteilzentren auch zukünftig im Fokus

Das von der Handelskammer 1997/98 eingeforderte Sofortprogramm Innenstadt hat in den vergangenen Jahren stark zur Aufwertung der Bremer Innenstadt beigetragen und wird auch 2005 fortgeführt, wobei dann auch die Stadtteilzentren einbezogen werden. Das nunmehr beschlossene Programm sichert zumindest für die kommenden Jahre eine Fortführung der Investitionen in die Zentrenförderung mit insgesamt 25 Millionen Euro. Unabhängig von einer Ausweitung des Förderprogrammes auf die Stadtteile insgesamt wird die Handelskammer sich auch weiterhin dafür einsetzen, dass die Mittel mit dem größtmöglichen Erfolg für die Zentrenförderung eingesetzt werden und nicht nach einem „Gießkannenprinzip“ auf viele kleine Projekte verteilt werden. Innenstadt und Stadt-

teile können sich nur dann positiv entwickeln, wenn ihr wirtschaftliches Herz funktioniert.

Im April 2001 trafen sich in der Handelskammer erstmals die in Bremen organisierten Werbe- und Interessengemeinschaften. Von zunächst sechs beteiligten Gruppen ist dieser Kreis bis Juni 2004 auf 16 Gemeinschaften angewachsen. Durch diese Initiative ist es der Handelskammer gelungen, eine Plattform für die Koordination und Kooperation der Stadtteile über die jeweiligen Bezirksgrenzen hinaus zu schaffen. Ziel war dabei immer auch, den Stellenwert der Stadtteile in die politische Diskussion zu bringen.

### IV. Bremen-Nord im Fokus

#### Wirtschaftliche Leistungsfähigkeit stärken

Das wichtigste Stadtentwicklungsziel für Bremen-Nord ist die Wiederherstellung und Stärkung der wirtschaftlichen Leistungsfähigkeit und Attraktivität eines Mittelzentrums mit oberzentralen Funktionen für die Region. Aus Sicht der Handelskammer muss insbesondere der Stadtteil Vegesack weiter aufgewertet werden. Neben der Ausweisung hochwertiger Wohnbauflächen und diverser Maßnahmen zur Verbesserung der Lebens- und Aufenthaltsqualität im weiteren Umfeld Vegasacks, stellt insbesondere die Umgestaltung des Sedanplatzes und die Schaffung einer attraktiven „Achse“ zum Einkaufszentrum Haven Hööv't einen Ansatzpunkt hierfür dar. Dabei geht es darum, die Verbindung zwischen beiden Handelsstandorten weiter zu vernetzen und mit der Bebauung des Sedanplatzes gleichzeitig einen zweiten Schwerpunkt zu setzen.

Große Potenziale für Bremen-Nord besitzt auch das mehr als 20 Hektar große ehemalige Areal der Baumwollkämmerei als Erweiterungsfläche für die dynamische Entwicklung des Ex-Vulkan-Geländes, das



(l.) Ein neuer Kongress für die Hansestadt: Zur WissensWerte kamen über 300 Wissenschaftsjournalisten aus dem ganzen Bundesgebiet nach Bremen und besuchten WissensOrte wie das einzigartige Sedimentkernlager der Meeresforscher. (r.) Ein Publikumshit war die Bremen Classic Motor Show.

die BIG Bremer Investitions-Gesellschaft mbH erworben hat.

Besondere Hoffnungen sind auch mit dem geplanten „Science Park“ an der International University (IUB) in Grohn verbunden. Obwohl nach politischem Streit ein Kompromiss über den genauen Standort gefunden wurde, kommt das Projekt nach wie vor nicht richtig voran. Nach langwieriger und schwieriger Diskussion sollten die sich im Umfeld der IUB bietenden Chancen endlich konsequent genutzt werden. Weitere Hoffnungen verbinden sich auch mit dem auf früheren Reservflächen der Stahlwerke eingerichteten Bremer Industriepark als Produktionsstandort, mit der Wilhelm-Kaisen-Kaserne als medizinisch-technischem Ansiedlungskern, aber auch mit eher stadtteilbezogenen Gewerbestandorten wie Steindamm oder Farge-Ost. Um für Bremen-Nord wirkliche Entwicklungsperspektiven aufzuzeigen, müssen diese Projekte und Vorhaben aber unbedingt durch weitere standortstärkende Maßnahmen wie entsprechende Kulturangebote, verbesserte Schulqualität, zukunftsorientierte Verkehrskonzeption, eine koordinierte Wirtschaftsförderung und einen einheitlichen regionalen (Marketing-)Auftritt ergänzt werden.

#### **Handelskammer Partner zweier Dialog-Foren**

Im Mittelpunkt der beiden Dialog-Foren in Bremen-Nord am 4. Mai und 21. September 2004, zu denen die Handelskammer gemeinsam mit dem Wirtschaftsrat und dem Industrie-Forum Bremen-Nord in die Strandlust Vegesack eingeladen hatte, standen der Öffentliche Personennahverkehr (ÖPNV) in Bremen-Nord sowie der Themenkomplex „Innovative Ausbildung“. Mit Blick auf den ÖPNV wurde am 4. Mai 2004 mit Vertretern des Senators für Bau, Umwelt und Verkehr, des Verkehrsverbundes Bremen/Niedersachsen sowie der Bremer Straßenbahn AG erörtert, welche Handlungsbedarfe für die Entwicklung des ÖPNV beste-

hen und welche Maßnahmen nicht nur wünschenswert, sondern auch finanzierbar sind. Aus Sicht der Handelskammer prägt ein leistungsfähiger ÖPNV nicht nur die Lebensqualität einer Region, sondern trägt auch zur Güte eines Wirtschaftsstandortes bei. In diesem Zusammenhang steht auch die Wiederinbetriebnahme der Farge-Vegesacker-Eisenbahn. Nachdem Untersuchungen gezeigt haben, dass es sinnvoll ist, diese Strecke erneut in Betrieb zu nehmen, ist die Politik gefordert, noch im Jahr 2005 den Vorlaufbetrieb mit Dieseltriebwagen zwischen Vegesack und Farge zu ermöglichen. Mittelfristiges Ziel muss allerdings die Durchbindung der Züge vom Bremer Hauptbahnhof bis Farge sein.

Zum Thema Ausbildung wurde am 21. September 2004 vom Bremer Institut für Technik und Bildung klargestellt, dass es gelingen muss, den Übergang von der Schule ins Berufsleben positiv zu gestalten. Bereits von der Grundschule an sollten die Kinder die verschiedenen Berufsbilder kennen lernen. Die Firma Johann A. Krause belegte anhand eigener Beispiele, dass 70 Prozent dessen, was die Auszubildenden in Berufsschulen lernen, in der betrieblichen Praxis nicht anzuwenden ist. Einig waren sich die Teilnehmer, dass das duale Ausbildungssystem auch in diesem Punkt deutlich nachjustiert werden muss, wie es auch im Regionalen Pakt für Ausbildung mit der Initiative „Innovative Berufsbildung“ vereinbart wurde.

#### **V. Tourismus**

##### **Übernachtungszahlen steigen**

Die Tourismusbranche in Bremen verzeichnete im ersten Halbjahr 2004 mit 555.364 Übernachtungen deutliche Zuwächse bei den Übernachtungszahlen, was einen Zuwachs von 8,1 Prozent bedeutet. Auf Bundesebene waren nur in Berlin größere Zuwachsraten zu verzeichnen. Durch Großveranstaltungen wie die Chorolymp-

piade konnten positive Effekte nicht nur für die Tourismusunternehmen, sondern auch für den Einzelhandel verzeichnet werden. Ein Fragezeichen für die Zukunft bedeutet allerdings die vorläufige Schließung des Spaceparks sowie der geplante Vertrag mit der Stageholding als Betreiber des Musicaltheaters. Beide Attraktionen sind mit Blick auf überregionale Besucherströme entwickelt worden, die nun voraussichtlich im nächsten Jahr fehlen werden. Umso wichtiger erscheint es, dass man sich auf Landesebene Gedanken über die Zukunft der touristischen Entwicklung Bremens in einem Landestourismusprogramm macht. Dabei sollte die Bewerbung Bremens zur „Kulturhauptstadt Europas 2010“ eine maßgebliche Rolle spielen.

##### **Erfolge des Messestandorts Bremen**

Jedes Jahr eine neue Veranstaltung im Messe Centrum lautet das Ziel für den Messestandort Bremen. Allein 2004 kamen rund 1.400 Entscheider aus der Recycling-Branche zur Fachmesse „waste to energy“; 350 Wissenschaftsjournalisten und Kommunikatoren aus dem deutschsprachigen Raum informierten sich auf dem Fachkongress „WissensWerte“ auch über bremische Erfolgsprojekte. Die neuen Veranstaltungsangebote der vergangenen zwei Jahren boomten: Allein 25.000 Besucher kommen jährlich zur Bremen Classic Motorshow. Auch das neue Produkt für 2005 steht fest: Im November 2005 wird es erstmals eine Reisemesse mit dem Titel „ReiseLust“ in Bremen geben.



In den Häfen gelten neue scharfe Sicherheitsbestimmungen.

Spendenaktion für die Küstenautobahn, BLG und Eurogate gaben 30.000 Euro für die frühere Realisierung der A 22, v.l.: Hillert Onnen (BLG-Finanzvorstand), IHK-Präsident Peter H. Greim, Präses Dr. Patrick Wendisch und Eurogate-Chef Emanuel Schiffer.

## Bremerhaven

### Bremerhaven-Tourismus auf gutem Weg

Der Bremerhaven-Tourismus ist weiter auf einem guten Weg. Positive Tendenzen der vergangenen drei bis vier Jahre haben sich auch 2004 bestätigt. Nachdem bisher die Ankünfte seitens der Übernachtungsgäste gestiegen sind, war zum Jahresende 2004 erstmals wieder ein Anstieg an Übernachtungen zu verzeichnen. Erfreulich war, dass die Zahl der von der BIS Bremerhaven Touristik betreuten Seestadt-Besucher sich erneut auf dem hohen Vorjahresniveau etabliert hat. Wichtige Indikatoren für die Akzeptanz eines Tourismusziels sind nicht allein Ankünfte und Umsätze, sondern auch die gezielte Abfrage von potenziellen Kunden nach Informationen: Im Jahr 2001 wurden 4.711 Nachfragen gezählt. Bereits 2003 kletterte die Zahl auf weit über 12.000, was auch 2004 gehalten wurde. Alles in allem gilt für 2004: Die Zahl der Bremerhaven-Besucher ist nochmals gestiegen; die Umsätze der BIS Bremerhaven Touristik erreichten ein ähnlich hohes Niveau wie im Vorjahr. Bremerhaven-Gäste sind vor allem Kurzurlauber – Weekendtouristen und Tagestouristen –, wobei das Jahr 2004 den Tagestourismus erneut gestärkt im Vordergrund sah. Besonders die Wiedereröffnung des „Zoos am Meer“ mit den unerwartet hohen Besucherzahlen zeigt, dass es noch erhebliche Potenziale in Bremerhaven gibt.

### Passagier-Rekord an der Columbuskaje

Das neue Bremerhavener Kreuzfahrtterminal erwartete einen Rekord. Mehr als 70.000 Passagiere haben 2004 ihren Urlaub auf hoher See am Columbus Cruise Center (CCCB) begonnen – so viele Fahrgäste wie seit den sechziger Jahren nicht mehr. Die 70 Kreuzliner steuerten das derzeit sicherste und modernste Terminal in Europa an. Die Terminal-Gesellschaft und der Hafentreiber bremenports haben die neuen internationalen Sicherheitsbestim-

mungen sehr ernst genommen und entsprechend investiert. Wie zuvor im Komfortbereich, gelten nun auch für die Kontrollen am Terminal dieselben Maßstäbe wie auf großen internationalen Flughäfen. Mit dem neuen Landausflugsprogramm „Gateway to Germany“ will CCCB einen neuen Markt für Bremerhaven eröffnen.

### Fachtag Hafensicherheit: Neue Bestimmungen im Blick

Rund 120 Sicherheitsexperten aus dem norddeutschen Raum trafen sich 2004 in der Hochschule Bremerhaven zum ersten „Fachtag Hafensicherheit“, zu dem das Zentrum für Sicherheit (ZfS) und die IHK Bremerhaven eingeladen hatten. Im Mittelpunkt standen die neuen internationalen Bestimmungen zur Terrorismusabwehr. Unternehmensvertreter schilderten, wie stark sie durch diese Sicherheitsvorschriften personell, materiell und finanziell belastet werden. Der Zentralverband der Deutschen Seehafenbetriebe prognostiziert den Kostenaufwand für 2004 auf bis zu 60 Millionen Euro und schätzt je 30 Millionen Euro für die folgenden Jahre.

### Spenden für die Küstenautobahn A 22

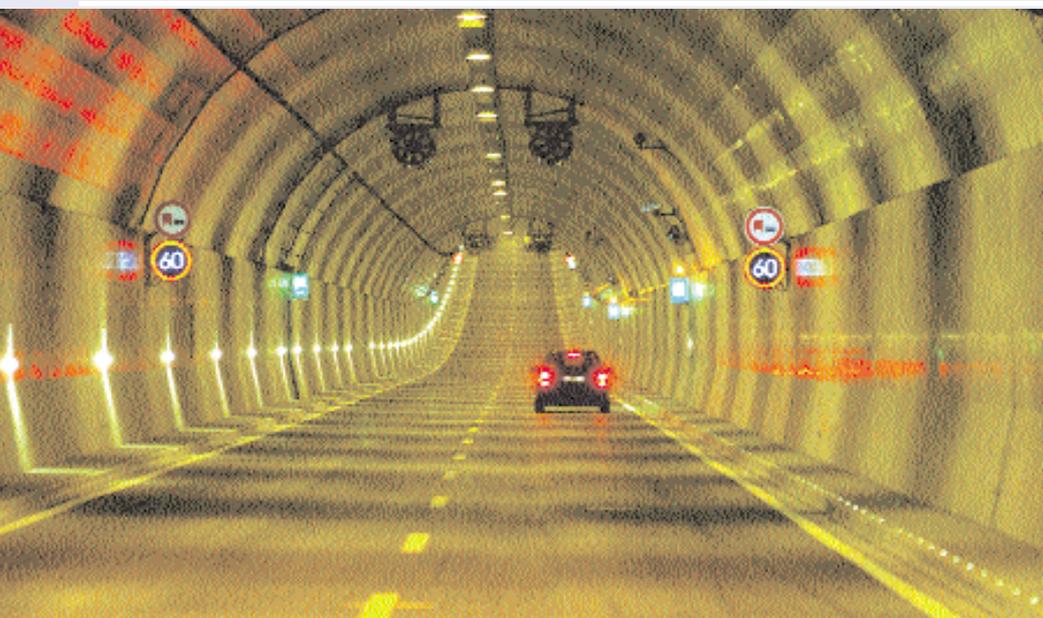
Insbesondere im Hinblick auf die EU-Osterweiterung sowie die bereits heute akuten Engpässe im Verlauf der Autobahn A 1 und im Großraum Hamburg ist die Weiterführung der A 20 als Küstenautobahn A 22 auf niedersächsischem Gebiet eines der wichtigsten Verkehrsprojekte Norddeutschlands. So entstand unter der Federführung der IHK Bremerhaven ein gemeinsames Positionspapier der Industrie- und Handelskammern in den Regionen Elbe-Weser und Weser-Ems, das mit dazu beitrug, dass die A 22 nicht auf dem Abstellgleis landete. Im vordringlichen Bedarf des aktuellen Bundesverkehrswegeplans ist derzeit lediglich der Bau der A 20 von Lübeck bis zur Elbequerung einschließlich des Anschlusses an die A 26 enthalten. Der Weiterbau als A 20 über den Dedesdorfer Wesertunnel bis zur A 28 bei Westerstedde

ist in den „weiteren Bedarf mit Planungsrecht und besonderem naturschutzfachlichen Auftrag“ eingestuft worden. Das Bundesministerium für Verkehr, Bau- und Wohnungswesen (BMVBW) hat Niedersachsen aufgefordert, das „Planungsrecht“ offensiv auszunutzen und die Planungen mit Nachdruck voranzutreiben.

Vor dem Hintergrund der extremen Haushaltslage haben das Land Niedersachsen, die Landkreise Ammerland und Cuxhaven sowie die regionale Wirtschaft, vertreten durch die Industrie- und Handelskammern, vereinbart, zu versuchen, die Kosten der Linienplanung in Höhe von rund 2,25 Millionen Euro gemeinsam aufzubringen. Die Kammern haben zugesagt, den Versuch zu unternehmen, bei betroffenen Unternehmen ein Drittel der Mittel für das Verfahren einzuwerben. Federführend sind dabei die Oldenburgische IHK und die IHK Stade. Die Kammern Bremen, Bremerhaven und Emden haben zugesagt, diese Aktion zu unterstützen, weil dieses Projekt ohne die schnelle offensive Aufnahme der Planungen auf lange Zeit keine Realisierungschancen hätte. In diesem Sinne setzt die gemeinsame Spendenaktion ein deutliches Zeichen dafür, welche Bedeutung die Region diesem Vorhaben beimisst.

Vorbild für die Spendenaktion ist eine Unternehmerinitiative aus Ostfriesland und dem Emsland. So wies die A 31 vom Ruhrgebiet nach Emden über Jahre eine Lücke von mehr als 30 Kilometern auf. Dieser Streckenabschnitt sollte erst nach 2015 gebaut werden. Durch eine private Initiative der Kommunen, der Unternehmen und der Industrie- und Handelskammern wurde das fehlende Geld gesammelt. Dadurch war es möglich, die Lücke noch 2004 zu schließen.

Anfang November 2004 konstituierte sich in Bremerhaven der Förderverein „Pro A 22 e. V.“. Er ging aus dem Verein Weserbrücke hervor, der sich für eine bessere Verbindung der beiden Weserseiten stark ge-



Der Wesertunnel ist ein wichtiges Teilstück der geplanten Küstenautobahn A 22.

macht hatte. Der Erfolg dieser damaligen Bemühungen ist heute deutlich sichtbar – es entstand der Wesertunnel, der als erster Streckenabschnitt einer neuen Autobahn die Region links und rechts der Weser miteinander verbindet. Vor allem mit Hilfe seines Parlamentarischen Beirates will dieser Förderverein gegenüber den Entscheidungsträgern aus der Politik eine langfristig wirksame Lobbyarbeit betreiben. Außerdem gilt es, die Öffentlichkeit für das Projekt zu begeistern. Auch will der Verein Finanzierungsmodelle entwickeln, damit nach Abschluss der Planungsphase auch eine Finanzierungssicherheit für die Küstenautobahn gegeben ist.

Zugleich tritt er dafür ein, dass die Trasse in das Transeuropäische Netz (TEN) aufgenommen wird, was Finanzmittel aus Quellen der EU bedeuten würde. Mitglieder des Vereins sind die wichtigsten Unternehmen aus der Hafen- und Logistikbranche, die

Städte und Landkreise aus dem angestrebten Verlaufsgebiet der Küstenautobahn sowie die Industrie- und Handelskammern des Nordwestens. Den Vorsitz des fünfköpfigen Vereinsvorstandes hat IHK-Vizepräsident Emanuel Schiffer übernommen; der Parlamentarische Beirat wird von der Vizepräsidentin des Niedersächsischen Landtages, Astrid Vockert, geführt. Die Geschäftsstelle ist bei der IHK Bremerhaven angesiedelt.

#### **Studie zu Standortkosten**

Von den Erdgaspreisen abgesehen weist der Standort Bremerhaven für die Lebensmittelwirtschaft im Vergleich mit 13 anderen Städten schlechte Werte auf. Das ist das Ergebnis einer Studie der IHK Bremerhaven. Die Ursachen liegen nicht nur in der erhöhten Grundsteuer B, sondern auch in der Abwassergebühr und den hohen Preisen für die Wasserversorgung. Selbst durch eine Sonderregelung für Unternehmen der

Fischwirtschaft liegen die Kosten immer noch deutlich über denen in Cuxhaven, Wilhelmshaven oder Lüneburg. Nach Auffassung der IHK Bremerhaven liegt es nun an der Politik, schnellstmöglich Abhilfe zu schaffen.



## Leistungsbilanzen

# Mittelstand, Innovation, Umwelt

### Bremen

#### **Innovationsregion für Wirtschaftswachstum und Beschäftigung durch Bürokratieabbau und Deregulierung**

Jahr für Jahr kostet es die deutschen Unternehmen 46 Milliarden Euro, bürokratischen Ballast abzubauen. Der Aufwand ist umso größer, je kleiner das Unternehmen ist. Bürokratieabbau und Deregulierung können daher als Mittelstandsförderung in Reinform betrachtet werden. So setzen sich die Handelskammer Bremen und die IHK Bremerhaven seit Jahren dafür ein, diese wirtschaftlichen Rahmenbedingungen zu verbessern. Im Sommer 2003 hat das Bundesministerium für Wirtschaft und Arbeit das Projekt „Innovationsregionen für Bürokratieabbau und Deregulierung“ ins Leben gerufen.

Das Land Bremen ist durch die umfangreichen Vorarbeiten der Handelskammer eine von drei Modellregionen in Deutschland geworden. Mehr als 80 Regionen hatten sich für dieses Projekt beworben. Inzwischen hat das Bundesministerium für Wirtschaft und Arbeit eine Liste mit 29 Deregulierungsvorschlägen aus den Regionen aufgegriffen und wird sie bundesweit ummittelbar umsetzen. Davon sind rund 15 Maßnahmen auch auf die Vorschläge Bremens zurückzuführen. Die Vorhaben zum Bürokratieabbau reichen vom Steuer-, Umwelt- und Gaststättenrecht über die Vereinfachung der Buchführung bis hin zur Beschleunigung von Gerichtsverfahren.

Auf Landesebene hat eine Senatsarbeitsgruppe für Bürokratieabbau im Zusammenwirken mit der Handelskammer im Februar 2004 einen umfangreichen Bericht

des Senats in die Bürgerschaft eingebracht. Er enthält mehr als 30 Maßnahmen zur Deregulierung und Entrümpelung des Arbeits-, Steuer-, Bau- und Umweltsrechts auf Landesebene sowie ein Reihe von Vorschlägen zur Verwaltungsmodernisierung. Parallel dazu wurde damit begonnen, alle bestehenden Landesgesetze und Verordnungen auf ihre Notwendigkeit zu überprüfen. Bisher wurden in einer ersten Stufe die Vorschriften aus der Entstehungszeit bis 1970 begutachtet. Rund ein Viertel dieser Rechtsvorschriften sollen aufgehoben oder befristet werden.

#### **„city of science Bremen\_Bremerhaven“ als Marke für den Wissenschaftsstandort**

Mit der 2001 ins Leben gerufenen Initiative „city of science Bremen\_Bremerhaven“ ist eine Marke entstanden, unter der Bremen als moderner Innovationsstandort vermarktet und der Wissenstransfer von Wissenschaft in Unternehmen und umgekehrt beschleunigt und ausgeweitet wird. Anerkennung fand das Engagement von Wirtschaft, Wissenschaft und Politik zum Beispiel bei der Wahl Bremens und Bremerhavens zur „Stadt der Wissenschaft 2005“ durch den Stifterverband für die Deutsche Wissenschaft.

In den regelmäßig stattfindenden „city of science“-Dialogforen werden technologie-relevante Themen wie die Ergebnisse der Foresight-Studie zur Bewertung der Technologiepotenziale der Bremer Wirtschaft und Wissenschaft des Fraunhofer-Instituts für Systemtechnik und Innovationsforschung in Karlsruhe behandelt. Die aus dem Dialogforum entstandene „city of science matching group“ hat im Sommer 2004 ei-

ne Prozessanalyse zu den Erfolgsfaktoren bremischer Technologietransferprojekte abgeschlossen. Aus den Ergebnissen dieser Analyse wurden unterschiedliche Umsetzungsmaßnahmen abgeleitet, um im Land Bremen die Zahl der Transferprojekten zu erhöhen.

#### **Mehr Effizienz bei öffentlichen Aufträgen**

Jährlich werden in Deutschland Aufträge in einer Gesamthöhe von rund 250 Milliarden Euro durch öffentliche Auftraggeber ausgeschrieben. Unternehmen, die sich um diese Aufträge bewerben, haben ihre Fachkunde, Leistungsfähigkeit und Zuverlässigkeit nachzuweisen – die Beschaffung und Zusammenstellung dieser Bescheinigungen erfordert einen erheblichen Aufwand an Zeit und Geld. Außerdem ist das Risiko groß, durch veraltete oder verspätet erbrachte Nachweise vom Wettbewerb ausgeschlossen zu werden. Nur eine bundesweite und branchenunabhängige Regelung schafft hier Bürokratieabbau. Bei der Novellierung des Vergaberechts soll ein Minimalkatalog von Nachweisen festgelegt werden, die Unternehmen zu erbringen haben. Dieser soll möglichst unabhängig vom Gegenstand der Vergabe, der Branche und vom Auftragsvolumen gestaltet sein. Außerdem sollen unabhängige Stellen damit betraut werden, diese dann bundesweit gültige Präqualifizierung durchzuführen. Da die Auftragsberatungsstellen der Kammern in diesem Bereich bereits über Erfahrung verfügen, setzt sich der DIHK für eine Übertragung der Aufgabe der Präqualifikation auf die Kammern ein.

# Leistungsbilanzen



Mittelstandsforum 2004: Diskussion zur Mittelstandsfinanzierung

## Finanzierung im Mittelstand

Angesichts der neuen Kreditvergaberichtlinien, der Veränderung der Geschäftspolitik vieler Banken und der konjunkturellen Situation ist die Finanzierung im Mittelstand schwieriger geworden. Bei den monatlichen Mittelstandstreffs der Handelskammer bildeten 2004 deshalb die Finanzierungsperspektiven kleiner und mittlerer Unternehmen den thematischen Schwerpunkt. Neben Vorträgen zu Themen wie „Basel II“ und „Rating“ wurde z. B. über die Inhalte heutiger Finanzierungsgespräche, das Verhältnis von Hausbank zu Firmenkunden oder zu der Inanspruchnahme mezzaninen Unternehmerrkapitals – einer Mischform von Fremd- und Eigenkapital – informiert.

Auch das erste Mittelstandsforum der Handelskammer nahm im Juni 2004 die Finanzierungsproblematik in den Blick und diskutierte über Förderprogramme, Eigenkapitalbeschaffung und Unternehmensrating. Namhafte Vertreter von Kreditanstalten und Banken machten deutlich, welche Anforderungen, Risiken, aber auch Möglichkeiten am Finanzmarkt für kleine und mittlere Unternehmen zukünftig bestehen.

## Bremer Mittelstandsenquête – Blick auf die Lage kleiner und mittlerer Unternehmen

Ein zentrales Projekt, um den Mittelstand in Bremen zu fördern, bildet für die Handelskammer die Bremer Mittelstandsenquête, die sie gemeinsam mit dem Senator für Wirtschaft und Häfen, dem Förderverein für Mittelstandsforschung, den Unternehmensverbänden im Lande Bremen sowie der Wolfgang-Ritter-Stiftung beim BAW Institut für Wirtschaftsforschung 2002 in Auftrag gegeben hat. Ziel der auf drei Jahre angelegten Untersuchung ist es, die Situation des bremischen Mittelstands systematisch zu analysieren, um Politik und Verwaltung auf dieser Basis fundierte Ratschläge geben zu können, wie die Rah-

menbedingungen für den Mittelstand im Land Bremen verbessert werden können. Die IHK Bremerhaven ist der Enquête 2003 beigetreten und bringt damit die besonderen Themen der Seestadt in die weitere Entwicklung der Studie mit ein.

Zu Beginn des Jahres 2004 stellten die Träger der Mittelstandsenquête Bremen den Entwurf eines Mittelstandsförderungsgesetzes vor – ein Gesetz, über das 13 von 16 Bundesländern in sehr unterschiedlicher Qualität bereits verfügen. Durch das Gesetz sollen die in den vergangenen Jahren entwickelten Grundsätze der Mittelstandsförderung sowie das Instrumentarium der bremischen Mittelstandspolitik eine rechtlich verbindliche Grundlage erhalten.

Im Juni 2004 wurden detaillierte Handlungsempfehlungen für eine effizientere Gestaltung der Existenzgründungsförderung herausgearbeitet. Auf der Basis eines Standortvergleichs wurden beispielsweise Möglichkeiten der Erhöhung der Zahl von Gründungen aus Hochschulen, der Vernetzung von Förderangeboten oder der mittelfristigen finanziellen Absicherung von Existenzgründungen abgeleitet. Die Erkenntnisse und Handlungsempfehlungen aus drei Jahren Projektarbeit werden derzeit in einem Aktionspapier zusammengefasst und danach Politik und Verwaltung übergeben.

## Vorsteuerausweis auf Abwasserrechnungen – Umsetzung in Sicht

Abwasserkosten sind ein beachtlicher Kostenfaktor für Unternehmen. Gerade in Bremen liegen sie überdurchschnittlich hoch. Um hier eine Entlastung zu erreichen, beschäftigt das Thema „Umsatzsteuer bei Abwasserentgelten“ die Handelskammer bereits seit mehreren Jahren. Ziel ist es, dass insbesondere Gewerbetreibenden künftig auf der Abwasserrechnung die Umsatzsteuer ausgewiesen wird und diese somit als Vorsteuer geltend gemacht werden kann – was die Unternehmen um jährlich

mehr als drei Millionen Euro entlastet. Hintergrund: Die hanseWasser Bremen GmbH, die in Bremen die Entwässerungsleistungen erbringt, stellt der Freien Hansestadt hierfür eine „Kostenerstattung“ in Rechnung, die die gesetzliche Umsatzsteuer enthält. Dieser Betrag wird von Bremen brutto – also ohne Ausweis der Umsatzsteuer – an die Abnehmer weiterberechnet. Der Rechnungsbetrag geht somit zu 116 Prozent in den Aufwand; gewerbliche Abnehmer können die Vorsteuer nicht geltend machen. Dies soll durch die Initiative der Handelskammer geändert werden.

Der von der Handelskammer, den großen Abwasserproduzenten, dem Wirtschafts-, Umwelt- und Finanzressort sowie der hanseWasser Bremen GmbH abgestimmte Modellvorschlag zur Ausweisung der Umsatzsteuer geriet 2004 jedoch ins Wanken. Erst durch intensive Gespräche der Handelskammer mit politischen Vertretern konnte eine neue Positionierung des Themas erreicht werden. Derzeit wird darüber diskutiert, ob Gewerbetunden künftig Einzelverträge mit der hanseWasser Bremen GmbH abschließen können, um so den Vorsteuerabzug zu ermöglichen. Dieser politische Kompromiss wird nun vom Umwelt- und Finanzressort auf ordnungspolitische, steuerliche, rechtliche bzw. verwaltungsrechtliche Konsequenzen geprüft. Die Handelskammer wird die Umsetzung dieser Initiative weiter vorantreiben.

## Eckpunktepapier Energiepolitik

Eine ausgewogene Energiepolitik auf europäischer, nationaler und auch regionaler Ebene stellt die Grundvoraussetzung für Wettbewerbsfähigkeit, Wachstum und neue Arbeitsplätze dar. Das Zielgrößen-dreieck aus Versorgungssicherheit, Preisgünstigkeit und Umweltverträglichkeit muss im Blickwinkel bleiben. 2004 wurde die Energiepolitik im Zuge der Strompreisdiskussion als wichtigstes wirtschaftspolitisches Thema im Ausschuss für Industrie, Umwelt- und Energiefragen der Handels-



Bremer Unternehmer wie hier Lutz Peper (l.) engagieren sich für Ausbildung und unterstützen Bildungssenator Willi Lemke; (r.) Nachvermittlungaktion für unversorgte Jugendliche in der Handelskammer

kammer diskutiert. Das Eckpunktepapier des Ausschusses zu einer standortstärkenden Bremer Energiepolitik wurde in die Arbeit der IHK Nord eingebracht, die ein Konzept „Strom für Norddeutschland“ erstellt. Ein solches gemeinsames norddeutsches Konzept bietet sich an, um in den regelmäßigen Gesprächen mit den Wirtschaftsministern Norddeutschlands einheitliche Aussagen machen zu können.

#### Bremerhaven

##### Unternehmensservice zu Umweltfragen

Durch verschiedene Aktivitäten geht die IHK Bremerhaven auf die Wünsche und Interessen der Seestadt-Unternehmen im Umwelt- und Energiesektor ein. So bietet sie eine Umweltberatung vor Ort an und gibt Umwelt- und Energie-Informationen an die Unternehmen weiter. Darüber hinaus hat die IHK 2004 einen Erfahrungsaustauschkreis „Umwelt/Energie“ – kurz ERFA-Kreis – gegründet. Dort treffen sich Unternehmensvertreter und Repräsentanten von Behörden.

## Aus- und Weiterbildung

### Bremen

#### Auf Hochtouren – die Ausbildungsaktionen 2004

Die nach wie vor schwierige konjunkturelle Situation bei gleichzeitig steigenden Schulabgängerzahlen ließ schon zu Jahresbeginn 2004 erkennen, dass die folgenden Monate für künftige Auszubildende nicht leicht würden. Um gegenzusteuern, veranstaltete die Handelskammer deshalb vom 12.-14. Februar 2004 wieder die Ausbildungsmesse „Top Job“ im Weserpark. Mit dem Ziel, die politischen Entscheidungsträger zu sensibilisieren und auf eine drohende Fehlentwicklung hinzuweisen, verschickte sie im März 2004 die Broschüre „Für Ausbildungsplätze – gegen Ausbildungsplatzabgabe“ an die Bürgerschaftsabgeordneten, Parteivorsitzenden, Bundestagsabgeordneten sowie an bremische Verbände. Präses Dr. Patrick Wendisch wandte sich im März 2004 auch direkt an die Ausbildungsunternehmen und appellierte, trotz der Diskussionen um eine Ausbildungsabgabe weiterhin und möglichst auch verstärkt auszubilden. Zahlreiche Unternehmen haben bereits zu diesem Zeitpunkt ihr Ausbildungsengagement erhöht.

Um den besonderen Einsatz von Unternehmen mit ausländischen Betriebsinhabern hervorzuheben, wurden am 26. Mai 2004 in einer Feierstunde im Haus Schütting Unternehmer mit Migrationshintergrund gewürdigt. Im April 2004 waren zuvor speziell jene Unternehmen angesprochen worden, die in neuen Ausbildungsberufen bereits ausbilden oder ausbilden könnten. Hierzu gehörte auch eine Informationsveranstaltung zur Neuordnung der Einzelhandelsberufe, die am 13. Mai 2004 mit gro-

ßer Resonanz in der Handelskammer stattfand. Um die bremischen Unternehmen über Ausbildungsmöglichkeiten zu informieren, wurde im Frühjahr die Informationsbroschüre „Neue und modernisierte Ausbildungsberufe“ an Unternehmen verteilt.

#### Initiativen für Jugendliche – Ausbildungsreife sichern

Wie schon in den Vorjahren hat die Handelskammer auch 2004 die Informationsbroschüre „Der richtige Weg in den Beruf“ herausgebracht und bereits im Januar 5.000 Exemplare an die allgemein bildenden Schulen in Bremen verteilt. Auf einer Veranstaltung zu „Fragen der Ausbildung“ am 24. Januar 2004 informierten die Ausbildungsberater der Handelskammer beim Elternsprechtag in der Agentur für Arbeit Bremen über das duale System der Berufsausbildung. Die zentrale Frage der Jugendlichen „Was erwartet die Wirtschaft von mir?“ beantwortete die Handelskammer in der Broschüre „Fit für die Ausbildung“. Darin stehen konkrete Tipps für Schulabgänger zu fachlichen, persönlichen und sozialen Anforderungen.

Um auch in den Medien für mehr Ausbildungsplätze zu werben, hat die Handelskammer im Sommer 2004 gemeinsam mit dem „Weser Report“ und „Radio Bremen 4“ eine Ausbildungsaktion gestartet. Binnen kürzester Zeit konnten auf diesem Weg mehr als 60 freie Ausbildungsstellen angeboten und besetzt werden. Bei einem Dialog-Forum in der Strandlust in Vegesack am 21. September 2004 warb die Handelskammer für eine moderne und innovative Berufsausbildung. Kurz darauf fand vom 23.-25. September die erste Ausbil-



Matheolympiade: Kleine Rechengenie im Schütting



Präses Dr. Wendisch eröffnete den 1. Bremer Tag der Weiterbildung

## Leistungsbilanzen

dungsmesse im Einkaufscenter Haven Hööv't statt, bei der mehr als 20 nordbremische Unternehmen über Ausbildungsberufe in Bremen Nord informierten und für Ausbildung in ihren Unternehmen warben. Getragen wurde die Veranstaltung vom Centermanagement und der Handelskammer in Zusammenarbeit mit der Handwerkskammer und der Agentur für Arbeit.

### Das duale Ausbildungssystem stärken

Die Bundesregierung plant 2005 eine Reform des Berufsbildungsgesetzes (BBiG), das die Grundlage für die duale Berufsausbildung darstellt. Als Ziele nennt sie mehr Durchlässigkeit zwischen den Bildungswegen, die internationale Sicherung der Berufsbildung und die Weiterentwicklung des Prüfungswesens. Bei allen Reformbestrebungen wird es aber darauf ankommen, das erfolgreiche System der dualen Ausbildung fit für die Zukunft zu machen und bei einer Novellierung die Flexibilisierung und Entbürokratisierung in den Vordergrund zu stellen. Vor allem müssen die einzelbetriebliche Finanzierung und die enge Anbindung des Ausbildungssystems an das Beschäftigungssystem erhalten bleiben.

Insbesondere wendet sich die Handelskammer gegen die schleichende Verstaatlichung durch verschulte Bildungsgänge und Zwangsanrechnungen von schulischen Vorleistungen. Speziell die Zulassung von vollzeitschulischen Ausbildungsgängen zur IHK-Abschlussprüfung sollte allein den Absolventen des dualen Systems vorbehalten bleiben. Deshalb lehnt die Kammer diesen Vorschlag ab, denn langfristig höhlt die verstärkte Ausbildung von Vollzeitschülern die duale Ausbildung in Schule und Betrieb aus – mit unabsehbaren Folgen für die Facharbeitsmärkte der Zukunft. Erfahrungen insbesondere aus den Niederlanden zeigen, dass schulische Berufsausbildungssysteme die besseren Schulabgänger dazu verleiten, in die Schu-

len zu gehen, und die betriebliche Ausbildung überwiegend von den schlechteren Schülern wahrgenommen wird.

Falsche Akzente im aktuellen Entwurf zum Berufsbildungsförderungsgesetz werden auch durch die Vorschriften zur Aufgabenbeschreibung der Berufsbildungsausschüsse der Kammern und zum Stimmrecht der Lehrer in den Berufsbildungsausschüssen gesetzt. Zu einer ausufernden Bürokratie würde der Plan führen, neue Gremien der Berufsbildungsplanung in den Regionen einzurichten. Dies würde auch die Arbeit der Handelskammer Bremen bremsen, die Mitbestimmung der Gewerkschaften in den Gremien der beruflichen Bildung dagegen stärken. Die Arbeit im Regionalen Bündnis für Arbeit, Ausbildung und Wettbewerbsfähigkeit, die auf dem Prinzip der Freiwilligkeit beruht, wäre gefährdet.

### Engere Zusammenarbeit von Schule und Wirtschaft

Auch im Bereich Schule-Wirtschaft hat die Handelskammer 2004 Schwerpunkte gesetzt. Die Jump-Jobbörse wurde mit ihrer Beteiligung am 25. Oktober 2004 in Bremen gestartet. Sie bietet eine Reihe von Instrumenten, die es in dieser Form und Kombination bislang in Bremen noch nicht gegeben hat. Ein besonderes Element waren das Bewerbertraining für Schüler aus rund 100 Bremer Schulabgangsklassen sowie ein integrierter Berufsorientierungstest. Dieses Portal steht für alle Fragen zum Thema „Job“ für die Region zur Verfügung – für Ausbildungsstellen, Stellenangebote sowie Praktika oder Teilzeitjobs.

Gemeinsam mit der „agentur schule wirtschaft“ am Landesinstitut für Schule förderte die Handelskammer auch im Jahr 2004 den Ausbau der Kooperationen zwischen Unternehmen und Schulen. So entstanden 2004 insgesamt 13 neue Partnerschaften. Mittlerweile haben 95 Prozent der allgemein bildenden Schulen der Sekundarstufen I und II Kooperationsbezie-

hungen zu bremischen Unternehmen. Nicht nur im Hinblick auf Unterrichtsprojekte arbeiten die Unternehmen mit Schulen zusammen, sie unterstützen diese auch bei der Teilnahme an Wettbewerben oder in der Lehrerfortbildung, beispielsweise bei der Berufsorientierungstournee oder dem Wirtschaftspraktikum für Lehrkräfte und Referendare.

### Weiterbildung erfolgreich

Durchgreifende Veränderungen in der Produktion und Organisation der Betriebe erfordern von den Mitarbeitern eine ständige Anpassung und Weiterentwicklung ihrer Qualifikation. Die IHK-Weiterbildungsprüfungen sind bedarfsgerecht, flexibel und praxisnah gestaltet. Zur Sicherung des Qualitätsniveaus schafft die Handelskammer deshalb kontinuierlich neue Weiterbildungsangebote. So wurde im Sommer und Herbst 2004 erstmals der „Fachkaufmann Einkauf und Logistik“ und der „Geprüfte Personalkaufmann“ sowie der „Service-monteur für Windenergieanlagentechnik“ geprüft. Damit kam die Handelskammer den Bedarfen der Unternehmen nach qualifizierten Fortbildungen entgegen.

Eine verstärkte Nachfrage ist in den Aufstiegslehrgängen „Geprüfte Industriemeister Metall“, „Geprüfte Versicherungsfachwirte“ oder „Geprüfte Bankfachwirte“ zu verzeichnen. Mit dem ersten Weiterbildungstag am 4. November 2004 in den Räumen der Handelskammer wurde ein weiteres Highlight im Bereich der beruflichen Weiterbildung gesetzt. 13 Weiterbildungsträger hatten Gelegenheit, ihre unternehmensspezifischen Weiterbildungsangebote darzustellen. Abgerundet wurde diese Veranstaltung durch ein Expertengespräch und eine Diskussion zum Thema „Neues Denken und Handeln in der Weiterbildung“.



Die Berufstournee „Fisch & mehr“ machte Station bei der Deutschen See; Ausbildung bei einem Getränkespezialisten in Bremerhaven

## 28 Preise für hervorragende junge Kaufleute

Für hervorragende Leistungen in der kaufmännischen Prüfung hat die Hermann-Leverenz-Stiftung in 2004 insgesamt 28 Absolventen ausgezeichnet. Seit ihrer Gründung 1965 hat sie damit 920 junge Kaufleute geehrt. Vorangetrieben wurde von der Stiftung auch das Projekt „Ökonomische Bildung online – Wirtschaft in der Schule“. Dieses Vorhaben leistet einen praktischen und innovativen Beitrag zur Verbesserung des Wissens bei Lehrern in wirtschaftsrelevanten Fächern. Die Bausteine dieses Projekts ermöglichen einen flexiblen Einsatz des Angebots über Ländergrenzen hinweg.

## Bremerhaven

### Ausbildungsverbund Medien und IT

Eine qualifizierte Berufsausbildung ist kein Privileg großer Unternehmen. Auch in kleineren, stark spezialisierten Firmen ist sie möglich. Allerdings gelingt sie dort besser, wenn die kleineren Unternehmen zusammenrücken und ihre Stärken bündeln. Dies ist auch der Hintergrund für den „Partnerschaftlichen Ausbildungsverbund für Medienberufe in der Region Bremerhaven“, der von der IHK unterstützt wird. Bei diesem Ausbildungsverbund steht der Beruf des Mediengestalters, der sich mit dem Aufbereiten digitaler und analoger Daten am Computer beschäftigt, im Mittelpunkt. Im September 2004 wurde gemeinsam mit dem Handwerk eine Ausbildungspartnerschaft für die IT-Berufe ins Leben gerufen.

### Dauerbrenner Bildungspolitik

Auch 2004 hat die Geschäftsführung der IHK den bildungspolitischen Standpunkt der Wirtschaft vertreten. Foren dafür waren die Sitzungen des Landesausschusses für Berufsbildung und seiner Unterausschüsse, ebenso Schulkonferenzen, Gesamtkonferenzen und Ausbildungsbeiräte der berufsbildenden Schulen. Darüber hinaus

engagiert sich die IHK innerhalb der Kammergemeinschaft Bildung und Medien. Dort beschäftigt sie sich intensiv mit der Bildungspolitik. Ein wichtiges Thema ist die Fort- und Weiterbildung von Lehrern allgemein bildender und beruflicher Schulen in Form der Wirtschaftskunde.

### Berufsorientierungstournee „Fisch & mehr“

In Bremerhaven ging 2004 die Berufsorientierungstournee „Fisch & mehr“ an den Start, deren Konzept bundesweit einmalig ist. Pädagogen aus allgemein bildenden Schulen sollen die Ausbildung und die Arbeit in unterschiedlichen Berufen und in verschiedenen Unternehmen Bremerhavens kennenlernen. Gemeinsam sollen Strategien für einen unkomplizierteren Übergang von der Schule in die Arbeitswelt entwickelt werden. Die beteiligten Lehrkräfte werden in den jeweiligen Firmen von Auszubildenden und Ausbildern über mehrere Berufsbilder informiert. Begleitet werden sie von Berufsberatern der Agentur für Arbeit sowie von Ausbildern aus Unternehmen. Entwickelt wurde das Konzept von der Bremer Agentur Schule und Wirtschaft am Landesinstitut für Schule. Die IHK ist zusammen mit der Bildungsgemeinschaft Arbeit und Leben Bremerhaven e. V. sowie dem Lehrerfortbildungsinstitut Bremerhaven eine der Trägerinnen dieses Projekts.

### Fort- und Weiterbildung für die Zukunft

Trotz angespannter finanzieller Lage erkennen immer mehr Unternehmen, dass an Investitionen in die berufliche Weiterbildung ihrer Mitarbeiter kein Weg vorbei führt. Mit aktuellen und praxisorientierten Seminaren und Fortbildungen – auf Wunsch auch als In-House-Schulungen – und Infoveranstaltungen unterstützt die IHK Bremerhaven ihre Mitgliedsunternehmen. 2004 hat sie eigene Fortbildungsvorbereitungslehrgänge für Ausbilder, für Industriemeister der Fachrichtung Lebensmittel und der Fachrichtung Metall sowie für Bilanzbuch-

halter organisiert. Einige davon wurden 2004 neu begonnen. Wie im Vorjahr wurden in Kooperation Zertifikatslehrgänge zum „Call-Center Agent“ angeboten. Die IHK Bremerhaven prüfte 2004 eine Reihe von Industriefachwirten, Bilanzbuchhaltern, Personalfachkaufleuten und Industriemeistern der Fachrichtung Metall und Lebensmittel. Ferner nahm sie Ausbilder-eignungsprüfungen sowie die Prüfung „Datenverarbeitung in der kaufmännischen Sachbearbeitung“ ab.

### Wichtige Etappe zurückgelegt

Für den von der IHK Bremerhaven konzipierten Industriemeister-Lehrgang für die Lloyd-Werft wurden 2004 die Zeugnisse für seine ersten beiden Bausteine übergeben: für die „Ausbildung der Ausbilder“ und für den Bereich „REFA“. Voraussichtlich im Herbst 2005 – und somit nach drei Jahren Dauer und etwa 1.200 Unterrichtsstunden – sollen weitere Zeugnisse folgen. Dann werden 25 Beschäftigte der Lloyd-Werft zu Industriemeistern der Fachrichtung Metall aufgestiegen sein. Bis zum endgültigen Abschluss des Industriemeister-Lehrgangs werden die Lloyd-Mitarbeiter zweimal wöchentlich abends und alle zwei Sonnabende im Monat unterrichtet. Vor der Zusammenarbeit mit der Lloyd-Werft hatte die IHK von 2001 an bereits mit der SSW-Werft kooperiert.

Neu am Industriemeister-Lehrgang ist, dass die Teilnehmer neben der Weiterbildung zum Industriemeister eine Ausbilder-eignungsprüfung ablegen und sich auf der Grundlage der REFA-Prüfung im Bereich der Arbeitsorganisation qualifizieren können. Industriemeister sind industriell-technische Führungskräfte mit umfassenden Kenntnissen betrieblicher und betriebswirtschaftlicher Zusammenhänge. Als Koordinatoren sorgen sie für den reibungslosen Ablauf der Produktion und die Qualität der Produkte, als Werkstattleiter tragen sie Personalverantwortung. Außerdem vermitteln Industriemeister zwischen der

# Leistungsbilanzen

Betriebsleitung und den Mitarbeitern. Als Vorgesetzte sind sie vor allem für den Arbeitsschutz und die Unfallverhütung verantwortlich. Mittlerweile werden Industriemeister in mehr als 50 Fachrichtungen gebraucht, darunter – wie beim Bremerhavener Modell – im Bereich Metall.

## **Besten-Ehrungen und Informationsmessen**

Im Mai 2004 wurden in einer Feierstunde elf Prüfer für ihre langjährige ehrenamtliche Tätigkeit zum Wohle der Bremerhavener Wirtschaft geehrt. Die Ehrung der Prüflinge, die ihre Ausbildung mit Auszeichnung bestanden hatten, fand im September 2004 statt. Ebenfalls im September veranstaltete die IHK gemeinsam mit der Kreishandwerkerschaft Bremerhaven-Wesermünde, der Arbeitsagentur und dem Deutschen Gewerkschaftsbund (DGB) eine Last-Minute Börse, um die bis dahin unbesetzten betrieblichen Ausbildungsstellen noch vermitteln zu können. Von 500 eingeladenen Jugendlichen erschienen 250. Sie wurden von 15 Unternehmensvertretern beraten.

Im Oktober 2004 richtete die IHK in Kooperation mit der Kreishandwerkerschaft, der Agentur für Arbeit und der Allgemeinen Ortskrankenkasse (AOK) für Schüler der Abgangsklassen 2003/2004 eine Berufsinformationsmesse aus. Etwa 3.000 Schüler informierten sich an drei Tagen an den drei Standorten im Hause der Kreis-

handwerkerschaft, der AOK und der IHK bei Geschäftsinhabern, Ausbildern und Auszubildenden. Im Mittelpunkt standen Ausbildungsmöglichkeiten im Handwerk, in der Industrie und im Handel sowie im Dienstleistungs- und Gesundheitswesen. Auch über neue und neu geordnete Ausbildungsberufe informierte die IHK. Sie organisierte im kaufmännischen wie im gewerblichen Bereich Informationsveranstaltungen für die Ausbildungsbetriebe. Ausbilderforen wurden für die IT- und Medienberufe angeboten.



Ob Last-Minute Börse oder Berufsinformationsmesse, die IHK Bremerhaven warb in 2004 offensiv für die Ausbildung junger Menschen und informierte Betriebe wie Jugendliche über Möglichkeiten und Perspektiven.



Die Welt zu Gast in Bremen

## International

### Bremen

#### Bremen und die Welt

Die Handelskammer hat ihre individuelle Außenwirtschaftsberatung 2004 zahlenmäßig ausgebaut. Dabei hat sich die Nachfragestruktur in den vergangenen Jahren stetig verändert. Mehr und mehr werden Basisauskünfte gefordert, ebenso Hilfen bei besonders komplexen Fragen. Täglich nahm die Handelskammer mehr als zehn individuelle und gezielte Beratungen zum Zollrecht, zu Problemen bei Exportdokumenten, zum Außenhandelsrecht sowie zu anderen Fragen des Außenhandels vor. Bremen blieb als Zielregion ausländischer Wirtschaftsdelegationen sehr beliebt: Die Handelskammer betreute 17 ausländische Wirtschaftsdelegationen und führte sie mit Bremer Unternehmen zusammen.

Um den Wirtschaftsstandort im Ausland besser zu positionieren, wurden zudem zahlreiche Wirtschaftsgespräche mit ausländischen Diplomaten geführt. Für eine möglichst schlanke Abwicklung bei der Erteilung von Ursprungszeugnissen, der Bescheinigung von anderen Exportdokumenten sowie der Erteilung von Carnets A.T.A - Bürgschaften für Zollschulden bei Waren, die vorübergehend in andere Länder eingeführt werden - sorgte der Bescheinigungsdienst der Handelskammer, der 2004 mehr als 20.000 Vorgänge bearbeitete. Auch wurden - trotz EU-Erweiterung, bedingt durch die Exportkonjunktur und neue Warenströme in bestimmte Drittstaaten - mehr Ursprungszeugnisse ausgestellt.

#### Rückwirkende Zollerhebungen verhindert

Auf Initiative der Handelskammer konnte 2004 verhindert werden, dass europaweit rückwirkend Zölle auf präferenzbegünstigte Einfuhren aus Indonesien erhoben wurden. Die deutschen Zollbehörden hatten nach Konsultationen mit der Europäischen Kommission angekündigt, dass Präferenzursprungszeugnisse für Waren aus Indonesien zukünftig sowie auch mit Wirkung für die Vergangenheit nicht mehr anerkannt würden, weil die indonesischen Behörden Formulare verwendet hatten, die nicht den Vorgaben der EU entsprachen. Deshalb musste sich die Importwirtschaft auf rückwirkende Zollerhebungen einstellen und laufende Geschäfte mit bereits „schwimmender“ Ware neu kalkulieren. Die Handelskammer konnte durch intensive Verhandlungen mit der Europäischen Kommission und den Behörden in Indonesien bewirken, dass in Indonesien die Verwaltungsverfahren auf Formulare umgestellt werden, die von der EU anerkannt werden können und dass für einen Übergangszeitraum sowie für die bereits getätigten Transaktionen eine Duldungsregelung der Europäische Kommission und ihrer Mitgliedstaaten verabschiedet wurde.

#### Vorschläge für Vereinfachung des Präferenzhandels erarbeitet

Die Europäische Kommission hat 2004 die Förderung des Warenaustauschs durch Zollpräferenzen auf den Prüfstand gestellt und ist in ihrem Grünbuch zur richtigen Erkenntnis gelangt, dass die Entwicklungsländer die Zollpräferenzen wegen der komplexen materiellen Voraussetzungen häufig nicht in dem Maße in Anspruch nehmen können, wie ursprünglich gedacht. Die Verwaltungen der Entwicklungsländer sind zudem mit der Anwendung häufig überfordert, was zu einer unberechtigten (aber nicht vorsätzlichen) Inanspruchnahme von Präferenzen durch die EU-Wirtschaft und folglich zu nachträglichen nicht kalkulierten Zollerhebungen zu Lasten der

Importeure führen kann. Die Handelskammer hat für die Europäische Kommission eine Stellungnahme erarbeitet und deutlich gemacht, dass nur ein grundlegend vereinfachtes Präferenzsystem die Probleme von Unregelmäßigkeiten und bei den Verwaltungsverfahren lösen kann. Deshalb sollten die materiellen Voraussetzungen für die Erlangung einer Zollpräferenz auf zwei Kriterien für eine hinreichende lokale Verarbeitung beschränkt werden, nämlich den so genannten Tarifsprung und eine Wertklausel mit einem einzigen zulässigen Prozentsatz. Zudem sollte allen Präferenzwaren der Zollsatz null Prozent eingeräumt werden. Die Handelskammer hat außerdem unterstrichen, dass durch eine Reform der Präferenzregeln die im Zollkodex enthaltenen Grundsätze des Vertrauensschutzes nicht berührt werden dürfen und dass der Staat weiterhin die Verantwortung für ein funktionsfähiges Verwaltungsverfahren trägt, bei dem sich die Wirtschaft auf die Richtigkeit der Präferenzbescheinigung verlassen kann.

#### Afrika im Blickpunkt

Das Interesse der bremischen Wirtschaft an Afrika wächst. Darauf deuten Ergebnisse einer Umfrage hin, die die Handelskammer unter Unternehmen mit Afrikakontakten vorgenommen hat. Die vergleichsweise hohe Rücklaufquote erlaubt belastungsfähige Aussagen: Danach erwartet die Hälfte der Unternehmen, dass Afrika bei ihren wirtschaftlichen Aktivitäten in Zukunft eine größere Rolle spielen wird. Allerdings ist das Interesse an der Region ungleichmäßig verteilt. Für die meisten Unternehmen steht das südliche Afrika im Mittelpunkt, gefolgt von den nordafrikanischen Staaten sowie einigen Ländern in West- und Ostafrika. Im Hinblick auf die Instrumente der Wirtschaftsförderung messen die befragten Unternehmen den Hilfen zur individuellen Anbahnung von Wirtschaftskontakten ein vergleichsweise hohes Gewicht bei. Eine Wirtschaftsförderungsinitiative, mit der Bremens Lösungs-



Deutsch-Chinesisches Netzwerk: Plattform für Bremer Unternehmer

kompetenzen für Bedürfnisse in Afrika dokumentiert werden könnten, stößt ebenfalls auf Interesse der Unternehmen.

### Netzwerke in alle Welt

**Indien Netzwerk Bremen** Nach dem Besuch einer Delegation aus Indien im Juni 2004 hat die Handelskammer Bremen ein Netzwerk mit Unternehmen aufgebaut, die an Indien interessiert sind. Durch das Indien-Netzwerk-Bremen sollen die Beziehungen zwischen den Bremer Unternehmen mit Indienkontakten sowie zu indischen Unternehmen und Institutionen intensiviert werden.

**Bremen-Russland Netzwerk** Im Laufe des Jahres 2004 wurden für das Netzwerk eine Reihe von Russland-Seminaren (z. B. über „Rechtsrahmenbedingungen für das Russlandgeschäft“ oder „Aktuelle Entwicklungen im russischen Zollrecht“) und ein Nishni-Nowgorod-Workshop angeboten. Das Ende 2003 gegründete Netzwerk ist eine Reaktion auf die Bedürfnisse vieler Unternehmen, die den Aufbau von Geschäftsbeziehungen beabsichtigen oder bestehende Kontakte zu Russland weiter ausbauen möchten, sich in der Praxis aber immer wieder mit zahlreichen Problemen konfrontiert sehen. Das Netzwerk will ein Forum für den Informations- und Erfahrungsaustausch zwischen diesen Unternehmen bieten und zum Abbau bestehender Probleme wie Bürokratie, Zollabwicklung und unzureichenden gesetzlichen Rahmenbedingungen einen Beitrag leisten.

**Deutsch-Chinesisches Netzwerk** Als Reaktion auf die dynamische Wirtschaftsentwicklung in China haben die Handelskammer Bremen und die IHK Bremerhaven das Deutsch-Chinesische Netzwerk (DCN) gegründet. Mit dem DCN soll eine gemeinsame Plattform für bremische Unternehmen mit Interesse am oder Erfahrung im Chinageschäft geschaffen werden. Mittlerweile sind darin rund 120 Unternehmen aus Bremen und Bremerhaven aus unter-

schiedlichen Branchen vertreten und treffen sich regelmäßig zum Erfahrungsaustausch und zur Diskussion aktueller Themen. Aus diesen Zusammenkünften sind weitere Projekte erwachsen – ein DCN-Internetportal, in dem sich mehr als 20 Firmen in deutscher, englischer und chinesischer Sprache darstellen, sowie eine Delegationsreise nach China im November 2004.

### Von Bremen aus zu neuen Märkten

**China** Zum weiteren Ausbau der Aktivitäten des Deutsch-Chinesischen Netzwerks hat die Handelskammer Bremen vom 20. bis 27. November 2004 eine Wirtschaftsdelegationsreise nach China organisiert. Kooperationsbörsen, Firmenbesichtigungen sowie Gespräche mit chinesischen Entscheidungsträgern fanden in Shanghai, Peking, Qingdao und Dalian statt. Diese Reise hat den Teilnehmern einen besseren Eindruck der jeweiligen Standorte verschafft und Geschäftspotenziale aufgezeigt.

**Litauen** Das Unternehmerforum 2004 fand vom 12. bis 15. September 2004 erstmals in zwei Städten statt – in Vilnius und Klaipeda (Litauen). Es wurde vom Juniorenkreis und der Handelskammer Bremen organisiert und vor Ort durch die Litauische Wirtschaftsförderungsgesellschaft und durch die IHK Klaipeda unterstützt. Das Unternehmerforum „Business Contact“ ist als Unternehmerreise unter starker Beteiligung osteuropäischer Studenten mit einer stringenten, aber individuellen Planung in Bremen klar positioniert. Unternehmerforen fanden bisher in Danzig, Riga, Tallinn, St. Petersburg und Budapest statt. Während des 6. „Business Contact“ führten die Teilnehmer der 40-köpfigen Wirtschaftsdelegation aus Bremen rund 200 Kooperationsgespräche mit litauischen Unternehmen. Noch während der Delegationsreise wurden erste konkrete Geschäfte in den Bereichen Logistik/Transport, Holzhandel, Apparatebau und Entsorgungstechnik vereinbart.



von oben links: Gäste aus Südafrika, Burkina Faso, Indien, Dudley, Kasachstan, Großbritannien

### Delegationen aus aller Welt

Im Jahr 2004 wurden 17 ausländische Wirtschaftsdelegationen – hauptsächlich aus Asien – in der Handelskammer Bremen empfangen. Dabei wurden Kontakte zur bremischen Wirtschaft vermittelt und die Schwerpunktbranchen des Standorts Bremens dargestellt. Mit Diplomaten aus 25 Ländern haben das Ehrenamt der Handelskammer Bremen und Unternehmensvertreter Wirtschaftsgespräche geführt.

### Wege in die Welt

Die Handelskammer organisierte 2004 insgesamt 13 Kontakt- und Informationsveranstaltungen zu unterschiedlichen Zielregionen in aller Welt und aktuellen außenwirtschaftlichen Themen. Insbesondere das Thema „EU Osterweiterung – Perspektiven für die Lebensmittelindustrie“ stieß auf große Resonanz. Firmen der Nahrungs- und Genussmittelindustrie, einer der größten und leistungsfähigsten Branchen in der Hansestadt, begannen sich frühzeitig auf den osteuropäischen Märkten zu positionieren. Im Rennen um die Gunst der gut 70 Millionen Verbraucher in den neuen EU-Staaten weisen bremische Unternehmen viele Vorteile auf: die mit Ausnahme von Malta und Zypern beste geografische



## Wirtschaftsinformationsgespräche

Nähe zu den Beitrittsländern, traditionelle Handelskontakte mit Mitteleuropa sowie die gute Anbindung über die bremschen Häfen und das Güterverkehrszentrum. In Kooperation mit dem Bremer Außenhandelsverband wurde erneut eine Reihe von Praxisseminaren zum Zoll- und Außenwirtschaftsrecht angeboten. In zwölf Seminaren ging es unter anderem die Import- und Exportzollabwicklung, Zollersparnis durch Nutzung besonderer Zollverfahren, die Exportförderung durch Zollpräferenzen, die Einreihung von Waren in den Zolltarif sowie die elektronische Zollabwicklung mit ATLAS-Versand/NCTS.

### Bremerhaven

#### Mit der IHK in die Welt

Im Jahr 2004 hat die IHK Bremerhaven die Öffentlichkeitsarbeit für ihren Geschäftsbereich International deutlich verstärkt. Denn angesichts des zunehmenden Wettbewerbsdrucks wird für viele Unternehmen die Orientierung ins Ausland bedeutsamer. Dies stellt zwar jeden Betrieb vor neue Herausforderungen, bietet aber auch große Chancen zur Weiterentwicklung. Die IHK Bremerhaven unterstützt die Unternehmen

in ihrem Auslandsgeschäft durch kostenlose Dienstleistungen, durch Export- und Importberatung, die Herausgabe von Länderprofilen und länderspezifischen Informationen, eine internationale Kooperations- und Geschäftsvermittlung, durch Zoll- und außenwirtschaftliche Informationen, einen monatlichen Newsletter sowie die Hilfe bei Messeauftritten. Außerdem bietet die IHK ein umfassendes Veranstaltungs- und Seminarprogramm zu allen Bereichen der Außenwirtschaft an. Die Partner der IHK Bremerhaven und der Handelskammer Bremen sind die Auslandshandelskammern in 80 Ländern sowie der DIHK mit Büros in Berlin und Brüssel. Seit Januar 2004 sind die norddeutschen Länder mit einer Vertretung auf europäischer Ebene aktiv – mit dem Brüsseler Büro der IHK Nord. Dort sind auch Mitarbeiter der beiden Kammern im regelmäßigen Austausch präsent.

#### Personalagentur für die Außenwirtschaft

Vor allem an kleine und mittlere Betriebe in der Region richtet sich das Internet-Portal NordwestExpert ([www.nordwestexpert.de](http://www.nordwestexpert.de)), an dessen Entwicklung die IHK Bremerhaven beteiligt war. Projektträger

ist die Ländliche Erwachsenenbildung (LEB) Niedersachsen. Das Portal erleichtert die gezielte Suche nach qualifizierten und international erfahrenen Mitarbeitern. Auf seinen Seiten finden sich die Qualifikationsprofile von Zuwanderern, die qualifizierte Berufserfahrungen oder Ausbildungen aus ihren Heimatländern mitbringen. Vertreten sind zum Beispiel Ingenieure, Juristen oder Techniker, allesamt mit vielfältigen Kontakten ausgestattet. Sie beraten unter anderem bei Import- oder Export-Vorhaben mit Partnern in Osteuropa und in außereuropäischen Ländern, bereiten Messeinsätze und Geschäftsreisen vor oder begleiten diese und betätigen sich als Übersetzer oder Dolmetscher. Alle eingetragenen Fachkräfte wohnen im Nordwesten und können interessierten Unternehmen auch kurzfristig zur Seite stehen.



Präses Dr. Wendisch eröffnete die Starterlounge im Haus Schütting.

## Starthilfe und Unternehmensförderung

### Bremen

#### **Der Weg in die Selbstständigkeit**

Im Jahr 2004 hat das Serviceangebot der Handelskammer für Existenzgründer weiter an Bedeutung gewonnen. Die Kammer ist Partner im umfangreichen Bremer Netzwerk der Wirtschaftsförderungsinstitutionen und -initiativen, die Existenzgründer bei dem Weg in die Selbstständigkeit unterstützen. So beriet die Handelskammer 2004 rund 1.400 Existenzgründer, etwa 130 Teilnehmer haben das im zurückliegenden Jahr sechsmal angebotene Seminar unter dem Titel der „Weg in die Selbstständigkeit“ besucht und mehr als 1.000 Interessierte haben an unterschiedlichen Workshops und Veranstaltungen der Kammer teilgenommen, in denen über gründungsrelevante Fragestellungen informiert wurde – z. B. an den Starterlounge-Veranstaltungen.

#### **Leitfaden für Existenzgründer**

Im Internetauftritt der Handelskammer ([www.handelskammer-bremen.de](http://www.handelskammer-bremen.de)) findet sich seit Mitte November 2004 der „Leitfaden für Existenzgründer“. Er soll dazu beitragen, dass der Gründungsvorgang insgesamt transparenter wird und bereits vorhandene Informationsmodule noch besser verknüpft werden. Er enthält eine Übersicht über die bestehenden Beratungs- und Fördermöglichkeiten sowie Hinweise auf die wesentlichen rechtlichen Aspekte einer Gründung. Darüber hinaus informiert er über steuerliche Fragen.

### Bremerhaven

#### **Leistungsträger der Gesellschaft**

Kleine und mittlere Unternehmen gehören zu den Leistungsträgern der Gesellschaft. Die Beratung dieser Betriebe und potenzieller Existenzgründer ist eine der wichtigsten Aufgaben der Kammerorganisation. So hat der Existenzgründungsberater der IHK Bremerhaven im Jahr 2004 rund 170 Beratungsgespräche geführt, weitere kamen während der bundesweiten Telefonaktion „Selbstständig statt arbeitslos – eine Chance“ hinzu. Außerdem hat der IHK-Gründungsexperte zu den verschiedenen Förderprogrammen des Bundes und des Landes Stellung genommen. Dabei standen vor allem das Begutachten von öffentlichen Finanzierungshilfen im Zuge der Gemeinschaftsaufgabe „Verbesserung der regionalen Wirtschaftsstruktur“ und das Bewerten von Bürgerschaftsanträgen an die Bremische Bürgerschaftsbank im Blickpunkt.

## Recht und Fair Play

### Bremen

#### **Erfolgreiches Sachverständigen-Jahr**

2004 betreute die Handelskammer mehr als 150 öffentlich bestellte und vereidigte Sachverständige aus über 50 Sachgebieten. Gemessen an der Größe des Kammerbezirks nimmt Bremen damit nach wie vor eine Spitzenposition unter den Industrie- und Handelskammern in Deutschland ein. 2004 wurden zehn Sachverständige neu bestellt und 30 Verlängerungen ausgesprochen. Besonders erfreulich ist, dass die Verfahrensdauer bei vielen Anträgen auf Erstbestellung bei gleichem Prüfungsniveau wie bisher auf rund ein halbes Jahr reduziert werden konnte.

Außerordentlich positiv war die Resonanz auf das zweite Sachverständigenforum am 10. Juni 2004. Die Handelskammer Bremen und IHK Bremerhaven hatten gemeinsam zu dieser Veranstaltung in das Haus Schütting eingeladen. Angesichts des wiederum starken Zuspruchs der Sachverständigen ist dieses Forum schon zu einer festen Institution geworden. Es dient dem Erfahrungsaustausch der von beiden Kammern öffentlich bestellten und vereidigten Sachverständigen und dem Kontakt zu den Mitarbeitern der Kammern. Im Mittelpunkt des zweiten Forums stand ein Vortrag von Axel Rickert (DIHK) zum Thema „Honorarabrechnung nach neuem Recht“ (JVEG).

#### **Wettbewerbsrecht – UWG-Reform erleichtert Sonderverkäufe**

Im Mittelpunkt der Aktivitäten der Handelskammer im Wettbewerbsrecht stand das neue Gesetz gegen den unlauteren Wettbewerb (UWG), das Mitte 2004 in Kraft getreten ist. Besonders gefragt war



Hauptgeschäftsführer Dr. Fonger begrüßte die Teilnehmer des zweiten Sachverständigenforums in der Handelskammer



Veranstaltungen in der Handelskammer wie hier zur digitalen Pressearbeit stießen auf großes Interesse.

bei Einzelhändlern die individuelle Beratung zum neuen Recht. Wichtig war klarzustellen, dass durch den Wegfall des Verbots der Sonderveranstaltungen und andere Liberalisierungen deutlich mehr erlaubt ist als zuvor: keine Einschränkungen mehr bei Jubiläumsverkäufen, Räumungsverkäufen oder Schlussverkäufen. Wichtige, durch die Rechtsprechung entwickelte wettbewerbsrechtliche Grundsätze bleiben jedoch erhalten.

Die von der Landesregierung bei der Handelskammer errichtete Einigungsstelle für Wettbewerbsstreitigkeiten hat ihre erfolgreiche Tätigkeit auch 2004 fortgesetzt. Diese Verfahren dienen der raschen außergerichtlichen Abwicklung von Wettbewerbsstreitigkeiten und enden häufig mit einem gütlichen Ausgleich zwischen den Parteien. Auch hier ist die ehrenamtliche Mitarbeit der Unternehmer gefordert.

### **Sachverständiger Blick auf Altlasten**

In einem schwierigen und aufwändigen Abstimmungsprozess haben die norddeutschen Bundesländer Bremen, Hamburg, Mecklenburg-Vorpommern, Niedersachsen und Schleswig-Holstein zusammen mit den Kammern daran gearbeitet, ein einheitliches Recht und Verfahren für die Anerkennung von Sachverständigen nach § 18 Bundesbodenschutzgesetz zu schaffen. Bei Verdacht auf schädliche Bodenveränderungen oder Altlasten, bei notwendigen Sanierungsuntersuchungen oder Sanierungsplanungen und bei notwendigen Altlasten-Eigenkontrollmaßnahmen können die Umweltbehörden verlangen, dass die so genannten Pflichtigen mit der Gefährdungsabschätzung, den Prüfungen und Sa-

nierungsplanungen ausschließlich anerkannte Sachverständige beauftragen oder Sanierungspläne dort selbst in Auftrag geben. So soll sichergestellt werden, dass ausschließlich qualifizierte Sachverständige tätig werden. Zuständig sind in den genannten Bundesländern die Industrie- und Handelskammern. Mit der Durchführung der fachlichen Überprüfung ist ein gemeinsames norddeutsches Fachgremium betraut. Dieses Fachgremium hat sich im Oktober 2004 konstituiert, so dass der Weg für den Beginn der Anerkennungsverfahren frei ist.

### **Bremerhaven**

#### **Funktionierendes Sachverständigenwesen**

Die IHK Bremerhaven betreut derzeit 38 öffentlich bestellte und vereidigte Sachverständige. 2004 wurden zwei Sachverständige neu bestellt und vereidigt. Außerdem wurden für sechs Sachverständige die zeitlich befristeten Bestellungen verlängert. Hintergrund des Sachverständigenwesens ist der Paragraph 36 der Gewerbeordnung. Durch ihn macht es der Gesetzgeber möglich, dass Gerichten, Behörden, Unternehmen und Privatpersonen Sachverständige mit einer besonderen Sachkunde an die Seite gestellt werden können. Deren besondere Sachkunde und persönliche Eignung wird von der Industrie- und Handelskammer überprüft.

## Service – Public Relations

### **Bremen**

#### **I. Service Schulungen und Prüfungen**

**Gefahrgut** Die Handelskammer erfüllt im Verkehrsbereich hoheitliche Aufgaben. Dazu gehört neben der Anerkennung und Überwachung der Gefahrgutfahrer- und Gefahrgutbeauftragtenschulungen die Abnahme der entsprechenden Prüfungen. Im Jahr 2004 hat die Handelskammer rund 1.000 ADR-Bescheinigungen („Gefahrgutführerscheine“ für Lkw-Fahrer) und 210 Schulungsnachweise für Gefahrgutbeauftragte ausgestellt. Zudem wurden neue Anforderungen an die Gefahrgutfahrerschulung umgesetzt, insbesondere ein verstärkter Praxisbezug in der Ausbildung. Eine weitere hoheitliche Aufgabe der Handelskammer ist die Prüfung von angehenden Unternehmern im Güterkraft- und Straßenpersonenverkehr. 2004 nahmen 90 Personen an diesen Prüfungen teil.

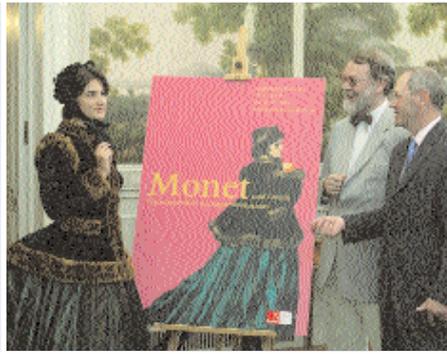
Auf große Resonanz stießen die Informationsveranstaltungen zum Thema Gefahrgut. Behandelt wurden neben den Neuerungen im Gefahrgutrecht auch die Durchführung von Gefahrgutstraßenkontrollen sowie die neuen Anforderungen an die Sicherung von Gefahrguttransporten.

#### **Bewachungsgewerbe und Gaststättenunterrichtung**

Deutlich gestiegen ist die Nachfrage nach der Sachkundeunterrichtung im Bewachungsgewerbe mit einem Plus von mehr als zehn Prozent (230 Seminarteilnehmer). Mit mehr als 90 Prozent Zuwachs zeichnete sich ein neuer Teilnehmerrekord bei den Sachkundeprüfungen ab (250 Teilnehmer) – aufgrund der neu geregelten Nachweispflicht. Wer am



Modernes Fuhrparkmanagement



Kunsthalle und Überseemuseum planen in 2005 zwei große Ausstellungsprojekte und stellten sie in der Handelskammer vor.



Stichtag 1. Januar 2003 weniger als drei Jahre oder nur mit Unterbrechungen im Bewachungsgewerbe tätig war, muss bis zum 1. Juli 2005 den Nachweis der erfolgreich abgelegten Sachkundeprüfung erbringen, wenn die Tätigkeiten Kontrollgänge im öffentlichem Raum, Einzelhandelsdetektiv oder Bewachungen im Einlassbereich von gastgewerblichen Diskotheken ausgeübt werden sollen. Die Nachfrage für die Unterrichtung nach den Gaststättengesetz war 2004 mit 450 Teilnehmern konstant.

### Neue Veranstaltungsreihe „Modernes Fuhrparkmanagement“

In der Diskussion um die Lkw-Maut wurde deutlich, dass weitere Kosten- und Abgabenbelastungen für die Transportunternehmen nur äußerst schwer zu tragen sein werden. Da die Rationalisierungspotenziale der Branche weitgehend ausgeschöpft sind, wird jede zusätzliche finanzielle Belastung fast unausweichlich zu weiteren Marktvereinigungsprozessen führen. Ziel der Veranstaltungsreihe „Modernes Fuhrparkmanagement – Innovationen für das Verkehrsgewerbe“ der Handelskammer und der BIA Bremer Innovations-Agentur GmbH war es daher, die Transportwirtschaft über innovative Ansätze zur Kostensenkung zu informieren und den Unternehmen praxisorientierte Hilfen zu geben. So wurden moderne Verfahren und Methoden zur Senkung der Betriebskosten vorgestellt und in Best-Practice-Beispielen gezeigt, dass es sich gerade unter wirtschaftlichem Kalkül auch in kleinen und mittleren Fuhrunternehmungen lohnen kann, innovative Ansätze für das eigene Unternehmen zu nutzen.

### II. Kultur-Wirtschaft Arbeitskreis Kultur-Wirtschaft

Die Bremer Kulturpolitik befindet sich nicht nur im Aufbruch, weil sich die Hansestadt auf den Weg macht, „Kulturhauptstadt Europas 2010“ zu werden. Auch personelle Veränderungen sorgen dafür, dass

sich insbesondere die Arbeit der Bremer Kulturverwaltung wandelt. So beschäftigte sich der Arbeitskreis Kultur-Wirtschaft der Handelskammer, dessen Vorsitzender Präses Dr. Patrick Wendisch ist, im Jahr 2004 mit der Rolle der Kulturmanagement bremen GmbH (k.m.b.) in der Kulturförderung sowie mit der künftigen Kulturpolitik des neuen Kultur- und Wirtschaftssenators Dr. Peter Gloystein, der unmittelbar nach seiner Ernennung zum Senator am 8. September 2004 an einer Sitzung des Arbeitskreises teilnahm.

### Verstärkte Kooperationen von Kultur und Wirtschaft

Zum grundlegenden Selbstverständnis der Handelskammer gehört es, über die primären Belange der bremischen Wirtschaft hinaus Verantwortung für kulturelle Fragen zu übernehmen und sich für kulturelle Interessen einzusetzen. Deshalb engagiert sich die Handelskammer für verstärkte Kooperationen von Wirtschaft und Kultur und unterstützt das in Bremen fest verankerte bürgerschaftliche Engagement sowie das Bekenntnis einzelner Bürger oder ganzer Unternehmen zum Standort.

2004 präsentierten Kunsthalle und Überseemuseum der Bremer Wirtschaft im Haus Schütting ihre neuen großen Ausstellungs-Konzepte für die kommenden Jahre. Unternehmer aus Industrie, Handel und Dienstleistungen hatten auf diese Weise frühzeitig die Gelegenheit, sich in persönlichen Gesprächen zu informieren, Kontakte aufzubauen und die vielseitigen Kooperationsmöglichkeiten zu prüfen.

Kunsthallen-Direktor Professor Dr. Wulf Herzogenrath stellte am 2. Juni 2004 mit seinem Team das Ausstellungsprojekt „Monet und Camille – Frauenporträts im Impressionismus“ vor. Die Ausstellung wird im Oktober 2005 eröffnet und Werke von Monet, Manet, Renoir, Degas und anderen zeigen. Kernstück ist ein Bild der Pariserin Camille – erst Modell, später Ehefrau Mo-

nets –, das in der Kunsthalle hängt und Sinnbild einer großen Liebesgeschichte ist.

Auf einem weiteren Informationsabend am 20. Oktober 2004 präsentierte das Überseemuseum seine neu konzipierte Dauerausstellung „Asien – Kontinent der Gegensätze“. Die bremische Kaufmannschaft und das Überseemuseum verbindet eine lange Tradition: Das Museum verdankt den intensiven Beziehungen Bremens und seiner Kaufleute zu Asien eine wertvolle und seltene Sammlung, die das Fundament dieser Ausstellung bildet. Sie wird ebenfalls im Herbst 2005 eröffnet.

### III. Public Relations Pressearbeit weiter intensiviert

Die Handelskammer Bremen hat ihre Pressearbeit in den zurückliegenden Jahren kontinuierlich ausgebaut und sich als Partner der Medien erwiesen: Mehr als 90 Pressemitteilungen wurden 2004 versandt. Darüber hinaus wurden 15 Pressekonferenzen zu aktuellen Themen veranstaltet. Die Öffentlichkeitsarbeit spiegelt sich auch in der Medienresonanz wider: Die Handelskammer wurde in rund 760 (2003: 725) redaktionellen Beiträgen mit ihren Presseerklärungen zitiert und wird regelmäßig zu wirtschaftspolitischen Themen um Stellungnahmen oder Interviews gebeten.

### Veranstaltungsreihe „Medien im Blick“

Pressearbeit gewinnt gerade für kleine und mittlere Unternehmen zunehmend an Bedeutung. Die Veranstaltungsreihe „Medien im Blick“ wurde vor drei Jahren initiiert; in ihren Workshops kommen vor allem Praktiker zu Wort. Bei der Auftaktveranstaltung 2004 konnten sich mehr als 80 Öffentlichkeitsarbeiter in der Handelskammer einen Überblick über Möglichkeiten und Chancen digitaler Pressearbeit verschaffen. In weiteren Praxisseminaren wurden die innerbetrieblichen Voraussetzungen für erfolgreiche Pressearbeit beschrieben und

zahlreiche Tipps für eine wirksame Pressearbeit gegeben. Insgesamt wurden in 2004 wieder mehr als 200 Teilnehmer für die Notwendigkeit und die Chancen lokaler und regionaler Pressearbeit sensibilisiert.

#### **IV. Handelskammer intern Zertifizierung – überdurchschnittliches Ergebnis für die Handelskammer**

Am 15. und 16. Dezember 2004 wurde die Handelskammer Bremen bereits zum dritten Mal durch die CERTQUA GmbH zertifiziert, um die Qualität der von der Kammer angebotenen Produkte ständig weiter zu verbessern. CERTQUA ist ein unabhängiges Unternehmen der Spitzenverbände der deutschen Wirtschaft und akkreditierter Zertifizierer für den Dienstleistungsbereich. Wie auch in den Vorjahren wurde der Handelskammer ein weit über dem Durchschnitt liegendes Ergebnis in allen Geschäftsfeldern bestätigt. Insbesondere haben die Fachkenntnisse der Mitarbeiter sowie Motivation und Servicebereitschaft gegenüber den Mitgliedsunternehmen beeindruckt. Die Standards bei allen Industrie- und Handelskammern werden laufend in einem Qualitätszirkel verbessert und der aktuellen Situation angepasst. Die nächste Auditierung findet im Herbst 2005 statt.

#### **Klimatisierung im Haus Schütting**

Vor allem in den heißen Sommermonaten hatte sich in den zurückliegenden Jahren die fehlende Klimatisierung der Vortrags- und Gesellschaftsräume des Hauses Schütting bemerkbar gemacht. Seit Sommer 2004 hat sich die Situation spürbar verbessert. In einem ersten baulichen Schritt wurden der Große Saal und der Plenarsaal klimatisiert, gegen Ende des Jahres wurde die Klimatisierung des Mittelsaals und des Landschaftszimmers fertiggestellt, in die auch das Zimmer 1 – das größte der Besprechungszimmer im Haus Schütting – einbezogen wurde.

### **Bremerhaven**

#### **I. Service Schulungen und Prüfungen**

**Gefahrgut** Die IHK Bremerhaven nimmt zahlreiche hoheitliche Aufgaben wahr. Dazu gehörte 2004 unter anderem auch, den ordnungsgemäßen Verlauf von mehr als 40 Schulungen für Gefahrgutfahrer und Gefahrgutbeauftragte zu überwachen. Mitarbeiter der Kammer nahmen die Prüfungen ab. Bis Ende Oktober wurden 205 ADR-Bescheinigungen ausgestellt. Darüber hinaus standen Sach- und Fachkundeprüfungen im Taxen- und Mietwagenverkehr sowie im Güterkraftverkehr auf dem Programm.

**Bewachungsgewerbe** In insgesamt neun Prüfungen und vier Unterrichtsverfahren erlangten rund 80 Teilnehmer in Bremerhaven die Voraussetzung, um im Bewachungsgewerbe tätig zu werden. Die wertvolle ehrenamtliche Tätigkeit der Unternehmer aus dieser Branche ist dabei unverzichtbar. Außerdem bietet die IHK Bremerhaven umfassende Informationen im Bereich Sicherheit.

**Gaststättenunterricht** Mehrere hundert angehende Gastronomen wurden 2004 von der IHK Bremerhaven unterrichtet. Jeder, der sich als Existenzgründer im Gaststättengewerbe selbstständig machen will, muss über die notwendigen lebensmittelrechtlichen Kenntnisse verfügen. Wenn er diese Vorkenntnisse nicht anhand von Sachkundenachweisen belegen kann, muss er bei der IHK an einer so genannten Gaststättenunterrichtung teilnehmen.

#### **Werkstattgespräche neu eingeführt**

Seit September 2004 lädt die IHK Bremerhaven in Zusammenarbeit mit der Handwerkskammer an jedem ersten Mittwoch im Monat zu so genannten Werkstattgesprächen ein. Ziel sind Anstöße für die tägliche Arbeit und Impulse für vertiefende Seminare. Die Schwerpunkte liegen dabei in

den Bereichen Management und Arbeitsorganisation, neuen Technologien oder Verfahren sowie rechtliche Rahmenbedingungen.

#### **ERFA-Kreis Gefahrgut**

Der allen Interessierten offen stehende ERFA-Kreis „Gefahrgut“ der IHK Bremerhaven befasste sich 2004 intensiv mit den vielfältigen Änderungen im Gefahrgutrecht und den neuen Sicherheitsvorschriften. Bei zwei Veranstaltungen wurde über diese Themen sowie über branchenübergreifende Entwicklungen informiert und diskutiert. Zugleich erwiesen sich diese Veranstaltungen wiederum als eine Plattform für Kontakte zwischen Unternehmens- und Behördenvertretern.

#### **Arbeitskreis Qualität und Hygiene**

Sämtliche Aspekte rund um das Thema „Hygienevorschriften“ haben den IHK-Arbeitskreis Qualität und Hygiene in 2004 beschäftigt. Durch einen intensiven Erfahrungsaustausch und viele – teilweise auch kontroverse – Diskussionen wurde die Kommunikation zwischen den am Qualitätsprozess der Lebensmittelhigiene Beteiligten gefördert.

### **II. Kultur-Wirtschaft**

#### **Erste Bremerhavener Kulturbörse im IHK-Gebäude**

Noch ist das Miteinander von Kultur und Wirtschaft etwas, an das sich beide Seiten gewöhnen müssen. Einen Annäherungsversuch in diese Richtung unternahm der Arbeitskreis Kultur und Wirtschaft der IHK in Form der ersten Bremerhavener Kulturbörse. Sie wurde an zwei Tagen im Gebäude der IHK an der Friedrich-Ebert-Straße veranstaltet und lockte zahlreiche kulturell Interessierte an. In spätestens zwei Jahren soll zur zweiten Bremerhavener Kulturbörse eingeladen werden. Die Besucher konnten sich an rund 40 Informationsständen über die Arbeit von Künstlern und künstlerischen Institutionen aus der Seestadt informieren. Dass sich die Förderung von Kul-



In einem zusammenwachsenden Europa müssen sich auch die Stadtstaaten in der Bundesrepublik stärker aufeinander besinnen. So lud die IHK Bremerhaven zu ihrem Gästebend als Festredner Hamburgs Wirtschafts- und Arbeitssenator Gunnar Uldall (Mitte) ein; im Bild links Hauptgeschäftsführer Michael Stark, rechts Präsident Peter H. Greim.

tur und das Verdienen von Geld nicht ausschließen müssen, verdeutlichte der ehemalige Manager Jürgen Werner Braun. Er war 20 Jahre lang Geschäftsführer des Türklinkenherstellers FSB, entwickelte die Firma zu einem der führenden Hersteller in diesem Bereich und machte darüber hinaus die Türklinke zu einem „kulturellen Ereignis“. Zu seinen Meisterstücken auf dem Gebiet des Marketings gehörte es unter anderem, Architektur-Größen wie Hans Hollein oder Alessandro Mendini für den Entwurf von Türklinken zu gewinnen. Für seine Behauptung, dass „sich Kultur bezahlt macht“, blieb Jürgen Werner Braun den Beleg nicht schuldig. Bei einem Umsatz von 18 Millionen Euro und einer Rendite von einem Prozent hatte er das Unternehmen übernommen. 1980 zog sich Braun aus der Geschäftsführung zurück: Bei dieser Gelegenheit konnte er einen Umsatz von 80 Millionen Euro und eine Rendite von zwölf Prozent vermelden.

Der Arbeitskreis Kultur und Wirtschaft, der die Bremerhavener Kulturbörse als seine erste öffentliche Aktion ausgerichtet hatte, besteht seit Februar 2003. Er gründete sich auf Initiative der IHK Bremerhaven. Der Arbeitskreis will erreichen, dass sich Wirtschaft und Kultur verständnisvoller begegnen und partnerschaftlich handeln. Für die Unternehmer muss gelten, dass Kultur Mehrwert erzeugt und keine „Spielwiese“ ist, sondern wichtiger Bestandteil einer effektiven und zukunftsorientierten Marketingkonzeption. Rund 20 Mitglieder zählt der paritätisch besetzte Arbeitskreis derzeit, darunter IHK-Hauptgeschäftsführer Michael Stark. An der Spitze steht der Unternehmer Horst Wübben. Als stellvertretende Sprecherin des Arbeitskreises engagiert sich Dorothee Starke vom Theater im Fischereihafen.

### III. IHK intern Zertifizierung nach ISO 9001 – IHK als Vorreiter

Viele Unternehmen haben sich bereits auf so genannte Zertifizierungsverfahren nach ISO-Normen eingelassen. Eher ungewöhnlich ist es dagegen, wenn eine IHK wie die in Bremerhaven einen solchen Zertifizierungsprozess startet und für sich die Anerkennung nach der strengen international gültigen Qualitätsnorm DIN EN ISO-Norm 9001:2000 anstrebt. Während eines Zertifizierungsverfahrens werden sämtliche Arbeitsabläufe der IHK von den Mitarbeitern – in enger Zusammenarbeit mit einem externen Berater – im Detail analysiert und einem einheitlichen Schema angepasst. Der Oberbegriff dafür lautet „Qualitätsmanagement“. In der Praxis bedeutet dies: Die Arbeitsabläufe werden vereinfacht und „verschlankt“. Missstände werden regelmäßig auch außerhalb der Geschäftsführungsebene zum Gesprächsthema gemacht und dokumentiert. Gleichzeitig werden Verantwortliche bestimmt, die sich um das Beheben dieser Mängel kümmern. Und es wird durch einen intensiven Dialog und eine Standardisierung beispielsweise in Form von Checklisten und Formularen ausgeschlossen, dass die Beschäftigten eines Hauses „aneinander vorbei“ arbeiten und auf diese Weise überflüssige Tätigkeiten anfallen.

Ehrgeiziges Ziel der IHK Bremerhaven ist es, sich Mitte 2005 zertifizieren zu lassen. Das umfangreiche Handbuch ist in Arbeit. Ungewöhnlich ist vor allem die Breite des Geltungsbereichs. So soll das Qualitätsmanagement für die Entwicklung und Durchführung von Kammer- und Bildungsdienstleistungen lückenlos für die Geschäftsprozesse aller IHK-Fachbereiche in Bremerhaven gelten. Mit der Zertifizierung ist der Qualitätsprozess nicht abgeschlossen. Er erfordert vielmehr eine kontinuierliche Kontrolle durch interne Qualitätsmanagement-Beauftragte und externe Betreuer.

Die anspruchsvolle Qualitätsnorm DIN EN 9001:2000 rückt die Kundenzufriedenheit in den Mittelpunkt der Qualitätspolitik der IHK. So soll die Qualitätsoptimierung der Kammer nach der neuen Norm auch in erster Linie einem hohen Niveau der Kundenzufriedenheit dienen. Weitere Zielgrößen sind qualifizierte und motivierte Mitarbeiter sowie eine rasche, offene und umfassende interne bzw. externe Kommunikation.

### IHK-Geschäftsführung erweitert

Seit dem 1. März 2004 wird die Geschäftsführung der IHK Bremerhaven durch zwei stellvertretende Geschäftsführer verstärkt: Wilfried Allers, Leiter des Geschäftsbereichs International, Innovation/Umwelt, Industrie, der zusätzlich den Hafengewirtschaftlichen Ausschuss, den Verkehrsausschuss, den Fischwirtschaftlichen Ausschuss, den Arbeitskreis Qualität und Hygiene sowie den ERFA-Kreis Gefahrgut betreut, und der bisherige Verwaltungsleiter Hans-Hermann Witthohn, der neben der Leitung des Geschäftsbereichs Zentrale Dienste die Funktion des Datenschutz- und Qualitätsmanagementbeauftragten wahrnimmt. Zu seinem Verantwortungsbereich gehören die Sachgebiete Firmendaten- und Mitgliederverwaltung, Beitragswesen, Haushalt, Finanzbuchhaltung, Kosten- und Leistungsrechnung sowie Controlling.

# Juniorenkreise

## Bremen

### Wirtschaftsjunioren: Gespräche, Kontakte, Auslandsbeziehungen

Auch 2004 setzte der Juniorenkreis der Handelskammer in neun Arbeitskreisen und bei rund 30 Veranstaltungen und Begegnungen seine Akzente. In mehreren Diskussionsrunden mit Politikern – beispielsweise mit Finanzsenator Dr. Ulrich Nußbaum – sowie beim Know-how-Transfer mit dem Deutschen Bundestag oder der Bremischen Bürgerschaft hat der Arbeitskreis Politik und Wirtschaft – in Zusammenarbeit mit den Wirtschaftsjunioren aus Bremerhaven – politische Themen analysiert und Thesen erarbeitet. Auch mit der Bundeswehr wurde diskutiert – Soldaten berichteten im Haus Schütting über ihre Einsätze im Ausland.

Der Arbeitskreis Einzelhandel hat in Zusammenarbeit mit der Werbegemeinschaft Peterswerder/Hamburger Straße e. V. Maßnahmen zur Aufwertung dieses Stadtteils konzipiert und umgesetzt. Projekte im Stadtteilmarketing – beispielsweise die Herstellung eines Stadtteilführers und die Organisation eines Stadtteilstestes – haben schon jetzt die Außendarstellung von Peterswerder verbessert.

Das Studentenaustauschprogramm „Business Contact“, das der Arbeitskreis Event gemeinsam mit der Studentenorganisation AIESEC organisierte, sowie das Unternehmerforum „Business Contact“, das der Arbeitskreis Außenwirtschaft in Litauen organisierte, waren in 2004 mit reger Beteiligung und neuem Konzept besonders erfolgreich.



Traditioneller Jahresauftakt: Zu Beginn eines jeden Jahres laden die Wirtschaftsjunioren der Handelskammer den amtierenden Präses, hier Dr. Patrick Wendisch (Mitte), zum Gespräch ein.

## Bremerhaven

### Wirtschaftsjunioren: Vielfältige Aktivitäten

Die Wirtschaftsjunioren Bremerhavens blicken auf ein ereignisreiches Jahr 2004 zurück. Neben Besichtigungen von Betrieben, die von Wirtschaftsjunioren oder deren Förderern geführt wurden, standen Vorträge und Diskussionsrunden mit namhaften Gästen auf dem Programm. Beispielsweise informierte Hasso G. Nauck, geschäftsführender Gesellschafter der Bremer Chocolate-Fabrik HACHEZ GmbH & Co., über seine Marketingkonzeption. Rektor Professor Dr. Josef Stockemer berichtete über die Zukunftschancen der Hochschule Bremerhaven. Stadtrat Volker Holm referierte über wohnungswirtschaftliche Perspektiven für Bremerhaven. Und Arne Dunker, Geschäftsführer der Klimahaus Betriebsgesellschaft mbH, präsentierte den Junioren im September 2004 die Planungen des Klimahauses.

2004 zog die Landesgeschäftsstelle der Wirtschaftsjunioren im Hanseraum nach Bremerhaven um. Von dort werden nun die 38 Juniorenkreise aus den norddeutschen Bundesländern Bremen, Niedersachsen, Schleswig Holstein, Hamburg und Mecklenburg-Vorpommern betreut. Die Landesgeschäftsstelle mit Sitz im IHK-Gebäude dient als Schnittstelle zwischen den Hanseraumkreisen und dem Landesvorstand. Außerdem wird von dort die Verbindung zur Bundesgeschäftsstelle gehalten und der Landesvorstand administrativ unterstützt. Auch 2004 haben die Wirtschaftsjunioren des Hanseraumes zahlreiche Veranstaltungen ausgerichtet. Auf ihre Initiative hin entstand das Norddeutsche Wirtschaftsforum (NWF), das sich in regelmäßigen Sitzungen mit dem Wirtschaftsrat und dem Bundesverband Junger Unternehmer (BJU) trifft.

# Ehrenamt, Geschäftsbereiche

## Das Ehrenamt in Bremen

Die Handelskammer ist die Selbstverwaltung der bremischen Wirtschaft und wird von ihren rund 33.000 Mitgliedsunternehmen getragen. Aus diesem Kreis engagieren sich mehr als 3.000 Personen ehrenamtlich in der Handelskammer – in Arbeitskreisen, Ausschüssen und anderen Gremien sowie als Prüfer und Sachverständige. Dem Plenum, dem höchsten Kammergremium, gehören Einzelhändler und Inhaber mittelständischer Betriebe ebenso an wie Vorstandsvorsitzende großer Bremer Unternehmen. Aus dem Plenum heraus werden das Präsidium und der Präses gewählt.

### 2004 – Mitglieder des Präsidiums der Handelskammer Bremen

Dr. Patrick Wendisch (Präses)  
Detthold Aden (Vizepräses)  
Thomas W. Herwig (Vizepräses  
seit 27. September 2004)  
Peter Lürßen (Vizepräses)  
Lutz H. Peper (Vizepräses)  
Dr. Dirk Plump (Vizepräses)  
Jürgen Roggemann (Vizepräses)  
Christoph Weiss (Vizepräses)

### 2004 – Mitglieder des Plenums der Handelskammer Bremen

Detthold Aden (Vizepräses)  
Matthias Claussen  
Jörg Conrad  
Heiner Dettmer  
Dr. Günther W. Diekhöner  
Harald Emigholz  
Berend Jürgen Erling  
Hans Eulenbruch  
Rainer Christian Genes  
Wiebke Hamm  
Gerhard Harder  
Annegret Hastedt  
Thomas W. Herwig (Vizepräses)  
Irmtraud Heuß  
Marc Hildebrand  
Dr. Uwe Janssen  
Peter Koopmann  
Guido Kreitz  
Michael K. Krömker  
Otto Lamotte  
Joachim Linnemann  
Peter Lürßen (Vizepräses)  
Janina Marahrens-Hashagen  
Dr. Klaus Meier  
Stefan Messerknecht  
Sven Monsig  
Hasso G. Nauck  
Jürgen Oltmann  
Detlef Pauls  
Lutz H. Peper (Vizepräses)  
Dr. Dirk Plump (Vizepräses)  
Fritz Rößler  
Jürgen Roggemann (Vizepräses)  
Angelika Saacke-Lumper  
Inge Sandstedt  
Hans-Joachim Schmitzger  
Peter Schöler  
Michael Schroiff  
Hans-G. Schumacher  
Tilman Werner Sieglin  
Walter Thye  
Heinz-Jürgen Wagner  
Christoph Weiss (Vizepräses)  
Dr. Patrick Wendisch (Präses)

### Ausschüsse und Kommissionen der Handelskammer Bremen:

#### **Haushaltsausschuss**

Vorsitzender: Präses Dr. Patrick Wendisch; Rechnungsführer: Vizepräses Christoph Weiss

#### **Kommission für den Jahresbericht**

Vorsitzender: Präses Dr. Patrick Wendisch

#### **Mittelstandsausschuss**

Vorsitzender: Berend Jürgen Erling

#### **Ausschuss für Industrie, Umwelt- und Energiefragen**

Vorsitzender: Hans-Herbert Saacke (bis 17. Juni 2004); Michael K. Krömker (ab 17. Juni 2004)

#### **Ausschuss für Telekommunikation und neue Medien**

Vorsitzender: Stefan Messerknecht

#### **Außenwirtschaftsausschuss**

Vorsitzender: Matthias Claussen

#### **Ausschuss für Verkehr, Distribution und Logistik**

Vorsitzender: Harald Emigholz

#### **Hafenausschuss**

Vorsitzender: Peter Koopmann

#### **Ausschuss für Einzelhandel und verbraucherorientierte Dienstleistungen**

Vorsitzender: Stefan Storch

#### **Ausschuss für Stadtentwicklung und Regionalplanung**

Vorsitzender: Joachim Linnemann

#### **Berufsbildungsausschuss**

Vorsitzende: Antje Edel

#### **Fachkreis Insolvenzfragen**

#### **Arbitrage-Kommission**

# Geschäftsbereiche

## **Arbeitskreise der Handelskammer Bremen**

- Arbeitskreis Kultur-Wirtschaft
- ERFA-Kreis Informations- und Kommunikationstechnologien
- Arbeitskreis Betriebsbeauftragter Umweltschutz
- Arbeitskreis Umweltmanagement
- Arbeitskreis Sofortprogramm Innenstadt/Nebenzentren
- Arbeitskreis Tourismus
- Arbeitsgruppe Prüfungswesen
- Arbeitsgruppe Ausbildungsberatung und Prüfung der Arbeitsstätte
- Wirtschaftsjuvenen (Sprecher: Volker Thomas)
- Arbeitskreis PR-Leiter

## **Hauptgeschäftsführung**

Grundsatzfragen der Wirtschafts- und Finanzpolitik  
Dr. Matthias Fonger

## **I Standortpolitik**

Verkehrsgewerbe, Häfen- und Immobilienwirtschaft  
Dr. Andreas Otto

## **II Mittelstand, Innovation und Umwelt**

Industrie, produktionsorientierte Dienstleistungen, IuK-Wirtschaft  
Dr. Jens Schröder  
(bis 30. September 2004)

## **III International**

Groß- und Außenhandel  
Volkmar Herr

## **IV Recht und Fair Play**

Einzelhandel, Dienstleistungen, Tourismus  
Dr. Torsten Slink

## **V Aus- und Weiterbildung**

Karlheinz Heidemeyer

## **VI Zentrale Dienste**

Günther Lübke

## **VII Public Relations**

Dr. Stefan Offenhäuser

# Das Ehrenamt in Bremerhaven

Die IHK Bremerhaven ist die Selbstverwaltung der Bremerhavener Wirtschaft. Sie wird von rund 4.600 Mitgliedsunternehmen getragen. Aus diesem Kreis engagieren sich mehr als 640 Personen ehrenamtlich in den Arbeitskreisen, Ausschüssen und anderen Gremien der IHK sowie als Prüfer und Sachverständige. Der Vollversammlung gehören Einzelhändler und Inhaber mittelständischer Betriebe ebenso an wie Spitzen der großen Bremerhavener Unternehmen.

## Mitglieder des Präsidiums der IHK Bremerhaven

Dipl.-Ing. Peter H. Greim (Präsident)  
Dipl.-Bw. Claus Brüggemann (Vizepräsident)  
Roswitha Ditzen-Blanke (Vizepräsidentin)  
Dipl.-Wirtsch.-Ing. Ingo Kramer (Vizepräsident)  
Jürgen Krömer (Vizepräsident)  
Dipl.-Wirtsch.-Ing. Emanuel Schiffer (Vizepräsident)  
Dipl.-Ing. Horst Wübben (Vizepräsident)  
Dr. jur. Joachim Ditzen-Blanke (Ehrenpräsident)

## Mitglieder der Vollversammlung der IHK Bremerhaven

Lutz Asbeck  
Claus Brüggemann (Vizepräsident)  
Frank Brüssel  
Hans J. Buse  
Günther Coordes  
Dr. Joachim Ditzen-Blanke (Ehrenpräsident)  
Roswitha Ditzen-Blanke (Vizepräsidentin)  
Christoph Dahms  
Dr. Peter Dill  
Joachim Donner  
Christian Ehlers  
Hennig Goes  
Peter H. Greim (Präsident)  
Wolfgang Grube  
Klaus Hartmann  
Claus von der Heide  
Hans-Jürgen Iben  
Ingo Kramer (Vizepräsident)  
Holger Krieten  
Jürgen Krömer (Vizepräsident)  
Werner Lücken  
Henning Melcher  
Lutz Natusch  
Rolf Niemeyer  
Emanuel Schiffer (Vizepräsident)  
Stephan Schulze-Aissen  
Manfred de Vries  
Andreas Wencke  
Jörg Wiegand  
Horst Wübben (Vizepräsident)  
Arno Zier

## Ausschüsse und Arbeitskreise der IHK Bremerhaven

### Absatzwirtschaft, Handel, Dienstleistungen

Vorsitzender: Horst Winkel (bis 10.10. 2004); Jürgen Krömer (ab 11.10. 2004)

### Berufsbildungsausschuss

Vorsitzender: Rolf Niemeyer

### Fischwirtschaftlicher Ausschuss

Vorsitzender: Lutz Asbeck

### Hafenwirtschaftlicher Ausschuss

Vorsitzender: Prof. Dr. Thomas Rogge

### Sachverständigen Ausschuss

Vorsitzender: Gerhard Feld

### Tourismus-Ausschuss

Vorsitzender: Hennig Goes

### Verkehrsausschuss

Vorsitzender: Wolfgang Grube

### Arbeitskreis „Wirtschaftsstruktur Region Bremerhaven“

Sprecher: Prof. Dr. Thomas Rogge

### Arbeitskreis Kultur und Wirtschaft

Sprecher: Horst Wübben

### Gefahrgut-Erfa-Kreis

Sprecher: Prof. Dr. Schwanebeck

### Arbeitskreis „Qualität und Hygiene“

Sprecher: Hans-Jürgen Iben

### ERFA-Kreis Umwelt

# Geschäftsbereiche

## Hauptgeschäftsführung

Grundsatzfragen, Standortpolitik, Tourismus, Marketing/PR  
Michael Stark

## I Aus- und Weiterbildung, Handel, Recht, Starthilfe und Unternehmensförderung

Martin Johannsen

## II International, Innovation/Umwelt, Industrie

Wilfried Allers

## III Zentrale Dienste

Hans-Hermann Witthohn

# Stellungnahmen

## Stellungnahmen Bremen (Auswahl)

### Gegenstand der Stellungnahme

Verkauf des Radio Bremen-Grundstückes in der Hans-Bredow-Straße

Hafenpolitisches Eckpunktepapier der Grünen-Landtagsfraktion  
Raumordnungskonzept für das niedersächsische Küstenmeer  
Entwurf eines Bremischen Hafensicherheitsgesetzes  
Änderung der Bremischen Hafengebührenordnung  
Eckpunkte für die Änderungen der Landesbauordnung  
Landesraumordnungsprogramm Niedersachsen; Entwurf einer Änderung für den 12-Seemeilen-Bereich des Küstenmeeres

Ämteranhörung A 281, Bauabschnitt 3.2

73. Flächennutzungsplanänderung für das stadtbremische  
Überseehafengebiet Bremerhaven (Osthafen)  
Neugestaltung Bahnhofsvorplatz Oslebshausen  
Umbau der Wachmannstraße zwischen der Haltestelle „Am Stern“  
und der Schubertstraße  
Umgestaltung des Sedanplatzes  
Umgestaltung Marktstraße/Wachtstraße  
Anträge auf Gewährung von Investitionszuschüssen an kleine und  
mittlere Unternehmen im Rahmen des Landesinvestitionsförderungsprogrammes (LIP)  
Anträge auf Ausstellung von Unbedenklichkeitsbescheinigungen  
im Rahmen von Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen  
Stellungnahmen zu Ausfallbürgschaften  
Stellungnahme zum Vorschlag zur Abschaffung der bremischen VOB-Stelle  
UK- und Zurückstellungen vom Wehrdienst  
Stellungnahme zum Gesetzentwurf zur Umsetzung von Vorschlägen  
zu Bürokratieabbau und Deregulierung aus den Regionen im Bund  
Stellungnahme zum Umzug von Radio Bremen in das Stephaniviertel –  
Inhaltliches Konzept des (geplanten) Medienzentrums  
Verabschiedung des Gesetzes zur Förderung von Kleinunternehmern  
(Kleinunternehmerförderungsgesetz)

Mittelstandsförderungsgesetz für Bremen

Fortführung des Projektes „Innovationsregionen für Wirtschaftswachstum  
und Beschäftigung durch Bürokratieabbau und Deregulierung“  
Internationaler Handel mit Hilfe von Zollpräferenzen  
Verfahren zur 9. Änderung des Landschaftsprogrammes Bremen 1991  
Bremerhaven-Weddewarden (CT IV)  
Änderung des Bauleitplanes im Zuge der Änderung des Flächennutzungsplanes CT IV

### gerichtet an

Der Senator für Bau, Umwelt und Verkehr,  
Der Senator für Wirtschaft und Häfen  
Rainer Steenblock, MdB  
Bezirksregierung Weser-Ems  
Der Senator für Wirtschaft und Häfen  
Der Senator für Wirtschaft und Häfen  
Der Senator für Bau, Umwelt und Verkehr  
Niedersächsisches Ministerium für den  
ländlichen Raum, Ernährung, Landwirt-  
schaft und Verbraucherschutz  
GPV Gesellschaft für Projektmanagement  
im Verkehrswegebau mbH  
Der Senator für Bau, Umwelt und Verkehr

Morgenroth & Landwehr  
Amt für Straßen und Verkehr

Bauplanungs- und Ingenieurbüro  
Amt für Straßen und Verkehr  
WFG Bremer Wirtschaftsförderung GmbH

Bundesagentur für Arbeit, Bremen

Bürgschaftsbank Bremen GmbH  
Der Senator für Bau, Umwelt und Verkehr  
Der Senator für Wirtschaft und Häfen  
Bundesministerium für Wirtschaft und Ar-  
beit  
Der Senator für Wirtschaft und Häfen,  
Senatskanzlei  
DIHK, Volker Kröning MdB, Sprecher der  
Arbeitsgruppe in der Kommission des  
Bundestages und Bundesrates zur Moder-  
nisierung der bundesstaatlichen Ordnung  
Senatskanzlei, Senator für Wirtschaft und  
Häfen, Fraktionsspitzen von CDU und  
SPD im Land Bremen  
Bundesministerium für Wirtschaft und Ar-  
beit  
Europäische Kommission; DIHK  
Der Senator für Bau, Umwelt und Verkehr  
  
Der Senator für Bau, Umwelt und Verkehr,  
Magistrat der Stadt Bremerhaven

### **Gegenstand der Stellungnahme**

Gesetz zur Änderung des Gesetzes über die Erhebung einer Grundwasserentnahmegebühr (BrGruWEGG) – Einführung Oberflächenwasserentnahmegebühr  
Stellungnahme zum DIHK-Positionspapier Energieforschung  
Stellungnahme „IHKs als Mittler zwischen vom Emissionshandel betroffenen Unternehmen und dem UBA“  
Stellungnahme zum Entwurf einer Verordnung zur Änderung der Baumschutzverordnung im Lande Bremen

### **gerichtet an**

Der Senator für Bau, Umwelt und Verkehr  
  
DIHK  
DIHK  
  
Der Senator für Bau, Umwelt und Verkehr

## Stellungnahmen Bremerhaven (Auswahl)

### **Gegenstand der Stellungnahme**

Stellungnahme zu Flächennutzungsplanänderungen und Bebauungsplanentwürfen  
Stellungnahme zur Gewährung von Zuschüssen zur Förderung der Außenwirtschaft  
  
Stellungnahmen zur Erteilung von Genehmigungen im Gelegenheitsverkehr mit Taxen  
Stellungnahmen zur Erteilung von Genehmigungen von Linienverkehren mit Kraftomnibussen  
Stellungnahme zu Anträgen der Gewerbeausübung durch Ausländer  
Stellungnahme zu Zurück- und Unabkömmlichkeitsanträgen vom Wehrdienst  
Stellungnahme der fachkundigen Stelle zur Tragfähigkeit der Existenzgründung nach § 57 Abs. 2 Nr. 21 SGB III  
Anträge auf Gewährung von Investitionszuschüssen (GRW)  
  
Fachliche Stellungnahmen im Zusammenhang mit einem Antrag auf Eigenkapitalhilfe bei Existenzgründungs- und Unternehmensübernahmeverhaben  
Stellungnahmen zu Ausfallbürgschaften  
Stellungnahmen zu Messen, Märkten, Ausstellungen  
Stellungnahme zu Flächennutzungsplanänderung im stadtbremischen Übersehafengebiet Bremerhaven (Osthafen)  
Stellungnahme zum Entwurf eines bremischen Hafensicherheitsgesetzes

### **gerichtet an**

Stadtplanungsamt Bremerhaven  
Bremerhavener Gesellschaft für Investitionsförderung und Stadtentwicklung mbH  
Verwaltungspolizei Bremerhaven  
Senator für Bau, Umwelt und Verkehr  
  
Verwaltungspolizei, Bremerhaven  
Senator für Wirtschaft und Häfen  
Agentur für Arbeit  
  
Bremerhavener Gesellschaft für Investitionsförderung und Stadtentwicklung mbH  
KfW Mittelstandsbank  
  
Bürgschaftsbank Bremen GmbH  
Verwaltungspolizei Bremerhaven  
Senator für Bau, Umwelt und Verkehr  
  
Senator für Wirtschaft und Häfen

# Impressum

**Herausgeber** Handelskammer Bremen  
Am Markt 13  
28195 Bremen  
Tel. 0421.36 37-0  
[www.handelskammer-bremen.de](http://www.handelskammer-bremen.de)  
[service@handelskammer-bremen.de](mailto:service@handelskammer-bremen.de)

Industrie- und Handelskammer Bremerhaven,  
Friedrich-Ebert-Str. 6  
27570 Bremerhaven  
Tel. 0471.9 24 60-0,  
Fax 0471.9 24 60-90,  
[www.bremerhaven.ihk.de](http://www.bremerhaven.ihk.de), [info@bremerhaven.ihk.de](mailto:info@bremerhaven.ihk.de)

Dr. Stefan Offenhäuser

**Redaktion**

Dr. Christine Backhaus

**Grafik, Realisation**

Frank Pusch, Jörg Sarbach, Martina Weigt,  
Stifterverband für die Deutsche Wissenschaft,  
IFAM, AWI, BIS, BLC, Messe Bremen,  
Senatspressestelle, Klimahaus Betriebsgesellschaft

**Fotonachweis**

Druckerei Asendorf

**Druck**

**Januar 2005**

**[www.handelskammer-bremen.de](http://www.handelskammer-bremen.de)**

**[www.bremerhaven.ihk.de](http://www.bremerhaven.ihk.de)**